

Stadtparlament Winterthur

Protokoll der **13./14. Parlamentssitzung**
des Stadtparlaments im Amtsjahr 2025/2026
vom 1. Dezember 2025

von 16.15 – 18.27 Uhr und 20.00 – 22.05 Uhr

Parlamentssaal des Rathauses, Marktgasse 20

Vorsitz: Ph. Weber (SP)

Protokoll: A. Furrer

Entschuldigt: 13./14. Sitzung: S. Gonçalves (Die Mitte), A. Büeler (Grüne), M. Bachmann (AL), M. Wäckerlin (SVP), A. Zuraikat (Die Mitte)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1*		Protokoll der 11./12. Sitzung	
2*	25.114 (DTB)	Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2026 zulasten der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe	N. Ernst
3*	25.112 (DSU)	Finanzielle Vergütung Parkieren Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2026 zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Parkieren Winterthur	K. Vogel
4*	25.94 (DFI)	Genehmigung des Baurechtsvertrags mit der GWG Gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft Winterthur, der Wohnbaugenossenschaft Talgut und der gaiwo Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen für die Erstellung von rund 130 neuen Genossenschaftswohnungen sowie Gewerberäumen auf dem Grundstück Kat.-Nr. MA 1819	M. Gnesa
5(*)	25.110 (DFI)	Budget 2026 und Festsetzung des Steuerfusses / Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2026 bis 2029	Ch. Hartmann
6	25.95 (DBM)	Sondernutzungsplanung: - Aufhebung öffentlicher Gestaltungsplan «Parkplatz Bleuelwies» / Nutzungsplanung: - Zustimmung zur Teilrevision Nutzungsplanung 2024	L. Merz

7	25.104 (DBM)	Zonenplan und kommunaler Richtplan: Umzonung und Richtplanänderung Areal Schweikhof (Kat.-Nr. WU6971): Festsetzung	L. Merz
8	25.98 (DBM)	Öffentlicher Gestaltungsplan mitsamt UVB und Zonenplanänderung ARA Hard	PH. Angele
9	24.93 (DBM)	Antrag und Bericht zum Postulat R. Diener (Grüne/AL), A. Steiner (GLP), S. Gfeller (SP), R. Perroulaz (FDP), A. Würzer (EVP) betr. HB 2050: Das Maximum aus dem Bestehenden herausholen	
10	24.78 (DBM)	Antrag und Bericht zum Postulat J. Praetorius (Grüne/AL), D. Roth-Nater (EVP), L. Jacot-Descombes (SP) und L. Studer (GLP) betr. Begründung von Verwaltungsliegenschaften	
11	24.79 (DBM)	Antrag und Bericht zum Postulat J. Praetorius (Grüne/AL), D. Rohner (EVP), B. Zäch (SP) und L. Studer (GLP) betr. Fassadennutzung für PV-Anlagen	
12	24.72 (DBM)	Antrag und Bericht zum Postulat A. Steiner (GLP), A. Büeler (Grüne/AL) und B. Zäch (SP) betr. Strategie zirkuläres Bauen	
13	25.27 (DBM)	Beantwortung der Interpellation N. Ernst (GLP), D. Rohner (EVP) und G. Porlezza (FDP) betr. Synergien nutzen bei der Bereitstellung von Ladinfrastruktur für die E-Mobilität	
14	25.109 (DPR)	Begründung der Motion N. Ernst (GLP), M. Gnesa (SP), R. Hugentobler (Grüne/AL), A. Würzer (EVP) und B. Oeschger (GLP) betr. einer Vertretungsregelung im Stadtparlament Winterthur	
15	25.108 (DSS)	Begründung des Postulats O. Staub (SP), D. Roth-Nater (EVP), B. Kelerhals (Grüne), M. Bachmann (AL), J. Fehr (FDP), J. Guddal (GLP), Th. Gschwind (SP) und A. Zuraikat (Die Mitte) betr. gerechte Verteilung der städtischen Ressourcen in der Sportförderung	
16	24.44 (DSS)	Beantwortung der Interpellation K. Vogel (Die Mitte), N. Holderegger (GLP), D. Roth-Nater (EVP) und P. A. Werner (SVP) betr. Nutzung der Handys und elektronischen Geräte an den Schulen Winterthurs	
17	24.52 (DTB)	Beantwortung der Interpellation N. Ernst (GLP), A. Geering (Die Mitte/EDU), Ph. Weber (SP), R. Diener (Grüne/AL) und R. Perroulaz (FDP) betr. zukunftsfähiges Konzept Öffentlicher Verkehr (ÖV)	
18	25.45 (DTB)	Beantwortung der Interpellation I. Kuster (Die Mitte/EDU) und M. Gross (SVP) betr. attraktive Strompreise in Winterthur?	
19	25.122 (DSU)	Begründung des Postulats O. Staub (SP), M. Gnesa (SP), D. Roth-Nater (EVP), R. Hugentobler (AL) und N. Holderegger (GLP) betr. Umsetzung Istanbul-Konvention in Winterthur	
20	24.90 (DSU)	Beantwortung der Interpellation Ch. Hartmann (SVP) betr. Auflösung unbewilligter Demonstrationen	
21	24.92 (DSU)	Beantwortung der Interpellation B. Oeschger (GLP), K. Vogel (Die Mitte) und D. Romay (FDP) betr. Einsatz von Körperkameras (Bodycams) durch die Stadtpolizei Winterthur	

- | | | |
|----|----------------|--|
| 22 | 25.11
(DSO) | Beantwortung der Interpellation N. Holderegger (GLP), R. Hugentobler (Grüne/AL), D. Rohner (EVP), St. Gubler (SVP) und B. Helbling-Wehrli (SP) betr. Information von Careleaver und Careleaverinnen über städtische und regionale Unterstützungsangebote |
| 23 | 25.67
(DSO) | Beantwortung der Interpellation N. Holderegger (GLP), M. Sorgo (SP) und I. Kuster (Die Mitte/EDU) betr. Weiterbildung und Sensibilisierung bei Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus |

**an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Parlamentspräsident Ph. Weber: Ich begrüsse Euch ganz herzlich zu den 13. und 14. Sitzungen des Stadtparlaments Winterthur.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Ph. Weber: Es haben sich abgemeldet für beide Sitzungen: Miguel Bachmann (Grüne/AL), Andy Büeler (Grüne/AL), Simon Gonçalves (Die Mitte/EDU), Marc Wäckerlin (SVP) und André Zuraikat (Die Mitte/EDU).

Herzlich gratulieren möchten wir Nora Ernst (GLP). Es ist löblich, dass sie ihren Geburtstag mit dem besten Geschenk, das man haben kann in dieser Stadt, verbringt – mit der Budgetdebatte. An Nora Ernst (GLP): Happy birthday! (Applaus) Es ist jetzt schade, dass André Zuraikat das verpasst, denn dieser könnte sich ein Beispiel an Dir nehmen, er ist nämlich nicht gekommen an seinem Geburtstag.

Dann hat die Abwesenheit von Simon Gonçalves heute einen hoffentlich erfreulichen Grund, er ist nämlich wieder Vater geworden und ist im Vaterschaftsurlaub.

Und ebenfalls – zumindest nach unseren Informationen – auf dem Weg ins Spital für eine Geburt, ist Tobias Naef, unser Datenschützer. Für beide geht nachher eine Karte rundum. Ihr dürft alle unterschreiben, wenn Ihr möchtet. Wir werden ihnen das dann zustellen als kleinen Gruss aus dem Stadtparlament Winterthur, das wahrscheinlich trotzdem noch ihre höchste Priorität ist.

Erklärungen

Parlamentspräsident Ph. Weber: Es wurden keine Erklärungen angemeldet.

Traktandenliste

Parlamentspräsident Ph. Weber: Wir haben heute Behandlung ohne Diskussion geplant für Traktandum 2, Traktandum 3, Traktandum 4, Traktandum 6 und Traktandum 7.

Gibt es Einwände dagegen oder gegen die Traktandenliste allgemein? – Da das nicht der Fall ist, ist die Traktandenliste so genehmigt.

1. Traktandum

Protokoll der 11./12. Sitzung

Parlamentspräsident Ph. Weber: Das 1. Traktandum sind die Protokolle der letzten beiden Sitzungen vom 10. November 2025. Gibt es Bemerkungen oder Einwände gegen das Protokoll vom letzten Mal? - Da das nicht der Fall ist, sind diese Protokolle abgenommen und herzlich verdankt bei Andrea, die sich nach wie vor freut, wenn die vorbereiteten Voten per e-mail zu ihr kommen.

2. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.114: Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2026 zulasten der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe

Parlamentspräsident Ph. Weber: Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2026 zulasten der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe. Das Wort für die Vorstellung hat Nora Ernst.

N. Ernst (UBK): Bevor wir heute Abend zum Geld ausgeben kommen, wo wir uns bestimmt nicht so einig sein werden, wie viel und wo wir genau Geld sprechen möchten, kommen wir zuerst zum Geld einnehmen, nämlich zur finanziellen Vergütung für das Jahr 2026 durch Stadtwerk. Beim Geld einnehmen herrscht viel grösserer Konsens unter den Parteien bei uns: Das Geschäft 2025.114 wurde in der Kommission UBK einstimmig angenommen und es ist heute keine Diskussion vorgesehen.

Um was geht es bei der finanziellen Vergütung durch Stadtwerk? Ihr wisst es alle: Das Parlament beschliesst jährlich über die finanzielle Vergütung von Stadtwerk zurück an den steuerfinanzierten Haushalt der Stadt Winterthur. Wir schauen da nicht nur Stadtwerk als Gesamtes an, sondern die verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe von Stadtwerk, das sind deren 11. Und alle diese Eigenwirtschaftsbetriebe schauen wir separat an. Auf einigen kann Geld an den städtischen Haushalt zurückvergütet werden, auf anderen nicht.

Die Vergütung folgt folgenden drei Grundlagen:

1. natürlich die regulatorischen Vorgaben. Ich habe es schon gesagt: Nicht auf allen Eigenwirtschaftsbetrieben kann Geld rückvergütet werden.

2. Man behält bei dieser Vergütung die wirtschaftliche Tragbarkeit im Auge, das ist die langfristige oder nachhaltige wirtschaftliche Tragbarkeit. Wir schauen also nicht nur den Jahresabschluss an, sondern auch die Reserven der einzelnen Eigenwirtschaftsbetriebe.

Und wir folgen dem 3. Grundsatz, der heisst: Kontinuität. Es ist der Auftrag des Stadtparlaments an Stadtwerk, dass die finanzielle Vergütung möglichst konstant gehalten werden soll. Das hilft der Stadt bzw. der finanziellen Planbarkeit unseres Finanzhaushalts.

Ihr seht da den Jahresabschluss der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe auf der Grafik dargestellt. Gesamthaft budgetiert Stadtwerk für das Jahr 2026 ein Nettoergebnis von 30.6 Millionen Franken. Ungefähr ein Drittel dieses Ergebnisses stammt von Eigenwirtschaftsbetrieben, für die eine Vergütung gesetzlich nicht möglich ist. Das sind KVA (Kehrichtverbrennung), ARA (Wasserreinigung) und die Wasserversorgung.

Wir sehen auf der nächsten Folie die vorgesehene Vergütung für 2026. Sie beträgt insgesamt 10.5 Millionen Franken. Und wie Ihr im zeitlichen Verlauf seht, liegt sie damit wieder über den Vorjahren, also über den Jahren 2023 – 2025. Der Hauptgrund ist, dass nach zwei finanziell verlustreichen Jahren (2023 und 2024) Stadtwerk jetzt zum 2. Mal wieder einen Gewinn für 2026 budgetiert.

Schauen wir uns zusammen an, wie die 10.5 Millionen zustande kommen. In Orange haben wir das Stromnetz. Da plant Stadtwerk eine Vergütung von total 2 Millionen Franken. Das ist deutlich weniger als in den Vorjahren. Der Grund sind stärkere Regulierungen und die hohen Investitionskosten, welche im Stromnetzausbau anfallen.

Orange eingefärbt ist der Stromhandel. Ihr seht, dass beim Stromhandel 2026 wie schon in den Vorjahren keinerlei Vergütung vorgesehen ist. Der Grund ist da, dass 2022 und 2023

sehr verlustreiche Jahre im Stromhandel waren. Es herrschte eine sehr hohe Volatilität auf den Strommärkten, Ihr könnt Euch wahrscheinlich noch erinnern. Das führte dazu, dass wir auch heute noch mit negativen Betriebsreserven zu kämpfen haben, die noch nicht durch das positive Resultat im letzten Jahr kompensiert wurden. Deshalb hat man hier keine finanzielle Vergütung vorgesehen.

In Hellgrau haben wir das Gasnetz, ebenfalls mit 2 Millionen finanzielle Vergütung budgetiert. Hier sind für 2026 zwar negative Betriebsergebnisse budgetiert, aufgrund der schrittweisen Stilllegung und der entstandenen Kosten. Trotzdem sieht es Stadtwerk als möglich, dass man auch dieses Jahr noch 2 Millionen rückvergütet. Dieser Betrag, das wurde von Stadtwerk schon angekündigt, wird in Zukunft wahrscheinlich in der Tendenz abnehmen.

In Dunkelgrau sehen wir den Gashandel. Da ist es so, dass die Gasmärkte weniger volatil waren als in den Vorjahren und man ein positives Nettoergebnis von 6 Millionen verbuchen konnte. Entsprechend kann die Vergütung auf 15% des Umsatzes erhöht werden, was dann in den 5 Millionen Franken für 2026 resultiert.

Hellgrün ist die Fernwärme eingefärbt. Da schauen wir eine Vergütung von 10% an. Wir sehen, dass es eine zunehmende Anschlussdichte gibt und einen konstant steigenden Umsatz. Die Verschuldung ist aber aufgrund früherer Investitionen immer noch relativ hoch.

Als Letztes haben wir noch das Energie-Contracting, wo wir aufgrund der negativen Betriebsreserven keinerlei finanzielle Vergütung vorgesehen haben.

Alles in allem ein positiver Jahresabschluss für Stadtwerk, leicht steigende finanzielle Rückvergütung an den Steuerhaushalt Winterthur von 10.5 Millionen Franken.

Ich habe es schon gesagt: In der UBK wurde dieser Vorschlag einstimmig angenommen. Danke vielmals.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke für das Vorstellen, Nora. Dann erhält jetzt, falls gewünscht, das Wort Stadtrat Stefan Fritschi.

Stadtrat St. Fritschi: Ich möchte es gar nicht länger machen. Ich möchte mich nur bei Nora Ernst ganz herzlich entschuldigen, dass sie an ihrem Geburtstag hier arbeiten musste. Ich kann Dir nur zwei Freikarten von Stadtbuss geben. Sie gelten lange, Du kannst sie bis zum 41. Geburtstag brauchen.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Wäre das alles gewesen, diese Bestechung? Dann können wir direkt zur Abstimmung schreiten. Wir machen beliebt, dass wir über alle 5 Anträge miteinander abstimmen. Da niemand einen Einwand hat, können wir die Abstimmung so machen.

Wenn Ihr den Anträgen 1 – 5 gemäss Weisung des Stadtrats zustimmen möchtet, steckt Ihr zuerst das Kärtchen ein und drückt dann A. Wenn Ihr dagegen seid, drückt Ihr B.

Abstimmungsergebnis: Mit 54:0 ist das einstimmig angenommen worden.

Das Traktandum 2 ist somit schon fertig.

3. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.112: Finanzielle Vergütung Parkieren Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2026 zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Parkieren Winterthur

Parlamentspräsident Ph. Weber: Finanzielle Vergütung Parkieren Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2026 zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Parkieren Winterthur. Das Geschäft wird vorgestellt vom Referenten der SSK, Kaspar Vogel.

K. Vogel (SSK): Das ist ein im wahrsten Sinne des Wortes Déjà-vu, das ich hier präsentiere, und ich könnte es durchaus verstehen, wenn man jetzt nicht ganz so genau zuhört. Ich habe

auch bei den Folien, die ich habe, nicht viel ändern müssen. Es ist etwas, das wahrscheinlich bis 2029 ziemlich ähnlich aussieht; alle Jahre beim Budgetprozess komme ich mit diesen drei Folien und stelle Euch das Geschäft vor, das in der Sache – so wie es jetzt aussieht – unbestritten ist.

Es geht darum, wie viel Geld im Jahr 2026 aus der Produktgruppe Parkieren Winterthur in den allgemeinen Steuerhaushalt fliessen soll. Und das bestimmt gemäss der Verordnung jedes Jahr das Stadtparlament.

Parkieren Winterthur erwirtschaftet einen jährlichen Gewinn von ca. 1.1 bis 1.5 Millionen Franken. Der Stadtrat beantragt, dass vom diesjährigen Gewinn 90%, also ca. 1.2 Millionen Franken, in die Stadtkasse fliessen sollen. Die übrigen 10% (138'000 Franken) fliessen in die Betriebsreserven.

Zusätzlich sollen aus den Betriebsreserven 2 Millionen Franken zugunsten des Staatshaushalts entnommen werden. Die Betriebsreserven, bzw. das Eigenkapital, betragen Ende 2025 voraussichtlich ca. 15 Millionen Franken. Aus diesen Betriebsreserven müssen Investitionen in die Parkhauseinrichtungen (z.B. Parkkassen, Lift usw.) ersetzt werden können. Und dafür ist eine Betriebsreserve von ca. 5.4 Millionen Franken nötig. Die aktuelle Betriebsreserve übersteigt diesen Betrag bei weitem, so dass die beantragte Entnahme von 2 Millionen Franken im Jahr 2026 gut möglich ist.

Insgesamt für uns somit durch Parkieren Winterthur ca. 3 Millionen Franken in den Staatshaushalt.

In der SSK war das Geschäft unbestritten und wurde mit 9:0 angenommen. Danke.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Kaspar. Auch dieses Geschäft ist ja ohne Diskussion vorgesehen, aber falls gewünscht, hätte das Wort noch die Vorsteherin des zuständigen Departements, Katrin Cometta.

Stadträtin K. Cometta: Auch ich möchte nicht unnötig verlängern. Aber danke vielmals, Kaspar Vogel, für das mittlerweile sehr routinierte Vortragen des Geschäfts. Ich habe leider kein Parkticket für Dich, aber Du hast auch nicht Geburtstag – und das würde auch den Klimazielen widersprechen. Aber merci vielmal.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Katrin. Das mit diesen Bestechungen müssen wir ohnehin gleich wieder abklemmen – oder hier nach vorne bringen...

Auch da stimmen wir über Antrag 1 und 2 miteinander ab, wenn niemand etwas dagegen hat. Wer dem Geschäft als Gesamtes zustimmen möchte, drückt A. Wer es ablehnen möchte, drückt B.

Abstimmungsergebnis: Auch dieses Geschäft wird mit 54:0 Stimmen einstimmig angenommen und ist damit erledigt.

4. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.94: Genehmigung des Baurechtsvertrags mit der GWG Gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft Winterthur, der Wohnbaugenossenschaft Talgut und der gaiwo Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen für die Erstellung von rund 130 neuen Genossenschaftswohnungen sowie Gewerberäumen auf dem Grundstück Kat.-Nr. MA 1819

Parlamentspräsident Ph. Weber: Genehmigung des Baurechtsvertrags mit der GWG Gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft Winterthur, der Wohnbaugenossenschaft Talgut und der gaiwo Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen für die Erstellung von rund 130 neuen Genossenschaftswohnungen sowie Gewerberäumen auf dem Grundstück Kat.-Nr.

MA 1819. Dieses Geschäft wird vorgestellt von der zuständigen AK-Referentin, Marilena Gnesa.

M. Gnesa (AK): Ich darf Ihnen heute das Geschäft mit dem etwas sperrigen Titel «Genehmigung des Baurechtsvertrags mit der GWG Gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft Winterthur, der Wohnbaugenossenschaft Talgut und der gaiwo Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen für die Erstellung von rund 130 neuen Genossenschaftswohnungen sowie Gewerberäumen» auf dem Grundstück des ehemaligen Busdepots vorstellen.

Der Stadtrat beantragt mit der Weisung die Genehmigung des Baurechtsvertrags.

Zur Vorgeschichte: Im August 2012 hat der Stadtrat beschlossen, das Grundstück des ehemaligen Busdepot Deutweg an der Tösstalstrasse 86 im Baurecht abzugeben, und zwar an eine gemeinnützige Wohnbauträgerschaft, damit diese eine genossenschaftlich organisierte Wohnüberbauung mit einem Gewerbeanteil realisiert. Der Grosse Gemeinderat hat damals 2012 das Areal von der Zone für öffentliche Bauten in eine 4geschossige Wohnzone mit Gewerbeerleichterung mit einer vertraglichen Höhenbeschränkung auf 5 Vollgeschosse umgezont.

Im Juni 2013 hat das Bewerberteam Heimstätten-Genossenschaft Winterthur/Gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft Winterthur (GWG)/Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen (Gaiwo) den Zuschlag erhalten. Die Heimstätten-Genossenschaft Winterthur (HGW) ist Ende 2018 aus der Trägerschaft ausgestiegen und sie wurde durch die Wohnbaugenossenschaft Talgut ersetzt.

Im Mai 2014 hat der Stadtrat die Liegenschaft Tösstalstrasse 86 dann entwidmet und sie vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen übertragen.

Zwischen 2015 und 2019 wurde die Schutzwürdigkeit der Urhalle geklärt und die Halle wurde anschliessend unter Denkmalschutz gestellt. Sie muss also erhalten werden.

Im Juni 2020 hat der Grosse Gemeinderat (das heutige Stadtparlament) dem öffentlichen Gestaltungsplan «Areal Depot Deutweg» zugestimmt; dieser sieht die Realisierung einer genossenschaftlichen Wohnüberbauung vor.

Die Parzelle des ehemaligen Busdepot Deutweg ist ein sehr gut erschlossenes Areal, der Gestaltungsplan ermöglicht eine dichte, qualitätsvolle Überbauung mit Genossenschaftswohnungen und Gewerberäumen und entspricht dem öffentlichen Interesse an der sparsamen und nachhaltigen Nutzung des Bodens. Die geschützte Halle kann als gedeckter Aussenraum einen schönen, witterungsgeschützten Quartierplatz bilden. Der Aussenraum wird zudem halb-öffentlich gestaltet. Die Abgabe der Liegenschaft im Baurecht zugunsten der drei Wohnbaugenossenschaften entspricht der Wohnpolitik der Stadt und ist im Sinne der städtischen Klimapolitik.

Der Bauausschuss der Stadt Winterthur hat mit Beschluss vom 15. Januar 2025 das Bauprojekt der Trägerschaft unter Bedingungen und Auflagen bewilligt. Die Baubewilligung ist mittlerweile rechtskräftig.

Mit dem Baurechtsvertrag wird zugunsten der genannten Trägerschaft und zulasten des Grundstücks Depot Deutweg ein Baurecht für Genossenschaftswohnungen und Gewerberäume mit Benützungsrecht am Umgelände für die Dauer von 100 Jahren ab Eintragung im Grundbuch begründet.

Der Baurechtsvertrag sieht folgende wesentlichen Eckpunkte vor:

- Die bestehenden Gebäude werden der Trägerschaft entschädigungslos übertragen, auch die unter Denkmalschutz stehende Urhalle. Der Grund dafür ist der hohe Unterhalts- und Instandsetzungsbedarf.
- Als massgebender Landwert für die Berechnung des Baurechtszins wird ein Wert von 1'000 Franken/m² angenommen, das ergibt für die Fläche von 10'503 m² einen Gesamtwert von etwas mehr als 10.5 Millionen. Dieser Wert von 1'000 Franken/m² geht auf eine Vereinbarung zwischen ZVV (= früherer Eigentümer) und der Stadt Winterthur aus dem Jahr 2011 zurück.
- Der für die Berechnung des Baurechtszinses massgebende Zinssatz entspricht dem hypothekarischen Referenzzinssatz und beträgt aktuell 1.5%.

- Die Baurechtszinspflicht beginnt mit der rechtskräftigen Erteilung der Baubewilligung, diese liegt bereits vor. Bei gleichbleibendem Zinssatz beträgt der erstmals zu entrichtende Baurechtszins 157'545 Franken.

Die Parteien haben eine sogenannte Ventilklausel vereinbart. Nach dieser Klausel soll der Baurechtszins 15% der jährlichen Nettosollmiete nicht überschreiten.

Die Eintragung der Baurechtsdienstbarkeit im Grundbuch erfolgt erst, wenn die Baubewilligung für die geplante Überbauung rechtskräftig ist (was der Fall ist) und wenn die Zustimmung des Parlaments vorliegt. Die Abgabe eines Grundstücks des Finanzvermögens im Baurecht ist nach Gemeindegesetz ein Anlagegeschäft. Zuständig für die Gewährung des Baurechts zulasten einer Liegenschaft im Finanzvermögen ist gemäss Art. 22 der Gemeindeordnung das Stadtparlament, da der Verkehrswert des belasteten Grundstücks 8 Millionen übersteigt. Der Baurechtsvertrag ist erst verbindlich und kann erst im Grundbuch vollzogen werden, wenn das Parlament die Genehmigung erteilt hat - oder das Stimmvolk bei einem fakultativen Referendum. Schliesslich muss ein Feststellungsbeschluss des Bezirksrates vorliegen, wonach die Baurechtsnehmerin nicht von Personen im Ausland beherrscht wird.

Das Geschäft wurde in der Aufsichtskommission in zwei Lesungen behandelt. Die AK hat mit 10:1 zugestimmt. Heute ist eine Behandlung ohne Diskussion vorgesehen, weil diese eine Gegenstimme mittlerweile in der betreffenden Fraktion besprochen werden konnte und die Zustimmung der Fraktion liegt vor. Vielen Dank.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Marilena, für die Vorstellung dieses Geschäfts. Auch da geht das Wort noch an den zuständigen Stadtrat, das ist Kaspar Bopp vom DFI.

Stadtrat K. Bopp: Danke, Marilena, für die Präsentation dieses Geschäfts. Es ist höchste Zeit, dass auf dem ehemaligen Busdepot genossenschaftliches Wohnen möglich wird. Es ist kein einfaches Grundstück; mit denkmalpflegerischen Themen, Altlasten. Und umso mehr freut es mich, dass es jetzt losgehen kann.

Drei Genossenschaften, wir haben es gehört, schaffen ca. 130 Wohnungen und Gewerberaum und leisten damit einen Beitrag zum wichtigen Thema, zu den grossen Herausforderungen rund um bezahlbaren Wohnraum.

Dass das die Bevölkerung beschäftigt, das haben wir gesehen in der Abstimmung «Wohnen für alle» bei uns in Winterthur und auch gestern, beim Resultat zum Vorkaufsrecht in Winterthur haben wir das gesehen. Beim Kanton ist es leider da anders ausgefallen, als sich das die Winterthurer und Winterthurerinnen gewünscht haben. Umso wichtiger ist es, dass wir aus dem, was wir haben, möglichst viel herausholen. Und deshalb freut es mich wirklich, dass wir die Baubewilligung nun vorliegen haben. Wenn Sie sich heute Abend dafür entscheiden (und es sieht so aus), dass wir den Baurechtsvertrag so abschliessen dürfen, dann muss dieser noch in Rechtskraft treten und dann kann es losgehen. Das freut mich sehr, vielen Dank.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Kaspar. Damit können wir auch hier zur Abstimmung schreiten.

Wer den Antrag gemäss Weisung annehmen möchte, drückt A. Wer ihn ablehnen möchte, drückt B.

Abstimmungsergebnis: Auch dieses Geschäft wurde mit 54:0 einstimmig angenommen und ist somit für den Moment erledigt.

5. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.110: Budget 2026 und Festsetzung des Steuerfusses / Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2026 bis 2029

Parlamentspräsident Ph. Weber: Budget 2026 und Festsetzung des Steuerfusses / Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2026 bis 2029. An dieser Stelle möchte ich zuerst den Mitarbeitenden des Finanzamts herzlich danken. Sie sind heute auch vertreten durch Petra Oberchristl und Giancarlo Vitali. Herzlichen Dank für die Vorbereitung und für die Erstellung des Drehbuchs, das uns eine grosse Hilfe ist.

Die Beratung ist folgendermassen vorgesehen, die meisten von Euch kennen es schon: Es gibt zuerst die allgemeine Beratung, das heisst, das Geschäft wird zuerst vorgestellt vom AK-Präsidenten Christian Hartmann, nachher haben die Mitglieder der Aufsichtskommission das Wort und danach selbstverständlich alle anderen Mitglieder des Parlaments sowie der zuständige Stadtrat.

Nachher gehen wir zum Teil B, das ist die detaillierte Behandlung der Produktgruppen. Ich bitte dort die zuständigen Referent:innen, sich jeweils anzumelden und die Anträge, welche es gibt zur Produktgruppe, die Anträge zu stellen und zu begründen. Erst dann sind diese gültig, das müssen wir so machen. Ich bitte ebenfalls, bei Produktgruppen, bei denen es mehrere Anträge gibt, dass man zuerst alle Anträge vorstellt und begründet, denn dann ist die Diskussion nachher über alles und es gibt kein Durcheinander. Wir stimmen einzeln über die Anträge ab. Es gibt einen Antrag bzw. zwei Anträge (A5 und A6), bei der Stadtentwicklung, wo wir angenommen haben (und ich denke, Ihr werdet mir zustimmen), dass diese inhaltlich Anträge sind, welche gegeneinander gestellt sind. Dort werden wir zuerst ausmerzen und dann über den obsiegenden Antrag abstimmen. Das ist aber die einzige Stelle, wo wir das so identifiziert haben. Über alle anderen Anträge können wir nach der Diskussion einfach abstimmen.

Wie immer behandeln wir im Teil B die Produktgruppe Steuern und Finanzausgleich nicht in der regulären Reihenfolge, auch wenn es dieses Jahr bis jetzt noch keine Anträge gibt. Es ist Usus, dass man das bei der Schlussabstimmung, beim Antrag 3 macht, indem man diese Produktgruppe abschliesst und gleichzeitig den Steuerfuss auch setzt.

Wenn keine Fragen mehr sind, können wir in unser heutiges Hauptgeschäft starten. Das Wort erhält Christian Hartmann.

Ch. Hartmann (AK): Ich bedanke mich beim Präsidenten, dass er mir quasi die Butter vom Brot genommen hat, nämlich dem Finanzamt und den Mitarbeitenden herzlich zu danken für die Erstellung des Budgets. Ich mache das aber gerne nochmals. Es ist eine riesige Arbeit, welche am Schluss öffentlich in einer Medienmitteilung endet, in welcher der Stadtrat das Budget vorlegt mit einem operativen Ergebnis von über 113 Millionen Franken Überschuss. Das ist ja an und für sich eine erfreuliche Sache.

Gehen wir ein bisschen ins Detail. Das kennt Ihr, das ist erstens aus der Weisung und zweitens haben wir das systematisch letztes Mal schon gesehen. Es ist der gestufte Erfolgsausweis. Da kommen zuerst die Ausgaben, die Aufwände, dann die Erträge und dann ausserordentliche Teile des Ergebnisses.

Wir haben, wenn wir oben beginnen, einen Anstieg des Personalaufwands um 4.3%, hauptsächlich getrieben auf der einen Seite durch den Teuerungsausgleich und auf der anderen Seite durch die Schaffung von 75 neuen Stellen, gegenüber 128 neuen Stellen, die wir letztes Jahr hatten.

Wir haben dann im Sach- und übrigen Betriebsaufwand alles Mögliche, von Büromaterial über Mieten und externe Dienstleistungen bis zu (unglücklicherweise, aber korrekt verbucht) der Energieeinkauf von Stadtwerk, wo man dann (das ist die Klammer links) in einer nicht gerade Gegenposition dann aber einen relativ hohen Betrag der Entgelte aus dem Energieverkauf haben. Das macht diese Position auf dieser Ebene schwer analysierbar. Aber es ist alles dort drin, im Sach- und übrigen Betriebsaufwand.

Wir haben (da komme ich noch darauf) Abschreibungen aus dem Verwaltungsvermögen von 130 Millionen.

Wir haben einen Transferaufwand (schwer zu verstehen, wenn man sich nicht tiefer damit beschäftigt hat). Dort drinnen sind z.B. und mit einem grossen Betrag die Zahlung der Lehrerlöhne an den Kanton. Es ist so, dass die Lehrer vom Kanton bezahlt werden und die Stadt

zahlt nachher das, was der Kanton den Lehrern zahlt, wieder zurück. Das hat etwas damit zu tun, dass es keinen Lohnwettbewerb geben soll zwischen den Gemeinden und Lehrern, deshalb regelt das der Kanton.

Ein grosser Posten, tendenziell steigend, ist auch die Pflegefinanzierung.

Ebenfalls mit einem sehr grossen Betrag drin ist die Sozialhilfe. Dort gibt es ebenfalls Transferertrag, Rückerstattung eines Teils der Sozialhilfe vom Kanton.

Das gibt einen betrieblichen Ertrag von gut 1.7 Milliarden Franken – das entspricht ungefähr dem Budget des Kanton Schwyz.

Fiskalertrag sind ganz klassisch die Steuern. Erfreulicherweise steigen diese, obwohl es keine Steuererhöhung gibt.

Wir haben Entgelte und Gebühren, Heimtaxen, Polizeibussen, Energieverkauf von Stadtwerk etc.

Über den Transferertrag Rückerstattung Sozialhilfe habe ich gesprochen. Ein wesentlicher Punkt dabei ist auch der Ressourcen- und Zentrumslastenausgleich, den Winterthur vom Kanton erhält (ich komme noch darauf).

Das gibt ein Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit von minus 26.5 Millionen Franken.

Wenn man das genau anschaut und vergleicht mit dem vom Vorjahr, so könnt Ihr Euch vielleicht erinnern, dass das ein negativer Betrag war, als wir das letzte Mal das Budget diskutiert haben. Was da abgebildet ist, das ist die pauschale Budgetkürzung, welche das Stadtparlament letztes Jahr beschlossen hat, welche da verbucht worden ist. Allerdings dann nicht weiterverteilt, aber das sieht man in dieser Darstellung nicht.

Der erfreuliche Teil der Rechnung ist in den 177 Millionen Finanzertrag. Das ist hauptsächlich die Neubewertung der Liegenschaften. Es ist so, dass während einer Legislaturperiode jedes Jahr ein Teil der Liegenschaften neu bewertet wird. In welche Richtung die Liegenschaftspreise in Winterthur gehen, wissen wir alle – nach oben. Und dieses Jahr hat diese Neubewertung einfach besonders zugeschlagen. Und zwar aus folgendem Grund: Das ist die Neubewertung von Liegenschaften, welche unbebaut sind. Und wie alles im Kanton Zürich, ist das öffentliche Rechnungswesen hervorragend und detailliert geregelt. Die Bewertung von Liegenschaften, die nicht bebaut sind, richtet sich nach den Bewertungskriterien des Steueramts. Da hat man keinen Einfluss. Das Steueramt hat diese zum ersten Mal nach ca. 10 Jahren neu bewertet. Und was jetzt da zu diesem erfreulichen Ergebnis beigetragen hat, ist diese Neubewertung, welche die letzten 10-15 Jahre Wertsteigerung aufgeholt hat. Bei bebauten Liegenschaften wird das anders berechnet, aber bei den unbebauten ist es so. Und deshalb fällt das zufälligerweise im 2026 an und führt zu diesem hohen Anstieg. Die «Schwierigkeit» ist, dass man dieses Geld nicht einfach ausgeben kann - zum Glück oder auch nicht. Es ist jetzt einfach in der Buchhaltung der Wert dieser Liegenschaften höher, aber damit ist nicht mehr Geld in den Kassen, damit kann man nichts finanzieren, auch wenn es im Ganzen natürlich sehr erfreulich ist. Man müsste, um das effektiv realisieren zu können, diese Liegenschaften verkaufen; dann käme das Geld auch in die Kassen. Das führt dann in der Summe zu einem operativen Ergebnis, ich habe es gesagt, von 113.6 Millionen Franken.

Wie entwickeln sich die Steuererträge? Im Grundsatz auch sehr erfreulich. Die Rechnung 2024, das haben wir bei der Rechnung diskutiert, hat einen Einmalfaktor drin. Aber sonst, wenn man die Rechnung 2022 und dann Rechnung 2023 und Budget 2025 ausgeht, dann steigen die Steuereinnahmen der natürlichen Personen. Das hat natürlich auch zu tun mit dem Zuzug nach Winterthur. Die letzten Zahlen, wir sehen es nachher, sind jetzt bei ca. 122'000 Leuten. Das spricht für die Standortattraktivität von Winterthur, es erklärt aber auch, weshalb die Mieten so hoch sind.

Die Steuern der juristischen Personen haben leider in Winterthur (historisch schon) einen tiefen Anteil an den Steuereinnahmen, aber auch diese entwickeln sich ganz leicht positiv. Und die Grundstückgewinnsteuern in Grün, da geht man offenbar davon aus, dass das ein bisschen rückläufig ist oder nicht steigt. Und ist ein bisschen vorsichtig beim Budgetieren, was sicher auch nicht falsch ist.

Ich habe vorhin über den Ressourcen- und Zentrumslastenausgleich gesprochen, also Geld, welches Winterthur bekommt, weil es entweder ressourcenmässig (und das sind die steuerlichen Ressourcen) unter dem Mittel des Kantons ist. Die Berechnung ist im Detail dann doch sehr komplex. Weniger kompliziert gesagt: Es gibt einfach viele Gemeinden, welche die reicheren Einwohner haben als Winterthur. Und deshalb wird das da zu einem gewissen Teil ausgeglichen.

Der Zentrumslastenausgleich berücksichtigt, dass die Stadt Winterthur Angebote macht als Zentrumsstadt, z.B. im kulturellen Bereich, im sportlichen Bereich und in vielem anderen. Und dafür bekommt Winterthur relativ stabil ca. 89 Millionen pro Jahr dafür. Das sind zusammen 265 bis 266 Millionen, die auf diesem Weg in die Kasse kommen.

Wenn man das nun vergleicht mit dem Steuerhaushalt mit 521 Millionen, ist das doch ein substanzieller Teil. Wenn man die beiden Zahlen zusammenzählt, gibt das 800 Millionen. Und davon 265 Millionen, das ist ungefähr ein Drittel der Einnahmen.

Schön ist, was wir beschlossen haben vorhin bei der Gewinnverwendung der Eigenwirtschaftsbetriebe, allerdings macht das nur gut 10 Millionen aus auf die ganze Rechnung. Die Investitionsrechnung ist letztlich getrieben durch Projekte, welche wir machen in dieser Stadt. Wenn man es nach Departement gliedert, haben wir dort Investitionen wie das Kunstmuseum, die Quartieranlagen Eichwäldli und Gutschick (das haben wir alles beschlossen hier drinnen), die Sanierung des Waaghauses (das ist dort, wo jetzt die Markthalle drin ist). Im Departement Finanzen haben wir IT, Hard- und Software, in die man investieren muss. Wir haben im Budget die Halle 53, dort haben wir im Drehbuch den Antrag A16, der sagt, das müsse im Finanzvermögen geplant werden, aber das wurde natürlich bei der Erstellung des Budgets so nicht berücksichtigt. Wenn das angenommen würde, würden sich die Zahlen ändern. Dann hat man es einfach im Finanzvermögen, aber das ist ja letztlich auch Eigentum der Stadt.

Das Departement Bau und Mobilität – nicht überraschend – baut, z.B. Strassen. An der Unteren Vogelsangstrasse, Wieshofstrasse, Querung Grüze sind es grosse Investitionen. Ebenfalls grosse Investitionen sind die Schulhäuser, wir haben in der letzten Sitzung 2-3 bewilligt, auf jeden Fall einige dieses Jahr. Das Freibad Geiselweid, Ausbau/Renovation Schützi – das sind alles Sachen, die im Schuldepartement laufen.

Die technischen Betriebe sind da relativ tief, weil die meisten Investitionen in den technischen Betrieben in den Eigenwirtschaftsbetrieben sind. Wir haben da den Forstwerkhof, den Stadtgarten – Dinge, mit denen wir ja auch einverstanden waren.

Wenn wir zu den Eigenwirtschaftsbetrieben kommen: Ihr seht es, die Investitionen in den Eigenwirtschaftsbetrieben sind in der Summe mehr als das, was der Steuerhaushalt investiert. Das hat vor allem damit zu tun, dass wir sehr grosse Werke haben. Wenn Kanalsanierungen auf der Strasse sind, dann läuft es über den Steuerhaushalt, wenn es unter der Strasse ist, dann ist es eine Kanalsanierung und läuft über den Eigenwirtschaftsbetrieb. Die Baustelle ist, wenn es gut koordiniert ist, dann die gleiche.

Ebenfalls sind Investitionen geplant in der Deponie Riet. In den Alterszentren das Zentrum Adlergarten. Bei Stadtwerk die KVA (vom Volk bewilligt), die Abwasserreinigungsanlage kommt dann noch ins Parlament.

Stadtbuss baut das Netz aus, braucht neue Busse und damit mehr Depotfläche: Beim Ausbau des Depot Grüzefeld ist hier die Investition budgetiert. Stadtbuss macht das ja im Auftrag des Zürcher Verkehrsverbunds. Diese Investitionen sind aber zuerst über die Stadt Winterthur zu tätigen. Sie erzeugen Abschreibungen und diese Abschreibungen sind dann Betriebsaufwand von Stadtbuss – und das zahlt dann wieder der Verkehrsverbund. So weit, so kompliziert.

Das führt mich gleich zur letzten Tabelle, den Abschreibungen. Wir haben vorhin in der Tabelle gesehen: 130 Millionen Abschreibungen. Das ist die Abschreibung von dem, was wir investiert haben. Für eine Investition, wenn sie vernünftig gemacht ist (d.h. nicht überflüssig investiert wird), erhält man ja auch einen realen Sachwert. Aber wie alles im Leben nutzt sich das ab und das sind dann die Abschreibungen. Bei einer Software geht man davon aus, dass es 3-4 Jahre sind, vielleicht mal 5 Jahre. Bei einem Gebäude sind es vielleicht 40 Jahre. Und – das wird Euch nicht überraschen – das ist auf kantonaler Ebene sehr detailliert geregelt, da

haben wir keinen Spielraum. Der Spielraum bei den Abschreibungen ist nicht so, wie wenn man eine Unternehmung hat; der Spielraum bei den Abschreibungen ist eigentlich bei der Frage, wie viel man investiert. Und ab dann ist es fix über die Laufzeit. D.h. alles, was wir im 2025 investiert haben, wird man im 2026 und in den folgenden Jahren im Aufwand sehen. Noch einige Kennzahlen, die kantonal definiert sind: Der Steuerertrag ist auch eine Kennzahl. Der Steuerfuss ist ganz sicher eine – der Plan ist, es geht nicht hinauf und es geht nicht herunter.

Ein bisschen komplizierter zu verstehen ist die Grafik, die wir da haben, der mittelfristige Ausgleich der Erfolgsrechnung. Über 8 Jahre, also die drei letzten Rechnungen, das Budget 2025 (des laufenden Jahres) und die 4 kommenden Jahre, muss insgesamt die Erfolgsrechnung ausgeglichen sein. Was uns jetzt - wenn ich das etwas salopp sagen darf - «rettet», das ist die Aufwertung der Liegenschaften. Das ist Budget 2026, das ist der Grund, weshalb wir dort einen so hohen Überschuss haben. Und dann haben wir einen FAP (Finanz- und Aufgabenplan), der in der Zukunft rot bis tiefrot ist. Das ist er jedes Jahr. Und das hat ein bisschen damit zu tun, dass das Budget 2026 detaillierter geplant wird als der Finanz- und Aufgabenplan, in dem natürlich vor allem die grossen Brocken sind. Ich werde, anders als in anderen Jahren, nicht weiter auf den FAP eingehen, weil ich glaube, dass die Elemente, welche im FAP geplant sind, sehr wichtig sind für den Stadtrat und die Departemente für die Gesamtsteuerung. Aber in der Summe sind sie für das Parlament wenig aussagekräftig. Ihr werdet ja nachher auch beim Antrag sehen: Über das Budget wird beschlossen, der FAP wird zur Kenntnis genommen. Das ist eine vornehme Formulierung für: Da haben wir nichts zu husten dazu.

Wenn wir weitere Kennzahlen anschauen: Anzahl Einwohner, ich habe es gesagt, wir sind jetzt bei 122'000. Der Steuerfuss ist unverändert. Die Steuerkraft der Bewohnenden (das ist keine kantonale Berechnung, diese hat die Stadt Winterthur gemacht) ist ziemlich volatil: Von 2'900 auf 2'700 und jetzt wieder auf 3'000 Franken. Aber einfach das Gefühl, was das hergibt.

Wir haben einen Selbstfinanzierungsgrad, der hoch ist und der auch massiv schwankt. Es hilft natürlich, wenn man genügend Geld hat, um die Investitionen zu finanzieren. Auf der rechten Seite sind jeweils die Kategorien, welche der Kanton definiert hat, was er gut und was er weniger gut findet. Der Zinsbelastungsanteil ist gut, das hat zu tun mit dem tiefen Zinsniveau und mit einer entweder cleveren oder manchmal ein bisschen glücklichen Anlagestrategie, welche das Finanzamt macht beim Aufnehmen des Geldes.

Wir haben einen Nettoverschuldungskoeffizient. Das bedeutet, wie viel Jahressteuereinnahmen würde man brauchen, um die Schulden abzutragen. Wenn man am 1. Januar aufhören würde, Geld auszugeben, dann würde es 2.11 Jahre, bis man die Schulden weg hätte. Das betrachtet der Kanton als nicht wahnsinnig gut; ist wahrscheinlich nicht brilliant, aber ich beurteile es einfach als eine Festlegung, welche der Kanton gemacht hat. Wieso es genau ab 150% schlecht ist, ist schwierig zu sagen; die Schulden, welche diese Stadt hat, sind aber natürlich relevant.

Das sieht man auch bei der Nettoschuld pro Einwohnerin und Einwohner. Da sagt der Kanton, dass es ab 5'000 Franken eine sehr hohe Verschuldung ist. Man muss da berücksichtigen, dass im Unterschied zu einer kleinen Gemeinde die Stadt Winterthur grosse Werke hat: Stadtwerk. Und man baut weder eine KVA noch wird man eine ARA bauen einfach mit dem Cash, den man in der Kasse hat. Für das wird man Schulden machen müssen, die muss man verzinsen und das wird dann auch auf die Gebühren geschlagen. Aber die Gebühren sind ja dann auch wieder etwas, was wir alle zahlen. Es ist sicher so, dass ein wahrscheinlich relevanter Teil dieser Schulden wegen der Werke ist. Es ist aber nicht so einfach, das aufzuteilen auf Steuerhaushalt und Eigenwirtschaftsbetriebe, denn sonst hätte man das gemacht.

Der Präsident hat es am Anfang gesagt: Wir entscheiden sehr stark über Globalbudgets. Und ich möchte die Überleitung machen von dem, was wir bisher angeschaut haben. In der Tabelle links ist die Tabelle, die ich ganz am Anfang gezeigt habe. Das sind zweistellige Konti, davon hat es 15-20 abgebildet; Personalaufwand, Sach- und Betriebsaufwand usw. Wenn man weiter in die Detaillierung geht, dann gibt es dreistellige Kontonummern, das ist wie eine

Verästelung. Wenn ich richtig gezählt habe, hat es gegen 100 dreistellige Konti und über 400 vierstellige. Und wahrscheinlich geht Ihr einig mit mir: Auf dieser Granularität möchten wir lieber nicht budgetieren. Es gibt aber Gemeinden, welche das machen. Vielleicht nicht auf den vierstelligen, aber tiefer in den Details. Wir haben uns für ein anderes Konzept entschieden: Für ein Globalbudget.

Hier einen Ausschnitt über die Struktur der Globalbudgets. Das ist jetzt vielleicht vielen bekannter. Das sind die Produktgruppen, welche ich auf der rechten Seite gezeigt habe. Und dort spricht man eigentlich gar nicht mehr über die Konti, von denen ich jetzt auf der linken Seite gesprochen habe. Sondern man spricht darüber, was die Leistungen sind, welche die Stadt in einem bestimmten Bereich stellen soll – und was das kostet. Und ob das dann ausgegeben wird als Personalaufwand oder für Reisespesen oder für «ich weiss nicht was», ist an und für sich aus einer Budgetierungssicht, wie wir es machen, nicht ganz so zentral, sondern die Frage ist, was die entsprechenden Leistungen kosten. Und wie sie produziert werden, das ist Aufgabe des Stadtrats, der Verwaltung, der Leiterinnen und Leiter der Produktgruppen.

Das bringt mich zu einem Teil der Anträge, welche im Drehbuch sind. Die Anträge zu Ausgaben betreffen immer das Globalbudget, unabhängig davon, wie sie formuliert sind. Denn das ist das, was wir beschliessen – so steht es in der Gemeindeordnung. Wenn man ein Beispiel nimmt: Wenn der Antrag ist «Reduktion des Globalkredits um irgendeinen Frankenbetrag», dann ist das soweit gut. Wenn die Begründung ist «Kürzungsantrag auf dem Konto Honorare, externe Beratung, Gutachten, Fachexpertise» dann ist das okay als Begründung. Und angenommen, dieser Antrag würde angenommen, ist die Reduktion trotzdem auf dem Globalbudget, d.h. auf der Produktgruppe, und nicht auf dem Konto; d.h. der Verantwortliche kann das trotzdem anders ausgeben, nämlich dort, wo er das Gefühl hat, dass er lieber dort ein bisschen weniger ausgibt, damit er seine Leistung trotzdem gut erbringen kann. Das ist seine Verantwortung.

Das gilt auch bei den Verschiebungen zwischen Produkten innerhalb der gleichen Produktgruppe. Produkte helfen beim Diskutieren, beschliessen werden wir aber letztlich das Budget der Produktgruppe. Und wenn der Stadtrat das anders machen will bei den Produkten, dann darf er das. Es ist auch in der Kompetenz des Stadtrates, Produkte selbst zu definieren. Nur die Produktgruppen werden vom Parlament definiert. In dem Sinne ist die Begründung eine Erklärung, in diesem Beispiel ein Wunsch oder ein Vorschlag, wo man es kürzen kann – aber das Globalbudget ist eine Zahl auf der Produktgruppe.

Und wenn wir schon ein bisschen operativ unterwegs sind, möchte ich noch etwas sagen zu Anträgen, die sich thematisch immer wieder finden. Wir haben einige Anträge im Drehbuch aufgrund des Projektabbruchs von WinRP, für Personaldaten. Das habt Ihr in der Zeitung lesen können. Das Projekt wurde abgebrochen und das hat natürlich auch Auswirkungen auf das Budget 2026. Und zwar hat man Einführungsaufwand vorgesehen. Ein neues Personaldatensystem gibt natürlich zuerst einmal viel Arbeit bei all denen, welche Personaldaten pflegen. Das ist zentral im Personalamt, das ist aber auch dezentral in den Departementen. Die Departemente hatten vor, dafür temporäre Stellen aufzubauen, welche es jetzt nicht braucht. Zusätzlich: Wir investieren weniger, dadurch gibt es auch weniger Abschreibungen bei der Investitionsrechnung, das werden wir sehen. In der Regel betrifft das im Drehbuch eine Budgetreduktion pro Departement. Es mag sein, dass es viel granularer ist, aber in Absprache mit dem Controlling der Departemente haben wir entschieden, dass wir die Anträge dafür auf einer Produktgruppe pro Departement machen. Und die Kolleginnen und Kollegen vom Controlling das nach dem Parlamentsbeschluss noch umbuchen, dorthin, wo es effektiv hingehört. Es sind ja schöne Beträge, aber so viel ist es dann doch nicht, dass es irgendwo die finanzielle Steuerung über den Haufen werfen würde. Es war schlicht innerhalb der Zeit nicht möglich, das noch granularer auszubereiten.

Der Antrag des Stadtrats, um wieder auf die Metaebene zu kommen, sind die 5 Anträge, die jedes Jahr kommen: Es ist das Budget über Globalkredite und Leistungsziele in der Erfolgsrechnung, es ist das Budget über Ausgaben und Einnahmen in der Investitionsrechnung, es ist der Steuerfuss, es ist die Kenntnisnahme des FAP und die Ermächtigung zur Umbuchung

des Teuerungsausgleichs, den man beschliesst, auf die Produktgruppen, die es betrifft (d.h. auf diejenigen, wo die entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind). Danke.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Christian, für die Vorstellung des Budgets. Dann starten wir jetzt in die Diskussion. Wie gesagt, als Erstes haben die Mitglieder der Aufsichtskommission das Wort. Und wieder einmal hat er es geschafft, sich als Erster zu melden: Das Wort geht an Samuel Kocher (GLP).

S. Kocher (GLP): Was für ein Zufall! Besten Dank zuerst an Christian für das detaillierte Vorstellen dieses Budgets. Aber auch wir bedanken uns natürlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Erstellung dieses Budgetbuchs.

Das Budget 2026 von der Stadt Winterthur wirkt erfreulich und beruhigend, zumindest auf den ersten Blick. Ein Ertragsüberschuss von fast 114 Millionen Franken vermittelt den Eindruck von soliden Finanzen.

Wenn man nur die Verpackung von diesem Budget betrachtet, dann stimmt das so. Doch wenn man das Budget-Päckli auspackt, so täuscht oder sogar enttäuscht der Eindruck. Das operative Ergebnis ist tiefrot: Ein operatives Defizit von 26.5 Millionen Franken.

Das positive Budget entsteht einzig durch einen einmaligen Buchgewinn von rund 140 Millionen Franken aus der Neubewertung der Liegenschaften. Dieser Buchgewinn sagt leider nichts über das strukturelle Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben unserer Stadtfinanzen aus.

Im Gegenteil: Er lenkt von den wirklichen Herausforderungen ab. Aber es darf und wird uns nicht davon abhalten, hinzuschauen, woher das operative Minus herkommt und wohin die langfristige Entwicklung führt. Echte und wirksame Handlungsspielräume entstehen durch ein ausgeglichenes operatives Budget und nicht durch bilanzielle Sondereffekte.

Das ist der wahre Prüfstein einer nachhaltigen Politik: Nicht Sparen um jeden Preis, sondern ein langfristiger, verantwortungsvoller Umgang mit den operativ verfügbaren Mitteln – mit Fokus auf Wirkung, Priorisierung und Zukunftsfähigkeit.

Die Neubewertung von den Immobilien profitiert von einem «Bullenmarkt», der seit 2008 nur eine Richtung kennt. Doch die Vergangenheit zeigt: Das kann sich schnell ändern. Zinsen können steigen, Märkte können sich drehen. Das, wovon man heute vermeintlich profitiert, kann morgen auch zum Boomerang werden. Immobilien müssen auch bei negativen Marktveränderungen wertberichtigt werden.

Aber die meisten städtischen Liegenschaften sind nicht liquide am Markt platzierbar. Die Stadt ist damit extrem abhängig von solchen periodischen Bewertungen. Eine Immobilienkrise kann die Stadt Winterthur negativ treffen, auch wenn die städtischen Immobilien keine Spekulationsobjekte sind. Umso wichtiger ist es, trotz solcher Sondereffekte das operative Budget und die strukturellen Risiken im Lot zu halten.

Gerade diese strukturellen Risiken und Kostentreiber sind offensichtlich: Die laufenden Einnahmen decken die überdurchschnittlich steigenden Ausgaben nicht mehr. Besonders im Sozial- und Pflegebereich drohen erhebliche Mehrkosten. Seit einem Bundesgerichtsurteil von 2019 können Angehörige für Grundpflegeleistungen entschädigt werden.

Diese Herausforderung ist vom Stadtrat auch identifiziert worden. In Winterthur rechnen spezialisierte Spitex-Firmen der Angehörigenpflege immer mehr Stunden ab als Organisationen mit Leistungsauftrag. Diese Entwicklung treibt die Kosten massiv in die Höhe.

Die Grünliberalen regen an, dass der Stadtrat seinen Handlungsspielraum nutzt, die Umsetzung kantonaler Regelungen eng überwacht und sich für eine Regulierung dieser Entwicklung einsetzt. Auch bei der Personalplanung, wie etwa im Beistandswesen, sollen und können alternative Modelle wie private Mandatspersonen berücksichtigt werden. Das sind nur zwei Massnahmen, wo der Stadtrat direkt handeln kann.

Das Budgetbuch zeigt darüber hinaus, dass die Ausgaben in Bereichen wie Bildung, Kultur und Digitalisierung weiter stark steigen. Hohe Subventionen für Museen und Theater, wachsende externe Kosten bei externen Dienstleistern und zusätzliche Stellen in Verwaltung und Informatik belasten die Rechnung überdurchschnittlich.

Dadurch wird die Stadtfinanzierung immer stärker abhängig von den ausserordentlichen Effekten wie Neubewertungen von Liegenschaften oder Beiträgen aus dem Lastenausgleich. Ein Blick in den Kanton Aargau zeigt, dass eine verantwortungsvolle Finanzpolitik möglich ist. Sie muss einfach konsequent und langfristig geplant sein. Dort sind in weniger als zehn Jahren Schulden von 1,7 Milliarden Franken abgebaut und ein Vermögen von 585 Millionen Franken sowie eine Reserve von 1,1 Milliarden aufgebaut worden.

Die Grünliberalen treten auf das Budget ein, fordern aber eine ehrliche und generationengerechte Finanzpolitik. Dazu gehören zukünftige Transparenz über das operative Defizit schon im Budget selbst, klare Priorisierung von Investitionen in Klima, Bildung und Digitalisierung sowie mit klaren Vorschlägen vom Stadtrat für mögliche Handlungsoptionen. Ziel ist eine nachhaltige Finanzstrategie, die nicht auf Glücksfälle setzt, sondern die aktuellen strukturellen Herausforderungen konsequent angeht. Besten Dank.

F. Kramer-Schwob (EVP): Danke dem Stadtrat und der Verwaltung für das Erstellen des Budgets und die guten Diskussionen darüber in den letzten Wochen. Wir sind froh um das Polster, das dieses Jahr entsteht, bzw. nächstes Jahr.

Das Fremdkapital der Stadt hat sich nämlich in den letzten gut 15 Jahren von 1 Milliarde auf 2 Milliarden verdoppelt. Wir zahlen 20 Millionen Schuldzinsen pro Jahr. Mit dem Geld könnten wir uns 7 (!) zusätzliche Hallenbäder leisten, wenn wir das dann wollen würden.

Wir kennen im Moment das Votum des Finanzvorstehers noch nicht, das er nachher noch halten wird – ich nehme an, dabei geht es dann auch um die Demografie und dass es sehr schwierig ist, die Finanzen zu steuern in dieser Stadt. Der Stadtrat schaut aber doch auch eine leichte Erhöhung der Schulden als vertretbar an, jedes Jahr und in den kommenden Jahren. Und auf dieser Grundlage erstellt er ein Budget. Und erhöhen sich die Schulden nicht oder verringern sie sich sogar wie in diesem Budget, ist das einfach Glück. Und dort liegt aus unserer Sicht ein Kernproblem in der Aufgabenstellung der Budgetierung. Wenn ein solches Budget ins Parlament kommt, dann können wir das in den Grundzügen gar nicht mehr ändern. Und wenn wir jetzt einen andern Arbeitsauftrag würden stellen wollen, nämlich dass sich die Schulden nicht erhöhen sollen, ganz grundsätzlich, und das Ergebnis ausgeglichen sein soll, dann ist das unmöglich zu lösen.

Deshalb haben wir als EVP letztes Jahr auch die Pauschalkürzung unterstützt. Dagegen ist der Stadtrat bekanntlich gegen das eigene Parlament vorgegangen. Der Bezirksrat hat dem Parlament Recht gegeben – und doch hat der Stadtrat sich um die Umsetzung foutiert. Er hätte 7 Millionen einsparen sollen und hat keinen einzigen Franken eingespart. Was machen wir also jetzt? Der betriebliche Aufwand steigt von 2025 auf 2026, in einem einzigen Jahr, um sage und schreibe 80 Millionen.

Eine Finanzkrise wie in der Waadt wollen wir als EVP nicht, und dort sind wir zum Glück auch nicht. Wir setzen uns deshalb lieber schon jetzt für einen achtsamen Umgang mit den Finanzen ein, solange wir Spielraum bei der Umsetzung haben. Die Notbremse ziehen wäre viel schlimmer und träfe auch die Schwachen, für die wir uns als EVP ja einsetzen wollen.

Wir unterstützen als EVP deshalb dieses Jahr Anträge, die das Kostenwachstum ein klitzekleines Bisschen einschränken. Wir tun es so, wie es der Stadtrat wollte und wünschte, auf konkreten Produktgruppen. Wir haben ein Globalbudget pro Amt. Das Amt bekommt Geld für die Aufgabenverteilung und hat dann viel Freiheit bei der genauen Verwendung, wir haben das vorhin von Christian gehört. Wenn Anträge durchkommen, hat das keinen Einfluss auf konkrete Projekte, sondern auf den Gesamtbetrag, also den Globalkredit, den das Amt zur Verfügung haben wird, um die Aufgaben zu erfüllen.

Wir haben in den letzten Wochen immer wieder das Argument gehört, dass man als Amt eine Budgeterhöhung benötige für ein einzelnes Projekt. Das macht keinen Sinn! Im Wort «Projekt» selbst ist schon enthalten, dass es einen Anfang und auch wieder ein Ende hat. Projekte lösen sich ab. Neue Projekte kommen, alte werden abgeschlossen. Eine Budgeterhöhung bräuchte es nur, wenn wir immer mehr Projekte machen würden. Und da müssen wir, das sagen wir schon seit vielen Jahren, Prioritäten setzen. Im Moment sehen wir nicht, dass

wir für 80 Millionen Franken mehr Projekte machen als letztes Jahr. Deshalb müssen wir das Budget auch nicht um 80 Millionen erhöhen gegenüber 2025.

Übrigens: Das Thema Pauschalkürzung ist noch nicht ganz vom Tisch, auch wenn wir das dieses Jahr nicht wollen. Der Budgetprozess ist unbefriedigend wie eh und je – und da muss definitiv etwas ändern.

Wir machen Politik weg von den Polen und sind als EVP konstant nachhaltig unterwegs: Wir setzen uns für einen nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen ein. Und wir setzen uns für einen nachhaltigen Umgang mit den Finanzen ein.

Wir treten gerne auf das Budget 2026 ein. Danke vielmals.

M. Zundel (Grüne/AL): Einmal etwas Operatives von mir; weil Andy heute Abend krank ist, werde ich einen Teil seiner Voten vorlesen, wie zum Beispiel das Eintretensvotum. Der Unterschied zu meinen Voten wird sein: Ich werde seine Voten in Schriftdeutsch und meine Voten in Schweizerdeutsch vortragen, so dass man es auseinanderhalten kann.

Ich danke vielmals Christian für die Präsentation. Ich habe da aber noch einen kleinen Input: Wenn man schon von Einmalevents spricht, dann finde ich die Erwähnung der Versorgertaxe sehr wichtig, was ein extrem zentraler Punkt ist für das operative Minus, das wir im Budget 2026 haben. Ich werde später noch darauf eingehen. Und ich hoffe und nehme an, dass der Schatzmeister das dann vielleicht auch noch erklärt, wie das zustande gekommen ist, weil es ist ein ziemlich enger Zusammenhang zwischen der Rechnung 2025, die wir halt noch nicht sehen, und dem Budget 2026 aufgrund dieser Versorgertaxen.

(Votum A. Büeler) Das Budget 2026 ist von der Neubewertung der Liegenschaften und einer Wertsteigerung von 140 Millionen Franken geprägt. Wieder einmal zeigt sich: Budget und spätestens Rechnung fallen in Winterthur fast immer deutlich besser aus, als es der Finanz- und Aufgabenplan (FAP) prognostiziert. Damit relativieren sich die in den letzten Jahren oft gehörten düsteren Aussichten, die allein auf dem FAP basieren – ohne dass wir die realen Herausforderungen bei der Stadtfinanzen kleinreden. Trotzdem wird die heutige Debatte wohl wieder stärker vom FAP als vom eigentlichen Budget 2026 bestimmt. Heute zur Debatte und für uns entscheidend ist das effektive Budget, nicht das Planspiel FAP.

Der Fokus auf den Aufwandüberschuss aus betrieblicher Tätigkeit von 26.5 Millionen greift zu kurz. Ohne die um ein Jahr früher als erwartete Rückerstattung von 30 Millionen Franken Versorgertaxen durch den Kanton hätte auch ohne Sondereffekte ein Plus resultiert. Genau deshalb gibt es auch in der Schuldenbremse den mehrjährigen Ausgleich – damit kurzfristige Ausschläge nicht falsche politische Signale erzeugen.

Zu den Schulden: Weil man gesetzlich keine Gebühren auf Vorrat erheben darf, ist die Stadt gezwungen, für Grossprojekte bei den Eigenwirtschaftsbetrieben (wie Kehrrichtverbrennungsanlage oder ARA, genannt «die Werke») Kredite aufnehmen.

Jetzt zum eigentlichen Budget: Die Fraktion Grüne/AL anerkennt, dass der Stadtrat mit dem beantragten Budget den Anforderungen einer wachsenden Stadt gerecht wird. Ohne Sondereffekte präsentiert sich ein stabiles Budget, im Trend der Vorjahre: Rund drei Viertel der Einnahmen aus Steuern und Finanzausgleich fliessen in Bildung, Soziales und Pflegefinanzierung.

Positiv werten wir die geplanten Stellen für die Umsetzung der Stadtklimainitiativen, für die energetische Sanierung städtischer Liegenschaften und für das nachhaltige Bauen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung und auch bitter nötig. Bei vielem sind wir nämlich überhaupt nicht auf Kurs, wie der letzten Freitag veröffentlichte Vierjahresbericht zum Umwelt- und Klimakonzept der Stadt Winterthur schonungslos offenlegt. Auch die weiteren zusätzlichen Stellen sind sinnvoll und notwendig: Sei es für die wachsenden Schüler:innenzahlen, für zunehmenden Bedarf an schulergänzender Betreuung und Sozial- und Erwachsenenhilfe, die zunehmende Pflegeintensität, den Angebotsausbau bei Stadtbuss oder die digitale Sicherheit der Verwaltung.

Zur Budgetdebatte (dies geht vielleicht entgegen zur Präsentation bezüglich der Produktgruppen und wie vorhin von Franziska erwähnt zu den Begründungen der Kürzungsanträge):

In den Kommissionen haben wir von der Verwaltung sehr detailliert Antworten auf unsere vielen Fragen erhalten. Wir erwarten, dass Änderungsanträge konkret begründet werden: Wo soll gespart werden und welche Auswirkungen hat das auf die Bevölkerung? Nur so bleibt die Budgetpolitik transparent, verantwortungsvoll und glaubwürdig. Ein Fortschritt gegenüber letztem Jahr ist, dass bis jetzt kein Pauschalkürzungsantrag vorliegt. Leider werden dafür in vielen Produktgruppen Kürzungen beantragt, die nur vage begründet sind – etwa mit der Hoffnung, der Stadtrat werde schon einen Ort finden, wo die Kürzung nicht weh tue. Damit bleibt unklar, auf welche Wirkung verzichtet werden soll. Vor der Detailberatung halten wir fest: Wir unterstützen keine Änderungsanträge, wo die Forderung bezüglich Finanzen nicht transparent und nachvollziehbar mit Leistungen und Wirkungen verknüpft sind. Viele dieser Anträge mögen zwar kurzfristig etwas einsparen, mittel- bis langfristig aber Mehrkosten verursachen, weil wir dringend benötigte Investitionen immer weiter hinausschieben. Zum Schluss danken wir uns dem Stadtrat, dass er sich zusammen mit anderen Gemeinden bei Bund und Kanton für eine faire Lastenverteilung einsetzt. Die Fraktion Grüne/AL tritt auf das Budget 2026 ein und bedankt sich bei der Verwaltung für das Budget, für die Unterstützung in den Kommissionen und für die geleistete Arbeit.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Ich kann mich in vielen Punkten den Vorrednern Samuel Kocher und Franziska anschliessen, mit den Grünen – da sind wir in zwei unterschiedlichen Welten. Wir danken ebenfalls Christian für die gute, ausführliche Präsentation. Wir von der Mitte/EDU-Fraktion haben uns lange überlegt, was wir mit dem Budget 2026 - man höre und staune, man hat es auch schon mehrmals gehört - notabene mit einem Verlust aus betrieblicher Tätigkeit von 26.5 Millionen machen sollen. Vor allem nachdem der Stadtrat die im Dezember 2024 die von einer Mehrheit des Parlaments beschlossene Kürzung von 7 Millionen u.a. auch bei den externen Dienstleistungen, nicht - wie mit auf den Weg gegeben - umgesetzt hat. Eigentlich ein No Go und eine krasse Missachtung des Parlamentswillens. Doch die Geschichte von der Selbstherrlichkeit des Stadtrats geht weiter und hat im Budget 2026 einen neuen Höhepunkt erreicht. Der Aufwand für Dienstleistungen und Honorare (für Externe) steigt um sage und schreibe 15 Millionen auf 92 Millionen Schweizer Franken, und das, obwohl gleichzeitig die Anzahl Stellen und die Personalkosten weiter zunehmen. Dieses Wachstum, das Wachstum des Budgets, ist zudem grösser als das Bevölkerungswachstum. Das ist ein Punkt, auf den wir immer wieder hinweisen: Die Bevölkerung wächst weniger als prognostiziert. Aber wir von der Mitte/EDU wundern uns sowieso im Moment über die Haltung des links-grün dominierten Stadtrates dem Parlament gegenüber. Da nehme ich weder Wertschätzung und selten ehrliche Diskussionen auf Augenhöhe wahr, geschweige denn Abholung des Parlaments vor Ausarbeitung des Budgets oder der Weisungen, wie wir schon oft angefragt haben. Da entsteht bei mir eher der Eindruck, dass wir als der nervende Stachel im Fleisch wahrgenommen werden. Und nicht als der geschätzte Partner, der einen challenge. Lieber Stadtrat, da müsst Ihr wirklich über die Bücher – Adventszeit und Weihnachtszeit geben Euch hoffentlich genügend Raum und Zeit dafür. Aber zurück zum Budget. Unser Finanzminister hat in den Medien grossartig ein Budget mit einem dreistelligen Gewinn präsentiert und für ihn scheint die Welt in Ordnung zu sein. Aber nicht nur wir, sondern die meisten Bürgerinnen und Bürger haben gemerkt: Alles nur Scheingewinne dank Aufwertungen von irgendwelchen Liegenschaften, bei denen ich mich noch immer wundere, wo und wie viele das sind. Ein kleiner Exkurs: Bei der Abstimmung, bei der es hiess, dass unbebaute Grundstücke nur noch im Baurecht abgegeben werden dürfen, war die Rede von 20 Grundstücken. In Realität und auch in der Politik gilt der Grundsatz: Nur Bares ist Wahres. Der Stadtrat hat aber ein Budget mit einem operativen Verlust von 26.5 Millionen vorgelegt - und dieser Verlust wird mit Schulden finanziert. Dass wir in den Budgetberatungen in den Kommissionen und heute in der Parlamentsdebatte ein ausgeglichenes Resultat erreichen, ist reines frommes Wunschdenken. Der richtige Weg wäre die Rückweisung des Budgets an den Stadtrat gewesen, vor den Wahlen aber kaum

mehrheitsfähig. Also bleibt es beim alten, nicht wirklich bewährten Vorgehen: Wir stellen einzelne Anträge und können im besten Fall das Budget ein bisschen reduzieren (so wie es aussieht, dieses Jahr ein bisschen mehr als auch schon), werden dann aber immer noch ein zweistelliges Millionendefizit haben. Und dieses könnte noch höher ausfallen, wenn die Steuereinnahmen tiefer ausfallen als wie vom Stadtrat budgetiert; Christian hat die Zahlen vorgestellt. Der Stadtrat hat die Steuereinnahmen nämlich vor allem auch bei juristischen Firmen höher budgetiert (70 Millionen); 2024 hatten wir 57.4 Millionen. Und gerade bei der Wirtschaft sieht es im Moment nicht besonders gut aus: Da werden Stellen abgebaut, Geschäfte schliessen oder gehen sogar Konkurs.

Und ich wiederhole mich hier gerne nochmals, wie auch in vergangenen Jahren, nach dem Motto «steter Tropfen höhlt den Stein»: Wir wünschen uns eine Festlegung der Eckwerte des Budgets als gemeinsame Aufgabe von Parlament und Stadtrat zu einem frühen Zeitpunkt, zum Beispiel vor den Sommerferien, und dass das Budget dann entlang dieser Leitlinien erarbeitet wird.

Und ein solcher Budgetprozess sollte auch die Eigenwirtschaftsbetriebe miteinschliessen. Diese segeln leider immer etwas unter dem Radar, weil auch hier Uneinigkeit unter den Parlamentariern herrscht, was man darf und was nicht. Wir von der Mitte/EDU wollen, dass die Eigenwirtschaftsbetriebe wirtschaftlich und effizient geführt werden, die Kosten möglichst nicht steigen, damit auch die Gebühren nicht steigen. Die Gebühren werden nämlich (Christian hat es bereits erwähnt) von uns allen, von den Bewohnenden von Winterthur, gezahlt. Und wir alle haben ein grosses Interesse, bezahlbaren Strom, bezahlbares Wasser, bezahlbare Abfallgebühren oder aber auch Altersheimtarife zu haben. Die Mitte/EDU-Fraktion tritt auf das Budget ein.

B. Helbling-Wehrli (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat und den Mitarbeitenden der Verwaltung für das Budget 2026. Und danke auch an Christian für die Vorstellung des Budgets.

Dieses Budget beginnt mit einer positiven Botschaft: Wir haben einen Ertragsüberschuss von über 113 Millionen Franken. Dieser Überschuss stärkt unser Eigenkapital, stabilisiert die Bilanz und gibt Winterthur finanziellen Handlungsspielraum. Dass er aus der Neubewertung der unbebauten Grundstücke stammt, ändert daran nichts – er ist real, sauber verbucht und zeigt, dass Winterthur solide dasteht.

Erst bei genauerem Hinsehen erscheint ein operatives Minus – und auch dieses ist erklärbar. Die Rückerstattung der Versorgertaxe wurde ein Jahr früher verbucht als geplant. Wäre sie wie vorgesehen erst im 2026 geflossen, hätten wir heute ein operatives Plus. Wir reden also nicht über eine finanzielle Schieflage, sondern über Buchungstechnik. Und Buchungstechnik ist kein Grund für diese Hektik und den reflexartigen Spöhruf.

Das Eigenkapital steigt, die Nettoverschuldung sinkt, der mittelfristige Ausgleich ist erfüllt. Das sind die Kennzahlen, die zählen.

Für uns ist klar: Winterthur ist kein Unternehmen und erst recht kein Start-up. Unsere Dividende ist die Lebensqualität und nicht der Profit. Eine Stadt gehört den Menschen, die hier leben und arbeiten. Unsere «Aktionär:innen» sind die Winterthurerinnen und Winterthurer. Sie erwarten gute Schulen, Betreuung und Pflege, ein breites Kultur- und Sportangebot und sichere Quartiere mit hoher Lebensqualität.

Die Kosten steigen dort, wo die Stadt wächst und wo gesetzliche Vorgaben gelten. Mehr Kinder, mehr Pflegebedarf, mehr Aufgabenübertragungen durch Kanton und Bund – all das sind keine freiwilligen Wünsche, es ist der Auftrag der Bewohner:innen an eine wachsende Stadt. Diese Ausgaben sind Grundvoraussetzungen dafür, dass Winterthur funktioniert.

Die Mitte-Rechts-Fraktionen haben zwar gemerkt, dass die frühere Strategie nicht trägt und nehmen ihren Auftrag als Parlamentarier:innen wieder wahr – aber jetzt in den Produktgruppen zu kürzen, ohne erkennbaren politischen Kompass, ohne Prioritäten und ohne Blick auf die konkreten Folgen, das bringt die Stadt nicht weiter. Das ist kurzfristig gedacht, ohne Berücksichtigung der längerfristigen Folgen auf viele Projekte und Angebote.

Um konkret zu werden, nehmen wir das Beispiel Wirtschaftsförderung: Noch in der letzten Parlamentssitzung wurde eindringlich gefordert, die Stadt müsse die Standortförderung stärken und enger mit «House of Winterthur» zusammenarbeiten. Und heute sollen genau dort 250'000 Franken gestrichen werden – inklusive der wichtigen Statistikstelle, auf deren Daten fundierte wirtschaftliche und stadtentwicklungspolitische Entscheide überhaupt erst möglich sind. Das passt einfach nicht zusammen. Man kann nicht bessere Wirtschaftsförderung verlangen und gleichzeitig die Strukturen schwächen, die sie ermöglichen.

Ein zweites Beispiel sind die Kürzungen auf einer einzelnen Kontonummer, wir haben es vorhin schon gehört. Gespart wird schlicht, indem man «Beiträge an Dritte und Honorare» zurück auf den Stand von 2024 dreht – im Wissen, dass das Parlament nur Globalbudgets beschliesst. Die Signale sind trotzdem wirksam. Und die Konsequenzen sind real.

Diese Art zu kürzen ist nicht Ausdruck politischer Haltung. Winterthur lebt 2026 – nicht 2024. Wer heute auf das Preisniveau von gestern zurückkürzt, verschärft die Probleme von morgen.

Wir müssen auch über den Investitionsstau sprechen. Projekte verzögern sich nicht wegen zu vielen Ressourcen, sondern wegen zu wenigen. Wer hier kürzt, verlängert die Wartezeiten, erhöht damit die Kosten – und macht die Stadt langfristig teurer. Wer bei den Investitionen kürzt, gefährdet aber auch konkrete Projekte: Die erwähnten Kürzungsanträge in den Konti «Beiträge an Dritte und Honorare» gefährden die Umsetzung von Schulhaus- und Sportprojekten, etwa dem Umbau der Schützenwiese. Wir haben also die absurde Situation, dass die bürgerliche Seite, von EVP bis SVP, mit aufwändigen Postulaten fordert, zur Schaffung des dringend benötigten Schulraums die Investitionen entsprechend zu priorisieren - und nun wollen die gleichen Parteien dafür dringend notwendige Projektkredite kürzen. Damit wird einzig die Schulraumproblematik verschärft und die notwendige Sanierung der Schützenwiese hintertrieben. Das ist ein grobes Foulspiel.

Gleichzeitig sind die ständigen Effizienzforderungen ermüdend. Die Verwaltungs-Mitarbeitenden arbeiten seit Jahren am Limit. Sie erfüllen gesetzliche Aufgaben, begleiten Projekte und beantworten Vorstösse. Ihnen einfach «mehr Effizienz» zu verordnen, ignoriert die Realität – und gefährdet die Qualität der Leistungen, auf welche die Bevölkerung, aber auch wir im Parlament, angewiesen sind.

Winterthur ist eine Kulturstadt. Die Vielfalt der Kultur – die grossen Häuser ebenso wie die freie Szene – gehört zur Identität dieser Stadt. Der Stadtrat hat bereits gekürzt und unsere Anträge für eine Rücknahme dieser Kürzungen fanden keine Mehrheit. Gerade die kleinen Institutionen und Kulturschaffende in Nischenprojekten brauchen Unterstützung, nicht Abstriche. Es ist nicht redlich, während dem Jahr – und ganz besonders dann im kommenden Wahlkampf – das breite kulturelle Angebot der Stadt hochzujubeln, aber dann im Dezember nicht bereit zu sein, die nötigen finanziellen Unterstützungen dafür zu sprechen.

Ja, man darf politisch anderer Meinung sein – das ist Teil unserer Demokratie. Wenn nun aber die oberste Maxime «Sparen um des Sparens Willen» scheint, dann sehen wir dahinter nicht wirklich eine politisch andere Meinung. Dann wird die finanzielle, die politische, die gesellschaftliche Realität unserer Stadt verkannt. Kürzen ohne klare politische Linie, ohne Prioritäten und ohne Strategie führt nicht zu einer nachhaltigen Finanzpolitik, es zeigt viel mehr, dass kurzfristige «Erfolgsmeldungen» für den kommenden Wahlkampf wichtiger scheinen als die nachhaltige Entwicklung unserer Stadt.

Die SP wird in der Detailberatung deshalb nicht kürzen. Nicht aus Prinzip, sondern aus Überzeugung: Weil dieses Budget ausgewogen ist, weil Winterthur investitionsfähig bleiben muss, und weil wir die Lebensqualität dieser Stadt erhalten wollen.

Winterthur steht finanziell stabil da und dieses Budget ist verantwortungsvoll.

Ch. Hartmann (SVP): Es liegt in der Natur der Sache, dass wenn man gleichzeitig AK-Präsident und Fraktionspräsident ist, man einen zeitlichen Nachteil hat beim Drücken des Rednerknopfs.

Ich möchte trotzdem noch schnell eine Vorbemerkung machen als Präsident der Aufsichtskommission. Michael, Du kannst von mir nicht verlangen als Präsident der Aufsichtskommission, dass ich in mein Votum nicht öffentliche, vertrauliche Informationen einbaue, die eigentlich nur der AK bekannt sein sollten. Vielen Dank.

Für die SVP: Vielen Dank, Bea, für Dein engagiertes polemisches Votum. Das hätte Matthias Erzinger nicht besser können.

Eigentlich könnte ich heute weitgehend mein letztjähriges Votum wiederholen. Als ich letztes Jahr gesagt habe, dass es in vielen Budgetpositionen kleinere oder mittlere Reserven hätte, mit denen man das Leistungsniveau der Stadt weiterführen könnte, ohne dass man Budgetreduktionen machen müsste, habe ich ziemlich aufs Dach bekommen.

Ich mache dieses Mal ein Beispiel: Im Investitionsbudget ist ein Lift für die Halle 710. Dafür wird – über mehrere Jahre, nicht alles in diesem Budget - ein Investitionskredit von 260'000 Franken beantragt. Davon alleine 2026 50'000 Franken für die Planung. Ja, ein einstöckiger Lift in der Halle 710 ist höher als in einem Wohnhaus. Ja, die Halle 710 hat ihre Eigenheiten. Ich habe mit zwei Architekten gesprochen. Einer hat den Aufwand auf etwa 120'000 Franken geschätzt, der andere auf maximal 180'000 Franken. Aber keiner auf 260'000 Franken. Und dann ist es noch so: 50'000 Franken für die Planung? Das ist etwas, was üblicherweise der Liftbauer selbst übernimmt, dieser kommt mit fertigen Liftplänen – das Drumherum muss man dann vielleicht noch selbst planen. Es bleibt völlig unklar, wofür die 50'000 Franken Planungsaufwand sind. Mit 50'000 Franken kann man einen Planer einige Monate beschäftigen – um einen Lift in die Halle zu stellen?

Jetzt, was soll man machen in einer solchen Situation? Das Parlament kann den Betrag nicht kürzen, das dürfen wir nicht. Und die SVP möchte ihn nicht streichen, weil wir der klaren Meinung sind, wir wollen in der Halle 710 einen Lift. Also, die Zähne zusammenbeissen und Ja sagen dazu, in der Hoffnung, dass der Stadtrat nicht vorhatte, mit der Differenz zwischen den Kosten des Lifts und dem Budget noch sonst irgendetwas zu finanzieren.

Ich habe letztes Jahr auch gesagt, dass es helfen würde bei der Budgetberatung, wenn sich einzelne – bei weitem nicht alle – Amtsleiter nicht dagegen wehren würden, weitere Transparenz zu ermöglichen. Ich habe nicht gedacht, dass dieser Sachverhalt noch getoppt werden kann. Wir hatten dieses Jahr doch tatsächlich in einer Kommission den Fall, dass eine Amtsleiterin oder ein Amtsleiter den Kommissionsmitgliedern damit drohte: «Ihr werdet dann schon sehen, was passiert, wenn diese Diskussion an die Öffentlichkeit kommt.» Ich verstehe schon, wenn jemand Emotionen für den eigenen Bereich hat. Und das ist im Grundsatz auch gut. Aber etwas mehr Professionalität wäre auch nicht immer falsch.

Und schliesslich habe ich letztes Jahr gesagt: Das Budget-System ist im Minimum renovationsbedürftig. Das ist immer noch so. Nur – das ist die positive Nachricht – haben wir angefangen, an diesem Budgetierungssystem zu arbeiten. Zusammen, mit der Unterstützung des Finanzdepartements. Und ich glaube, wir sind dort auf gutem Weg. Bis das fertig ist, darf ich mich eigentlich nicht mehr beklagen über das - und nachher hoffentlich auch nicht. Wir werden es sehen.

Zum Budget: Auf den ersten Blick ist das Budget ja nicht schlecht. Es gibt keine Steuererhöhung und es gibt einen Überschuss, wenigstens auf den ersten Blick.

Schwierig findet die SVP aus einer strategischen Optik die Abhängigkeit der Stadt vom kantonalen Finanzausgleich. Hustet der Kanton – und im Moment holt er gerade Luft dazu – beginnt in Winterthur das Zähneklappern. Winterthur hat es verpasst (und es gibt auch keine Anzeichen, dass man mehr in diese Richtung gehen möchte), grosse Steuerzahler (Firmen und Private) anzuziehen. Wahrscheinlich im Vertrauen darauf, die «Sozialhilfe des Kantons» werde ewig so weitergehen.

Angesichts der anstehenden Investitionsvolumen verzichten wir auf einen Antrag zur Steuer senkung. Ich glaube, wir brauchen im Moment jeden Franken für das operative und finanzielle Überleben der Stadt.

Wir sind in einer schwierigen Finanzlage und der Ausblick ist nicht gut. Wir sind der Ansicht, dass die beantragte Erhöhung des Budgetvolumens zumindest reduziert werden muss. Zum

Mitschreiben: Wir müssen nicht das Budget reduzieren, es reicht, wenn wir den Anstieg bremsen. Einfach für alle, die den Weltuntergang voraussehen.

Wir haben deshalb in den Kommissionen Anträge gestellt und werden solche Anträge auch unterstützen, die den Kostenanstieg dämpfen. Gerne hätten wir die genaue Bestimmung, wo diese Dämpfung am wenigsten weh tut, wo die Budgetreserven sind (auch die kleinen), jener Instanz überlassen, die dies am besten weiss: Dem Stadtrat.

Wir haben dies letztes Jahr tun wollen, bzw. wir haben das letztes Jahr gemacht. Der Stadtrat hat dagegen eine Aufsichtsbeschwerde an den Bezirksrat gemacht. Der Bezirksrat hat diese Aufsichtsbeschwerde abgelehnt. Und der Stadtrat hat dann den Entscheid des Bezirksamts – den er selbst verlangt hat – nicht umgesetzt. Das macht uns ein bisschen fassungslos.

Dies ist, seit ich im Parlament bin, die 6. Budgetberatung, die ich miterlebe. Beim 1. Mal hat das Parlament – nach einem übermässigen Antrag zur Steuererhöhung – das Budget zurückgewiesen mit dem Auftrag, die Steuererhöhung zu reduzieren. Dies hatte einen Kollateralschaden zur Folge, nämlich dass man anfangs Jahr ohne Budget in das neue Jahr starten musste und Leistungen, die unbestritten waren, nicht erbringen konnte, weil man kein beschlossenes Budget hatte. Beim 2., 3. und 4. Mal haben wir versucht, mit Einzelanträgen den unnötigen, schlecht begründeten, kleinen Budgeterhöhungen auf die Spur zu kommen. Über die Schwierigkeiten, wenn man ein solches Budget im Detail analysieren möchte, habe ich gesprochen. Beim 5. Mal haben wir die berühmte Pauschalkürzung gemacht. Da hat der Stadtrat das Parlament trotz Bezirksratsbeschluss kalt lächelnd ins Leere laufen lassen. Jetzt also beim 6. Mal noch einmal ein Versuch. Wir stellen und unterstützen Anträge, die dort ansetzen, wo die Budgetsteigerungen besonders hoch und besonders schwer nachzuvollziehen sind. Vielleicht könnte der Stadtrat das besser. Aber er will ja nicht.

R. Tobler (FDP): Ich darf mich den einen oder anderen Sachen anschliessen, den einen oder anderen Sachen auch nicht. Vielen Dank für das Präsentieren und selbstverständlich für das Erstellen und die Diskussionen in der Kommission. Ich muss sagen, das ist wirklich immer sehr spannend. Schade ist einfach, dass man immer viel zu wenig Zeit hat, denn man hat unglaublich viele Themen auf dem Tisch. Aber da sind wir ja dran, dass man das vielleicht ein bisschen optimieren kann. Denn immer dort, wo man in die Tiefe schaut, wird es natürlich interessant oder man hat Verständnis für Aufbau oder man versteht, wo man vielleicht doch noch weniger stark wachsen kann.

Und weil es immer ein bisschen Fehlinformationen gibt oder auch besonders in den Zeitungen das Wort «kürzen» oder «sparen» steht, möchte ich einfach den pauschalen Hinweis nochmals machen – die einen oder anderen brauchen das nicht, die einen oder anderen aber schon: Wir sprechen nicht von kürzen oder sparen, sondern wir sprechen nur von ein bisschen weniger schnell viel Geld ausgeben oder ein bisschen weniger schnell wachsen.

Und das sehen wir ja auch an den Kennzahlen: Es ist eine finanzielle Schiefelage. Es ist noch nicht ganz schief, aber man hat das ja vorhin gesehen bei der Vorstellung, es ist auch nicht so, dass es mega solide wäre. Ich habe erschreckenderweise auch dieses Wort gehört, dass jemand gesagt hat, dieses Budget sei solide. Das ist es leider nicht. Ich habe auch das Wort «verantwortungsvoll» und «glaubwürdig» gehört, und da muss ich schon sagen: Wenn man «verantwortungsvoll» und «glaubwürdig» in den Mund nimmt, oder auch «nachhaltige Finanzpolitik» oder «ausgewogenes Budget», dann habe ich unglaublich viele Fragezeichen, dann verstehe ich es einfach wirklich nicht. Denn wir haben ja dann wirklich genauer hingeschaut und haben verstanden, dass wir ein operatives Minus machen in diesem Budget. Und das operative Minus ein Mal, wie man das vielleicht in einer Firma machen würde, wie das auch genannt wurde, ist das ja vielleicht noch okay. Nur wenn man das noch genauer anschaut, dann ist das grosse Problem bei uns in der Stadt, dass wir eigentlich immer – oder oft oder viel – ein operatives Minus machen. Vor allem im Ausblick, wenn man auf die nächsten Jahre schaut, dann ist ein Minus von 150 Millionen in den nächsten drei Jahren geplant, also ein wahnsinniges Defizit. Und wenn man dann noch von verantwortungsvoll und glaubwürdig etc. spricht, dann stehen mir natürlich die Haare zu Berge.

Wenn man dann ein bisschen genauer hinschaut, dann war das schon in aller Munde und auch klar: Wir sprechen nicht von einem guten Budget (also erstellt wurde es gut, aber das Ergebnis ist nicht gut), denn wir haben wirklich nur das Liegenschafts-Dings, welches das bereinigt - und das ist auf dem Papier und bleibt auch immer auf dem Papier. Und eigentlich ist das falsch, das so zu machen, denn das würde ja nur dann realisiert werden, wenn man es verkaufen könnte. Das ist die einzige Möglichkeit. Aber wenn man das nicht verkaufen kann – und das kann ja die Stadt Winterthur nicht -, ist das wie ein Gewinn, den man nie realisieren würde. Und das wurde richtig gesagt von zum Beispiel Samy Kocher: Wenn sich das einmal ändert, auf dem Markt etc., dann wird es da grosse Probleme geben.

Auch, damit das nochmals gesagt ist: Wir sprechen nicht von ein bisschen Wachstum oder ein bisschen grösser sein, sondern wir sprechen von 80 Millionen Franken Mehrausgaben in der Stadt Winterthur. Das ist nicht ganz 5% mehr. Das ist nicht nur im Budget so, sondern es ist auch bei den Stellen so: 75 neue Stellen, letztes Jahr 128 neue Stellen. Wenn man das vergleicht mit dem Wachstum der Bevölkerung, auch das ein Dauerthema, dann ist das weder nachhaltig noch entsprechend ausgewogen. Es ist immer eine schlechte Ausrede, wenn man sagt, wir sind eine wachsende Stadt. Denn eine wachsende Stadt hätte im Idealfall auch ein paar KMUs mehr (die Leute arbeiten ja irgendwo), eine wachsende Stadt hätte idealerweise auch noch einige Leute mehr, die entsprechende Steuern zahlen. Deshalb ist das doch ziemlich besorgniserregend.

Und das muss man sich auch immer vor Augen führen, wenn man die 80 Millionen Wachstum sieht: Wenn wir von einem Sparantrag oder Kürzungsantrag sprechen, wie es die Linken nennen möchten, von vielleicht 50'000 Franken oder 100'000 Franken, dann muss man das einfach in den Kontext setzen von diesen 80 Millionen Franken Mehrausgaben. Wahnsinn. Ja, und dann komme ich nochmals zurück zum Thema. Es wurde schon genannt, wir haben das Thema Globalkredit. Auch das ist die endlose Diskussion: Wenn wir in der Kommission ein konkretes Beispiel geben, wo man sparen könnte, kommt immer das Thema: Nein, genau dort nicht! Auch das wurde schon angetönt. Und wenn man das etwas pauschaler macht, dann heisst es immer: Auch das geht nicht! Und es gibt einen Haufen Diskussionen, wir haben auch das gehört.

Und das komplett Absurde ist, und das kann ich allen hier schon mal sagen: Wenn dann solche Dinge kommen wie «dann gibt es keine Schützenwiese» oder «dann gibt es keine Schulhäuser mehr» - das ist reiner Populismus, kann man hier an dieser Stelle sagen, denn wir haben auch hier ganz konkrete Beispiele. Es gibt immer am Schluss eine Lösung, eine relativ simple Lösung, wir haben das an anderen Orten auch schon gehört. Es wurden Stellen beantragt, dann hat man dort in diesem Globalbudget ein bisschen etwas gestrichen in den letzten Jahren und nachher ist das durchgekommen. Und wenn man ein Jahr später fragte, dass diese Stelle gar nicht mehr budgetiert ist, kam die Antwort: Ah ja, wir haben intern eine Lösung gefunden. Deshalb vertrete ich da absolut die Meinung, dass solche Pauschalkürzungen vielleicht nicht nur auf höchster Ebene, sondern vielleicht auch auf Ebene Departement etc. eine sehr gute Idee sein könnten oder wären - ich wäre auch dieses Jahr gerne wieder dabei gewesen, aber wir versuchen es vielleicht nächstes Jahr nochmals.

Und dann auch noch als abschliessendes Thema: Was immer wieder ein Problem ist und auch letztes Jahr schon diskutiert wurde, sind die Investitionskredite, die einen ungebundenen Teil enthalten oder vielleicht einen ungebundenen Teil enthalten. Und da wurde letztes Jahr schon klar gefordert, dass man diese Investitionskredite konsequent als ungebunden ausgewiesen lässt, bis die Gebundenheit geklärt ist. Dies auch, damit das Mitspracherecht des Parlaments weiterhin gewährt wird. Und wir hoffen, dass das in Zukunft dann besser funktioniert.

In dem Sinne tritt die FDP auf dieses Budget ein. Vielen Dank.

M. Zundel (Grüne/AL): Es ist eine kurze Replik auf Christian Hartmann: Ich lese vor auf Seite 7 der Weisung, die öffentlich ist, Kapitel 1.4 Veränderungen gegenüber FAP 2026, dort die Liste «Grösste Veränderungen», gleich nach dem 1. Punkt, wo die 140 Millionen sind von den Neubewertungen Liegenschaften. Dor kommt der 2. Punkt, nämlich die «30,0 Millionen

Franken Rückerstattung Versorgertaxen durch den Kanton erfolgte bereits 2025 anstatt 2026.» Den Rest kann man sich dann wohl ausrechnen.

M. Sorgo (SP): Ich möchte aus Sicht der SP besonders vier Punkte nochmals vertiefen oder konkretisieren, gerade auch auf das – das kurze Votum von Michael ausgelassen – letzte Votum, das man gehört hat.

1. Bea hat es schon ausgeführt, ich möchte nochmals darauf hinweisen: Der vermeintliche Sparbedarf, der in diesem Budget die ganze Zeit gesehen wird, ist einfach konstruiert. Ohne den vorgezogenen Zahlungseingang der Versorgertaxe, der dieses Jahr schon eingegangen ist anstelle erst im nächsten Jahr, hätten wir heute ein operatives Plus – und nicht ein Minus. Sparen aufgrund eines reinen Zeitverschiebungseffekts überzeugt einfach nicht. Im Gegenteil, hinausgeschobene Investitionen führen einzig dazu, dass Projekte verteuert werden, aber sicher nicht dazu, dass wir langfristig gesunde Finanzen haben. Vergessen wir nicht: In den letzten 10 Jahren haben 8 von 10 Rechnungen positiv abgeschlossen. Und diese beiden Male, wo es nicht so war, kann man gut erklären, 1 x mit der Pensionskasse und 1 x mit Corona. Alle anderen Rechnungen haben wir positiv abgeschlossen. Das spricht für Stabilität und nicht für Alarmrufe. – wer daraus einen Sparnotstand macht, hat nicht die Zahlen im Blick, sondern den Wahlkampf.

2. Die Kürzungen, die gefordert werden, die wir nachher auch noch inhaltlich vertieft diskutieren werden, sind widersprüchlich. Und ja, auch wenn man es kreativ anders benennen möchte: Es sind Kürzungen, wenn benötigte und beantragte Gelder gestrichen werden. Gerade das Beispiel Klimaschutz und Verkehrswende, da fordern gerade auch die EVP und GLP unter dem Jahr, dass man sich für Klimaschutz einsetzt, dass man wegen der Verkehrswende schaut, dass es eine bessere Veloinfrastruktur gibt und mehr Begrünung. Im Budget aber streichen die gleichen Parteien, zusammen mit allen anderen bürgerlichen Parteien auch, ausgerechnet im Tiefbau 550'000 Franken – und das wäre Geld, dass grösstenteils der Umsetzung der Stadtklimainitiativen zugutekäme.

Man verlangt, dass die Verwaltung effizienter ist. Wenn aber eine Stelle von Anfang an mit tiefen Kosten budgetiert oder bewusst zurückhaltend ist im Budgetieren, dann wird sie trotzdem bestraft. Was für ein Signal senden wir damit an alle, die versuchen, schon im präsentierten Budget verantwortungsvoll mit den Steuergeldern umzugehen?

Von der IDW wird eine Reduktion der Schatten-IT in den Departementen gefordert. Gleichzeitig werden aber Jahr für Jahr die dafür notwendigen Stellen wieder gestrichen. Man kann nicht eine moderne, digitale Verwaltung fordern und gleichzeitig genau diese Stellen streichen, welche diese Digitalisierung auch ermöglichen würden. Wer die Schatten-IT abbauen will, muss zuerst die IDW stärken – nicht schwächen.

3. Auch kleine Kürzungen oder vermeintlich kleine Kürzungen sind nicht harmlos. Sie treffen Projekte, sie treffen Vereine, sie treffen die Kulturschaffenden, sie treffen Freiwillige – sie treffen die Menschen in Winterthur. «Einfach auf den Stand von 2024 zurückdrehen», das tönt natürlich technisch einfach und auch noch nett – es hat aber reale Folgen. Winterthur lebt oder budgetiert jetzt für 2026, nicht für 2024. Und wie sehr die Kosten in den letzten Jahren Jahr für Jahr gestiegen sind, das haben wir alle gemerkt. Das merkt man auch in der Stadt.

4. Besonders irritierend sind für uns die Kürzungen in der Sozial- und Erwachsenenhilfe. Es ist inzwischen genügend belegt: Wenn Sozialarbeitende genug Zeit pro Fall haben, wird nachhaltiger begleitet, es werden mehr Drittmittel generiert, die Menschen finden schneller wieder Stabilität. Das ist sozial und finanziell sinnvoll – das bestätigen auch Studien. Und genau deshalb hat man in den letzten Jahren in der Beistandschaft und bei den Zusatzleistungen zur AHV/IV die Falllast reduziert. Das Parlament stand eigentlich auch immer dahinter, weil wir gemerkt haben, dass es eine langfristige Wirkung gibt. Jetzt sollen diese Fortschritte wieder rückgängig gemacht werden. Das verhebt nicht – weder fachlich noch finanziell. Wer Zusatzleistungen verzögert, riskiert Schulden, gesundheitliche Probleme und damit dann auch wieder höhere Folgekosten, welche auf die Stadt zukommen werden. Wer Fallzahlen in der Beistandschaft hochhält, der torpediert die Qualität, gerade in einer Zeit, in der psychische Belastungen zunehmen.

Und das alles, das sind keine abstrakten Konzepte – das betrifft Menschen, die in Winterthur leben.

Dass das Parlament dieses Jahr endlich wieder Verantwortung übernommen und konkrete Budgetanträge eingereicht hat, das begrüssen wir grundsätzlich. Doch finde ich es jetzt ein bisschen befremdlich, wie nun auf die Kritik an Sparentscheiden oder darauf, dass man vom Parlament fordert, dass es den Auftrag wahrnimmt, für den es gewählt wird, reagiert wird. Ich finde es spannend, wie die Aufgabenteilung von Legislative und Exekutive scheinbar weiterhin nicht verstanden wird. Wir sind damit, dass wir jetzt das Budget auch inhaltlich wieder diskutieren, eigentlich einfach zu dem zurückgekehrt, für das dieses Parlament gewählt wurde: Nämlich, dass wir klar bestimmen, wie sich unsere Stadt entwickeln soll, wohin die öffentlichen Mittel fliessen sollen. Und das muss über konkrete Anträge geschehen, nicht indem man dem Stadtrat einfach die Verantwortung zurückgibt.

Aber selbstverständlich gibt es auch daran Kritik, denn Demokratie lebt am Schluss auch von Streit und Auseinandersetzung. Ein Anspruch auf kritikfreie Zustimmung, das gehört nicht in eine politische Kultur – und schon gar nicht in eine, die soziale Gerechtigkeit und öffentliche Verantwortung ernst nimmt.

Die SP steht deshalb für Klarheit, für Verantwortung und für Lebensqualität. Wir wollen ein Budget, das wirkt – und nicht eines, das kurzfristig gut aussieht oder gut tönt, aber langfristig die Kosten weiter in die Höhe treiben wird.

Ch. Hartmann (SVP): Lieber Michael, Du hast wahrscheinlich Recht. Ich habe das in den 800 Seiten Budget nicht gesehen, ich bin davon ausgegangen, dass es Teil der Diskussion über die Hochrechnung 2025 war, welche das Stadtparlament gemacht hat. Und die Aussage: Wenn Du Recht hast, dann hast Du wahrscheinlich auch in der Konsequenz dann Recht, was den Budgetausgleich betrifft.

Aber wenn wir es über den Budgetausgleich haben: Wir haben jetzt ein eindrückliches Votum gehört von Maria Sorgo, welches dargelegt hat, dass genau dort, wo man jetzt den Kostenanstieg reduzieren möchte, es natürlich nicht geht. Und ich kann mich in den 6 Jahren im Parlament nicht erinnern, dass es je irgendwo SP-seitig okay gewesen wäre, wenn man den Kostenanstieg um einen Franken reduziert hätte. In dem Sinne: Herrliches Votum pour la galerie, aber irgendwie auch nicht sehr nutzenstiftend für die finanzielle Zukunft der Stadt.

R. Tobler (FDP): Ich muss da natürlich auch noch etwas dazu sagen: Du hast das bestätigt, Maria, was ich schon gesagt habe: Du sagst, Sparbedarf sei nicht da. Ich würde es anders formulieren, aber doch, das sieht man eben, wenn man auf das Budget schaut, dass dieser eben da wäre. Unabhängig vom Ergebnis, sondern wenn man einfach die Fakten anschaut, die Finanzzahlen, Kennzahlen etc.

Aber auch nochmals der Hinweis: Wir sparen ja nicht in diesem Budget, sondern wir schauen einfach, dass es nicht so schnell wächst. Über unsere Verhältnisse leben, das wollt Ihr ja beim Klima jeweils auch nicht – und wir wollen es bei den Finanzen nicht. Sonst würde es mich wundernehmen, wie Du Deinen Kindern oder Deinen Kolleginnen und Kollegen erklärst, dass wir jedes Jahr 20 Millionen Franken Schuldzinsen an die Banken zahlen. Das können wir ja mal bei einem Getränk diskutieren.

Da möchte ich auch noch den Hinweis machen: Es gibt halt einfach einen Unterschied zwischen «beantragten Geldern» und «benötigten Geldern». Das haben wir ja auch gesehen in der Diskussion oder zumindest diejenigen von Euch, die mit mir in der AK sind. Dort gibt es durchaus beantragte Gelder, bei denen man dann feststellt, dass es irgendwie ohne geht. Und dann gibt es aber durchaus benötigte Gelder, bei denen wir dann feststellen in der Diskussion, dass das ja doch Sinn machen könnte, und man dort dann den entsprechenden Antrag vielleicht zurückzieht oder anpasst.

Und dann möchte ich Dir auch noch einen kleinen Hinweis machen – das ist den einen oder anderen hier drinnen schon klar, aber damit man es auch nochmals gesagt hat: Du darfst Dich also durchaus bei der EVP und der GLP bedanken, denn ich hätte schon noch ein paar

Ideen mehr gehabt, wo man das eine oder andere Ausgabenwachstum ein bisschen mehr im Griff hätte haben können.

Und das habe ich vorhin schon gesagt, aber ich wiederhole es nochmals am konkreten Beispiel, das Du jetzt genannt hast. Du hast den Tiefbau genannt. Wir sprechen von 500'000 Franken Antrag, wie Du es genannt hast. Einfach zum Vergleich: Der Tiefbau hat nicht 600'000 Franken Budget und wir sparen oder reduzieren das Wachstum um 500'000 Franken. Sondern der Tiefbau hat ein Budget von 28.6 Millionen, wir sprechen also von 1.7%. Und es wurde von Franziska gesagt: In jedem Projekt, wenn man das so nennen will, 1.7% ist ein unglaublich tiefer Bereich.

Und dann habe ich es im ersten Votum angetönt und Du bist jetzt gerade so schön darauf eingestiegen: Wenn man sich in gewissen Themen vertieft, ist es wirklich spannend und interessant. So zum Beispiel in der IT, wenn es um das Thema Schatten-IT, IT-Strategie etc. geht. Du fasst das dann auf und sagst, Schatten-IT braucht Leute etc. Ich glaube, das haben wir sehr ausführlich diskutiert und ich bin da zu einem sehr anderen, klaren Ergebnis gekommen, weshalb der Antrag Sinn macht. Aber auch das kann ich Dir sonst nochmals im Detail erklären.

Und zuletzt ist es wieder das: Es ist einfach für Euch. Ihr bringt keinen einzigen Antrag, um irgendwo das Wachstum im Griff zu haben. Ich bin nicht 6 Jahre dabei, aber ich bin sicher, Christian, Du könntest das unterschreiben. Ich glaube nicht, dass es in den letzten 6 Jahren jemals einen Antrag gab von Euch, bei dem man hätte sagen können, dass Ihr Euch mit nachhaltigen Finanzen beschäftigt. Und dann ist es natürlich einfach zu sagen, Ihr müsst ganz genau im Detail sagen wo. Wenn man nämlich selbst nie einen Antrag bringt. Wie soll ich als Milizparlamentarier in allen diesen Produktgruppen, in allen diesen Geschichten, so tief heruntergehen, dass ich sagen kann, genau da dürft Ihr genau diese Büroklammer oder diese 10%-Stelle nicht haben. Das ist unrealistisch. Deshalb ist es wichtig, dass man diese Globalkürzungen machen kann und der Stadtrat dann nachher in seiner Eigenkompetenz, wie das auch absolut wünschenswert ist, entscheiden kann, was jetzt wirklich Priorität ist und was nicht.

M. Gross (SVP): Da die SP zwei Voten halten konnte, haben wir das Gefühl, wir könnten auch noch eines anhängen. Ich mache es aber nicht so lange wie Raphael.

Mir geht es mehr darum: Es wurde gesagt, wir sparen. Du hast das richtig definiert, es hat nichts mit Sparen zu tun, wenn man das Ausgabenwachstum versucht einzudämmen.

Aber ich möchte noch auf eine andere Zahl eingehen: Bis ungefähr 2006, bis wir 100'000 Einwohner hatten, gab es einen städtischen Angestellten auf 40 Einwohner. Seit 2016 (wir sind jetzt dann fast 10 Jahre später) war das Bevölkerungswachstum 11'000 Leute und wir haben 764 neue Mitarbeitende, das ist 1:14. Wenn man die letzten 5 Jahre anschaut, ist es 1:12. Also ein städtischer Mitarbeitender auf 12 neue Personen, die hierhin ziehen. Wenn das so weitergeht, ist es wie bei der AHV: Dann sind wir irgendwann bei 1:1, denn alle, die kommen, müssen bei der Stadtverwaltung arbeiten gehen.

Nein, das war jetzt natürlich ein Witz, aber genau das ist das Problem: Wo sind die Digitalisierungsgewinne, die Ihr immer versprecht? Wo sind die Grösseneffekte, welche versprochen werden? Wo sind die Effizienzgewinne? – Wir sehen sie nicht. Und wieso ist das so?

Und wenn man das anschaut, dann gibt es einen guten Aufsatz von Parkinson. Er hat zwei Gesetze herausgefunden: Er hat 1955 die Schifffahrt beobachtet und den Amtsschimmel, der immer gewachsen ist in England, obwohl die Schifffahrt um 75% zurückgegangen ist. Und er hat festgestellt, dass die Bürokratien unabhängig vom Arbeitsvolumen wachsen, grundsätzlich einmal. Und dass eine Verwaltung sich ständig ausdehnt, obwohl sie sich gar nicht ausdehnen müsste, weil sie zusätzliche Koordinationsaufwände, zusätzliche Schnittstellen und immer mehr interne Abstimmungen produziert. Und das ist eigentlich der Grund, weshalb unsere Verwaltung permanent wächst. Und wir versuchen, das ein bisschen einzudämmen.

Wenn das Wachstum ungebremst weitergeht, das sehen wir ja auch in Deutschland gut, wird es nicht unbedingt besser. Es wird dann nicht mehr gebaut. Es geht irgendwo anders hin.

Deshalb macht es Sinn, dass man das Wachstum bremst, damit das nicht einfach ungebremst weitergeht.

M. Nater (GLP): Wenn da alle nochmals sprechen, dann spreche ich auch. Und es war schön, dass Raphael so schön gesagt hat, dass wir von der GLP eine Lösungspartei sind und zwischen der Ökologie und der Wirtschaft wirklich Verbindungen suchen. Also von daher: Die Voten laufen wirklich für die GLP heute.

Bei Maria Sorgo habe ich zwar schon wieder gewisse Bedenken, denn sie sagt, wir streichen beim Tiefbau die Stadtklimainitiative. Erstens ist der Gegenvorschlag der Stadtklimainitiative von der Bevölkerung angenommen worden, welcher abgeschwächte Ziele hat, und nicht die Stadtklimainitiative. Auch ist mir wirklich schleierhaft, wie Maria weiss, dass im Bereich Veloverkehr und Klima gestrichen wird, wenn mehr Ressourcen vorhanden sind. Wir haben beim Personal und bei den Honoraren mehr Ausgaben im Budget 2026 im Tiefbau - und trotzdem sagt Maria, es wird gestrichen. Das geht einfach nicht auf.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Markus. Ich bin ganz erstaunt, es hat sich niemand mehr gemeldet. Letzte Chance.

R. Tobler (FDP): Soll ich nochmals?

Parlamentspräsident Ph. Weber: Du lieber nicht, nein. Du bist der Einzige, der drauskommt. Dann wollen nachher alle nochmals. Somit geht das Wort – bei Interesse – an Kaspar Bopp, Vorsteher des Finanzdepartements.

Stadtrat K. Bopp: Auch wenn es gefühlt schon sehr lange her ist, vielen Dank, Christian, für Deine Präsentation einleitend zu diesem Budget. Vielleicht erinnern sich einige noch daran, da war mal was. Vielen Dank auch für die engagierte Diskussion jetzt, die verschiedenen Voten.

Ich möchte auch noch kurz ein paar Worte sagen, ganz generell zum Budget, und nehme dabei gerne noch das eine oder andere aus Euren Voten auf.

Wir konnten ein positives Budget präsentieren und mit der Rückerstattung der Versorgertaxe hätten wir sogar ein positives betriebliches Ergebnis, wenn das so gekommen wäre, wie wir das angenommen haben. Jetzt ist das früher gekommen. Michael Zundel hat mich gebeten, das noch kurz zu erklären. Es ist so, dass wir vom Kanton über viele Jahre hinweg – nicht nur wir, auch alle anderen Gemeinden im Kanton, aber wir auch – zu wenig Rückerstattungen erhalten haben, was die Versorgertaxe anbelangt. Wir gingen davon aus, dass das für die Stadt Winterthur ca. 30 Millionen sind und haben das in den ersten Fassungen für 2026 budgetiert. Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass das sogar noch deutlich mehr ist, es sind fast 40 Millionen. Und mittlerweile ist dieses Geld bei uns eingegangen. Das ist echtes Geld, das ist Cashflow, das ist nutzbares Geld. Also wahres Bares, Iris. Das ist kein Spielgeld, das ist kein Papiergeld; das ist wirklich Geld, das wir nutzen können, mit dem wir arbeiten können. 40 Millionen Plus. Wenn man das hineinrechnet: Minus 26 Millionen im Moment, dann wären wir doch bei plus 14 Millionen im betrieblichen Ergebnis. Dieses Geld ist da, dieses Geld können wir nutzen.

Auf der anderen Seite: Auch das Investitionsbudget wurde angesprochen. Wir haben ein Investitionsbudget vorgelegt, welches den Prioritäten der Stadt Winterthur Rechnung trägt, und zwar dem Wachstum, das wir haben. Die demografische Erwartung, welche Franziska Kramer-Schwob geäussert hat. Wir haben einen Erneuerungsbedarf, nach wie vor, in unserem Portfolio. Das ist so, weil wir nicht zu viel, sondern tendenziell vielleicht sogar etwas zu wenig investiert haben in der Vergangenheit. Und wir haben auch einen gesellschaftlichen Wandel; immer neue Erwartungen, die an uns herangetragen werden. Das sieht man auch ein bisschen, wenn man anschaut, wohin man investiert. Im Steuerhaushalt machen Schule, Strassen und Gewässerverbauungen machen zusammen fast die Hälfte von dem aus, was wir im

Steuerhaushalt investieren. Und bei den Betrieben sind es Stadtwerk, Entsorgung, Stadtbuss und Alterszentren, die fast 100% des hohen Investitionsvolumens ausmachen.

Und auf dieser Basis hat man vorhin noch über die Verschuldung gesprochen vorhin. Zum Beispiel hat Christian Hartmann den Nettoverschuldungskoeffizient gesagt, hat aber richtigerweise erwähnt, dass natürlich die Verschuldung einerseits verursacht wurde durch die Betriebe. Auch wichtig zu sagen ist: Die Verschuldung wird auch finanziert, mitfinanziert, von den Betrieben. Und das heisst, wenn man den Nettoverschuldungskoeffizienten ein bisschen anpassen und zu den Steuern und zum Finanzausgleich auch noch die Gebühreneinnahmen dazunehmen würde, und schauen würde, wie viele Jahre es denn gehen würde, um mit dem Ganzen die Schuld abzutragen, dann sind wir übrigens noch bei 105% (das ist eine Schätzrechnung). Da sind wir also schon sehr nahe bei dem, was der Kanton als gut bezeichnen würde. Das ist aber natürlich nicht die offizielle Kennzahl, das anerkenne ich da.

Und sogar die Überlegungen, was man mit dem Geld machen könnte, das wir heute als Zinsen zahlen... Also wenn wir früher diese Schulhäuser nicht gebaut hätten und deswegen heute weniger Zinsen zahlen müssten, was könnten wir mit diesem Geld machen? Ja, damit müssten wir dann ganz viel Schulraum nachbauen, den wir verpasst hätten zu bauen. Also das geht irgendwo am Schluss auch nicht ganz auf, diese Überlegungen.

Ja, ich komme zurück zum Ergebnis. Der Buchgewinn, der mehrfach erwähnt wurde, ist nur auf dem Papier und er wird, wie richtig erwähnt, wohl auch nie realisiert werden. Das heisst, wir werden uns davon nie etwas kaufen können und müssen das mit Vorsicht geniessen. Wir haben das schon in der Medienmitteilung so erwähnt, anders als das jetzt gesagt wurde. Wir haben das in der Weisung explizit geschrieben und darauf hingewiesen. Ich habe das an der Medienkonferenz damals sehr deutlich gesagt und ich habe das auch in der Präsentation in der AK klar und deutlich ausgeführt. Aber was trotzdem ist: Diese Aufwertung ist heute real. Unsere Grundstücke haben mehr Wert und das ist nicht irgendwo aus der Luft gegriffen, sondern das ist eine Aufwertung, die real stattgefunden hat. Wir hatten diese Grundstücke mit viel zu tiefen Werten in der Vergangenheit in den Büchern. Wir haben uns in der Vergangenheit schlechter dargestellt, als wir eigentlich dagestanden sind. Nicht weil wir das wollten, sondern wir mussten: Das sind die Vorschriften, nach denen wir unsere Grundstücke bewerten müssen. Also, diese Aufwertung ist real, wir feiern diesen Buchgewinn aber nicht als Erfolg, wie da gesagt wurde - aber wir müssen auch nicht so tun, als gäbe es ihn nicht.

Einen kleinen Exkurs noch, den ich ursprünglich nicht vorgesehen hatte, noch zum Stellenwachstum, weil das trotzdem noch mehrfach erwähnt wurde. Einfach ein ganz kleiner Zusammenhang: Das Wachstum, das wir haben bei diesen Stellen, diese rund 75 Stellen, kommt grossmehrheitlich aus dem Bereich Schule. Und es braucht nicht sehr viel, um zu verstehen, dass das Wachstum bei der Schule getrieben wird vom Wachstum der Schülerinnen und Schüler und nicht von der Bevölkerung. Das ist einfach ein wichtiger Zusammenhang. Es braucht nicht viel, das kann man einfach sehen: Der grösste Teil des Wachstums, das wir bei den Stellen haben, kommt aus dem Bereich Schule – und das wächst mit den Schülerinnen und Schülern.

Jetzt aber der Ausblick, auch dieser wurde erwähnt. Und das ist mir ganz wichtig: Wir haben herausfordernde Aussichten. Und nachdem wir jetzt über ein paar Jahre einen besseren FAP hatten, der nicht so klar rot war, spitzt sich diese Lage tatsächlich in der jüngeren Zeit wieder etwas zu. Die Aufwandüberschüsse in der Planung werden uns ziemlich sicher in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen, wenn es um die Budgets geht. Aber genau das ist doch der Vorteil der deutlich besseren Kennzahlen, die wir haben in den letzten Jahren. Zum Beispiel hatten wir noch nie so viel Eigenkapital, wie wir im Moment haben. Und die Nettoschuld pro Kopf, auch eine Kennzahl, die sehr oft genannt wurde hier drinnen, die man zumindest genutzt hat, um negative Voten zu untermalen, auch diese hat in der Tendenz in der Vergangenheit insgesamt abgenommen.

Wir wollen uns auf dem nicht ausruhen, das ist klar, aber es gibt uns die nötige Luft, um die nächsten Schritte mit der notwendigen Sorgfalt und Weitsicht zu planen. Das haben wir auch schon die letzten Jahre gesagt, dass wir das machen, und wenn man die Zahlen anschaut, gibt uns das auch Recht, dass wir diesen Weg so beschritten haben.

Wir diskutieren also ein Budget, das unter dem Strich positiv ist, aber auch Hinweise auf zukünftige Herausforderungen enthält. Das ist klar, aber das sollten wir ohne Hektik, ohne Alarmismus, aber auch verantwortungsvoll und mit der notwendigen Sorgfalt und Weitsicht angehen. Das ist das, was der Stadtrat machen möchte.

Jetzt haben wir dieses Jahr wieder mehr Anträge als auch schon. Und das ist gut so. Die Fraktionen haben sich, ganz gezielt dort, wo sie unzufrieden sind, intensiv Gedanken gemacht und zu den einzelnen Produktgruppen Anträge gestellt. Trotzdem spüre ich immer noch eine hohe Unzufriedenheit.

Es ist eine hohe Unzufriedenheit wahrnehmbar und das hat aus meiner Sicht vier Gründe:

1. ist das eine Ohnmacht, weil sehr vieles, das wir in der Stadt machen, übergeordnet vorgegeben ist. Man spricht jeweils auch von gebundenen Dingen. Gerade in den grossen Kostenbereichen Bildung, Soziales und Gesundheit wird sehr vieles vorgegeben, ist sehr vieles nicht durch uns steuerbar – weder durch den Stadtrat noch durch das Parlament. Und das führt verständlicherweise zu gewissen Ohnmachtsgefühlen.

2. Vieles lässt sich im Budgethorizont nicht mehr gut steuern. Das ist auch eine Realität. Wir können vieles heute nicht mehr im gleichen Mass steuern, was nächstes Jahr passiert, als wenn wir weiter hinausschauen würden.

3. Die bestehenden Instrumente, welche das Parlament hätte, um auch weiter hinaus zu steuern (ich nenne da zwei Instrumente: Budgetmotion und Budgetpostulat), kommen fast nie zum Einsatz.

4. (das wurde auch schon erwähnt): Wahrscheinlich gibt es auch einen gewissen Optimierungsbedarf, zumindest sind wir das jetzt zusammen am Anschauen, bei den Steuergrössen, welche das Parlament hat. Das ist das Projekt, das Christian Hartmann auch erwähnt hat. Das packen wir an, das ist wichtig.

Und ich glaube, es ist auch immer wichtig, im Hinterkopf zu behalten, dass wir vieles nicht unmittelbar steuern können und vieles auch übergeordnet vorgegeben ist.

Formell läuft es aus unserer Sicht jetzt richtig. Wir können jetzt anfangen, um die Inhalte zu ringen in der Budgetdebatte. Das ist gut so. Ich bin der Meinung, die Bevölkerung von Winterthur hat es verdient, dass wir jetzt Produktgruppe pro Produktgruppe durchgehen, die verschiedenen Fraktionen ihre Vorstellungen von Verbesserungen beantragen, dass die Verwaltung durch den Stadtrat aufzeigt, was das jeweils für Konsequenzen hat. Und dass Ihr dann im vollen Wissen um die Konsequenzen entscheidet und für diesen Entscheid auch die Verantwortung übernehmen dürft – sowohl für die finanziellen Folgen (also wenn Ihr quasi die Ausgaben entlastet) als auch für die weiteren inhaltlichen Konsequenzen. So geht Verantwortung.

Und ich möchte schliessen mit einem Zitat von Bea Helbling aus dem Dezember 2025: «Unsere Dividende ist die Lebensqualität.» Vielen Dank.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Kaspar. Es geht wieder einmal auf wie am Schnürchen. Ich schlage vor, dass wir jetzt unterbrechen, dann können wir nach dem Nachtessen in die Detailberatung gehen. Dagegen gibt es wahrscheinlich keine Einwände.

Ich habe aber vergessen, eine der wichtigsten Durchsagen zu machen: Vermutlich in der BSKK hat jemand seine Wasserflasche vergessen. Sie steht dort oben auf dem Korpus und sie darf abgeholt und mitgenommen werden. Herzlichen Dank, Jürg Bachmann, für das Mitbringen.

Ich wünsche Euch «En Guete».

Nachtessenspause.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Willkommen zur Abendsitzung.

Wir kommen nun zum zweiten Teil, Teil B, die Behandlung der einzelnen Produktgruppen. Die Reihenfolge ist dieselbe wie auf dem Deckblatt Teil B des Budgets. Wir gehen durch jede

Produktegruppe durch. Wie schon erwähnt, bitte ich die Personen, welche Anträge stellen, dies gleich am Anfang zu machen. Wenn alle Anträge zu einer Produktegruppe gestellt und begründet sind, gehen wir in die Detaildiskussion.

Bei der ersten Produktegruppe wird es schon den Fall geben, dass die Verpflichtungskredite ja in die Zuständigkeit der SBK fallen. Das heisst, egal was es für eine Produktegruppe ist, dort werden die zuständigen Referent:innen der SBK die Verpflichtungskredite begründen. Aber das müsste ja allen klar sein, weil ja alle drauskommen hier drinnen.

Departement Präsidiales

PG 121 Personalamt

S. Kocher (AK): Es geht um zwei Anträge im Personalamt. Bei A1 geht es um eine Erhöhung des Globalkredits um 103'000 Franken. Dort ist der Hintergrund, dass das bestehende SAP-System länger betrieben werden muss, das eigentlich aufgrund des zweiten Antrags A2. A2 ist eine Reduktion des Globalkredits um 216'000 Franken. Dort ist es der angesprochene Abbruch des Projekts WinRP, der die entsprechende Auswirkung auf das Personalamt hat.

R. Heuberger (SBK): Da gibt es offenbar ein Missverständnis, wer diese Anträge stellt im Rahmen dieses Projekts.

Auch beim Antrag A3, das wurde schon ausgeführt vom Präsidenten der AK und von diversen Sprechern, geht es um den Projektabbruch WinRP. Deshalb soll das Programm 2026 um 263'000 Franken reduziert werden, welche in der Produktegruppe eingestellt waren für die Weiterführung des Projekts und die es nun nicht mehr braucht. Deshalb beantragt die SBK mit 9:0, diese 263'000 Franken auf Null zu kürzen. Vielen Dank.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Romana. Da sich diese ja wiederholen, sollen wir da die Begründung jeweils überspringen? Man spricht ja ohnehin pro Produktegruppe. Ist das für alle so in Ordnung? – Gut, herzlichen Dank.

Trotzdem starten wir jetzt die Diskussion. Wenn jemand sich äussern möchte zur Produktegruppe Personalamt, die drei Anträge stehen da. Man darf sich jetzt melden. Möchte niemand zu Antrag A1, A2 oder A3 etwas sagen?

Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Abstimmung. So sind wir um halb neun zuhause. Raphael Tobler hat Verbot für heute. Ernsthaft, wir sind beim Budget.

Der Antrag A1 unterliegt dem erhöhten Quorum, d.h. Erhöhungen brauchen mindestens 31 Stimmen.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag A1 wurde mit 53:0 Stimmen einstimmig angenommen.

Abstimmung Antrag A2.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Wir sind gewachsen. Der Antrag A2 ist mit 54:0 Stimmen einstimmig angenommen.

Abstimmung Antrag A3, Verpflichtungskredit.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag A3 ist mit 54:0 Stimmen einstimmig angenommen.

Die Produktegruppe Personalamt ist somit abgeschlossen.

PG 142 Stadtentwicklung

Parlamentspräsident Ph. Weber: Das ist das, was ich am Beginn schon gesagt habe. Da haben wir es so geplant, dass wir A5 und A6 einander gegenüberstellen. Das ist wohl die Meinung der Mehrheit in diesem Plenum. Ich bitte Bea Helbling, die Anträge der Kommission vorzustellen und zu begründen.

B. Helbling (AK): Der Antrag A4 ist ein Antrag um Erhöhung des Globalkredits um 100'000 Franken. Die Begründung ist, weil wir in der letzten Parlamentssitzung den Beitrag für «House of Winterthur» erhöht haben um 100'000 Franken, was jetzt nachgeführt werden muss.

Der Antrag A5 ist eine Reduktion des Globalkredits um 250'000 Franken. Die Begründung hier ist der Abbau der bereits aufgebauten Stellen für die Wirtschaftsförderung gemäss Weisung 2025.58 zu «House of Winterthur» (200'000 Franken), Nichtweiterführung der befristeten Stelle Statistik (50'000 Franken).

M. Zundel (Grüne/AL): Wir von den Grünen/AL beantragen mit A6 eine Reduktion des Globalkredits um 100'000 Franken. Den geforderten Abbau der angeblich aufgebauten Stellen für die Wirtschaftsförderung von 200'000 Franken können wir so nicht nachvollziehen, wenn die angegebenen Beträge sich jeweils um 100'000 Franken verschoben haben. Auch können wir es nicht nachvollziehen, in einer Zeit, in welcher Daten immer mehr an Wert gewinnen, diese nicht sauber aufarbeiten zu wollen. Deshalb möchten wir die Stelle Projektleiter/in Data Science, welche 50'000 Franken ist, weiterführen.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Michael. Somit ist die Diskussion über die Produktgruppe Stadtentwicklung offen. Als Erste hat sich gemeldet Bea Helbling (SP).

B. Helbling (SP): Ich habe vorhin schon kurz etwas dazu gesagt. Ich möchte nicht noch einmal mein Referat halten, das ich in der letzten Parlamentssitzung beim Betriebsbeitrag an «House of Winterthur» gehalten habe. Eigentlich können wir es kurz machen: Man kann nicht mehr Wirtschaftsförderung verlangen und gleichzeitig genau jene Stellen streichen, die sie möglich machen.

Wir haben an der letzten Sitzung nicht alleine gefordert, dass die Zusammenarbeit mit «House of Winterthur» zu intensivieren ist. Doch jetzt wird der Effizienzgedanke der Stadtentwicklung – die hat nämlich zur Kürzungen beim Beitrag an «House of Winterthur» geführt – ins Gegenteil verkehrt: Es wird so getan, als würden die bewilligten plus 100'00 Franken für das «House of Winterthur» plötzlich ein minus 200'000 Franken in der städtischen Wirtschaftsförderung rechtfertigen.

Ich würde sagen, so erstickt man dann die wirtschaftspolitischen Bemühungen im Keim, indem man ihnen die dafür nötigen Mittel entzieht.

Das zweite ist die Statistik- und Data-Science-Stelle, welche bis Mitte Jahr befristet war. Also genau jene Grundlagen, die eine moderne, datenbasierte Stadtentwicklung braucht, werden weggestrichen. Wer über Wachstum, Innovation und Standortattraktivität sprechen will und wer Winterthur stärken will, müsste wohl in Analyse-, Daten- und Koordinationskompetenzen der Verwaltung investieren – und sie nicht verkürzen.

Wenn es sein muss, dann unterstützen wir den Antrag der Grünen. Aber klar ist: Die Stellen der Wirtschaftsförderung im Amt für Stadtentwicklung sind nach unserer Meinung zwingend notwendig.

Und noch kurz wegen dem «man kann es ja einfach sonst irgendwo verkürzen» in der Produktgruppe Stadtentwicklung: Es gibt dort noch die Soziale Stadtentwicklung und Personal. Ich denke, es ist vielen von uns klar, dass dort mehr Ressourcen hineinsollten. Dann wäre noch Smart City, wo man kürzen könnte. Ja, ich weiss auch nicht, ob Ihr das besser findet. Nochmals kurz zur Sozialen Stadtentwicklung. Dort hören wir immer wieder den Ruf der Quartierträgerschaften, dass sie sich gerne mehr begleitet fühlen würden – aber das ist ja gar nicht möglich.

M. Zundel (Grüne/AL): Jetzt das Votum zum Gegenantrag. Wir verstehen hier die Berechnung der Sparallianz schlicht nicht. Wenn man an einer Position 100'000 Franken erhöht, wie das der Antrag A4 macht, dann wäre es logisch, dass man - um die Bilanz zu halten - 100'000 Franken auf der anderen Seite reduziert, was der Antrag A5 aber nicht macht: Bei diesem Antrag kommt man irgendwie auf 200'000 Franken.

Trotz der diversen Voten an der letzten Parlamentssitzung, in welcher wir immer wieder die enge Zusammenarbeit zwischen «House of Winterthur» und der Stadtentwicklung hervorgehoben haben, werden jetzt die nötigen Stellen seitens der Stadt gekürzt. Und das finden wir verantwortungslos.

Auch sind wir der Meinung, dass es keinen Sinn macht, wenn man im Jahr 2025, in dem saubere und natürliche Daten immer mehr an Wert gewinnen, diese nicht sauber aufbereiten möchte. Deshalb sind wir klar gegen die Streichung der Data Science Stelle. Es handelt sich hierbei um eine zentrale Projektleitung, welche sämtliche Statistikprojekte in der Stadt begleitet. Meiner Meinung nach ist es schlicht fahrlässig, wenn wir das Potenzial der sechstgrössten Stadt in Bezug auf Daten einfach so wegsparen.

Die Fraktion Grüne/AL bittet deshalb um Einsicht und beantragt eine Kürzung um 100'000 Franken bei der Stadtentwicklung.

M. Gross (SVP): Wir halten am Kürzungsantrag der Kommission fest und lehnen den Kürzungsantrag des Kürzungsantrags der Grünen ab. Es ist uns in der Kommission (und ich kann leider nicht alles sagen) klar kommuniziert worden, dass die Stadtentwicklung bei der letzten Reorganisation in Hinblick darauf, dass sie die Wirtschaftsförderung vom «House of Winterthur» übernehmen - mindestens das, was die Stadt Winterthur betrifft -, diese Kapazitäten schon geschaffen hat. Auch der Umfang, der bei uns jetzt mit 200'000 Franken abgeschätzt wurde, wurde ungefähr in dieser Grössenordnung gesagt. Von daher ist uns auch kommuniziert worden, dass wenn man diese Stelle allenfalls nicht mehr brauchen würde, weil sie doch beim «House of Winterthur» bleiben würde, man das dann auch noch in die Datenauswertung stecken würde.

Und da muss ich einfach schon sagen, auch an die Amtsleiter (ich habe die Zitate hier, ich darf sie einfach nicht sagen) und die Stadträte: WoV verstehen wir so, dass wir Leistung in Auftrag geben, das Geld dafür sprechen und Ihr dann diese Leistung umsetzt. Und nicht so, dass wir Euch Geld sprechen und Ihr macht dann irgendetwas mit diesem Geld, das nichts mit dem Leistungszweck zu tun hat. Da wäre ich schon froh, wenn man das auch einhalten würde.

Der zweite Grund für die Kürzung der Datenstelle hat eigentlich einen anderen Grund. Wir sind nicht unbedingt gegen eine Datenaufbereitung, aber es ist einfach so, dass man in der Stadtverwaltung überall ein bisschen temporäre Stellen schafft, um sie nachher irgendwann auf permanent umzusetzen. Und das stört uns. Das ist ein Gebaren, das wir unsinnig finden, das man aus unserer Sicht nicht machen sollte. Und das ist jetzt genau eine solche Stelle, deshalb haben wir sie auch kritisiert. Dass man uns dann auch noch ins Gesicht sagt, das müsse man halt so machen, es sei dann einfacher, das hilft sicher nicht.

Von daher bleiben wir beim Kommissionsantrag.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Ich möchte einfach dem Märchen, wir hätten gefordert, wir wollten mehr an Einsatz von der Stadtentwicklung, gegenhalten. Wir von der Mitte/EDU haben beim «House of Winterthur» bewusst gesagt, wir wollen, dass die Zusammenarbeit im bisherigen Rahmen weitergeführt wird. Die Stadtentwicklung hat sich bei diesem Thema personellen Freiraum geschaffen, denn in der Weisung stand, sie könne die Standortförderung zu sich in die Verwaltung nehmen – ohne zusätzliches Personal. Das hat sie mehrmals gesagt und das steht auch in der Weisung. Und da die Standortförderung nun weiterhin beim «House of Winterthur» bleibt, kann dieser Freiraum, der gemäss Weisung hätte gefüllt werden können mit dieser Standortförderung, auch wieder gekürzt werden. Deshalb bleiben wir bei unserem ursprünglichen Antrag.

F. Kramer-Schwob (EVP): Der Globalkredit der Stadtentwicklung ist zwischen 2018 und 2026 von 3.6 Millionen auf 6.2 Millionen angewachsen. Und das, obwohl die Stadtentwicklung Aufgaben abgegeben hat, wie zum Beispiel die räumliche Stadtentwicklung. Die Ausgaben der verschiedenen Departemente und Produktgruppen wachsen sehr unterschiedlich stark. Vorbildlich ist hier z.B. die Immobilien, welche seit Jahren mit einem ähnlichen Budget zugeht. Die Stadtentwicklung hingegen hat kräftig zugelegt, trotz Reduktion von Aufgaben. Und uns ist wichtig, dass solche Ämter bzw. Produktgruppen auch gleichberechtigt behandelt werden. Wir stellen fest, dass die Gerechtigkeit diesbezüglich bei der Stadtentwicklung in Frage gestellt ist. Und wir beobachten, dass die Stadtentwicklung schon auch so zulegen konnte, weil sie in den letzten Jahren (soweit ich die Drehbücher richtig durchforstet habe) nie von Kürzungen betroffen war oder Kürzungen nicht zustande kamen. Es ist vielleicht ein bisschen ungeschickt, die konkrete Begründung jetzt mit dieser einen kleinen Stelle in der Stadtentwicklung. Und ich würde auch da sagen: Das ist ein Budget, bei dem am Schluss das Amt darüber entscheidet, was es damit macht.

R. Tobler (FDP): Ja, ich kann mich eigentlich den letzten Rednern anschliessen. Es ist relativ simpel: Wir haben darüber diskutiert, ob diese Geschichte vom «House of Winterthur» an die Stadt geht oder nicht. Es wurde klar gesagt, wenn es in die Stadt gehen würde, brauche es nicht mehr Stellen, sondern die Stellen sind schon da. Dann kam der Entscheid, dass es nicht zur Stadt geht, sondern im «House of Winterthur» bleibt. Das heisst, irgendwie muss es dort in diesem Fall Ressourcen haben. Das leuchtet wohl allen ein, das ist ziemlich klar. Aus diesem Grund halten wir daran fest.

Und das, was auch schon gesagt wurde wegen dieser Statistikstelle: Das ist genau der gleiche Fall; es geht darum, wie detailliert und wie tief man das begründet. Ich schlage vor, dass ich sozusagen den Antrag für die 50'000 Franken stelle und die Begründung offenlasse, denn da wird man intern die beste priorisierte Lösung finden, wo man diese 50'000 Franken sparen kann. Oder eben nicht sparen, sondern weniger wachsen. Weniger wachsen – wir haben das massive Wachstum über die letzten Jahre von Franziska gehört. Deshalb halten wir an diesem Kürzungsantrag fest und lehnen den Antrag der Grünen entsprechend ab.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Wir sind jetzt alle drei ein bisschen verwirrt, ob das jetzt ein Antrag war für 50'000 Franken? – Also kein neuer Antrag, gut. Es tut mir leid, dass es schon wieder Dich trifft, das ist keine Absicht; wir waren alle drei unsicher. Als nächstes an der Reihe ist der angesprochene Samuel Kocher (GLP).

S. Kocher (GLP): Wir von der GLP haben beschlossen, den Antrag der Grünen zu unterstützen. Vieles hat Michael schon in seiner Begründung geliefert. Zusammenfassend können wir sicher sagen: Für ein starkes «House of Winterthur» braucht es auch eine leistungsstarke Stadtentwicklung, sonst hat das «House of Winterthur» keine Chance, den Leistungsauftrag zu erfüllen.

Stadtpräsident M. Künzle: Das ist jetzt mein 21. Budget. Mein 21. Budget – und damit auch mein letztes. Ich habe eigentlich gehofft, ich könne an diesem Abend ein bisschen nach hinten liegen, ein bisschen ruhig und gelassen sein... Das ist schlicht nicht der Fall. Wenn man einer Verwaltungseinheit, die innovativ und effizient unterwegs ist, eine Viertelmillion streichen will, mit Argumenten, die ich einfach nicht nachvollziehen kann – dann habe ich wirklich Mühe. Und mir ist Eure Rolle bewusst. Natürlich, Ihr habt eine Allianz gebildet, welche Einsparungen machen möchte. Das sollt Ihr auch tun können, das ist richtig. Ich möchte nur vom Meccano her sagen: Das haben wir schon gemacht. Wir hatten im Stadtrat seit Januar immer wieder Sitzungen, wir haben immer wieder diese Anträge angeschaut – und wir haben auch gespart. Und dann kommen wir hierhin. Und deshalb müsst Ihr auch verstehen, dass wir unsere Produktgruppen verteidigen, die wir nach diesen Auseinandersetzungen auf den Weg geschickt

haben. Das einfach, damit man verstehen kann, weshalb wir uns für unsere Produktgruppen einsetzen.

Ich habe es gesagt, ich finde es nicht nachvollziehbar, weshalb man jetzt bei der Stadtentwicklung kürzen will. Es wurde gesagt vor drei Wochen, in diesem Saal, da habt Ihr alle gesagt, es müsse eine Zusammenarbeit geben zwischen dem «House» und der Stadtentwicklung. Jetzt gibt man dem «House» 100'000 Franken mehr (das ist in Ordnung), aber man zwackt beim Partner des «House» nun 200'000 Franken weg. Und das kann ich nicht nachvollziehen. Und ich muss auch sagen zur Begründung: Begründet wird es mit bereits aufgebauten Stellen für die Wirtschaftsförderung, die man nun wieder zurückbauen würde. Wir bauen nicht zurück. Wenn die Interpretation ist, wir hätten gesagt in der Kommission, diese Stellen seien geschaffen worden, die hätten wir ja – nein, wir haben umgeschichtet, wir haben reorganisiert. Wir haben aus Effizienzgründen andere Stellen nicht mehr besetzt, sondern haben sie bei der Wirtschaft und beim Wohnen eingesetzt, denn das sind zwei Kernstrategien, die der Stadtrat definiert hat. In diese Richtung gehen wir.

Wenn man jetzt mit irgendwelchen Stellen kommt, die in den letzten 10 Jahren entstanden sind, dann sage ich dem Parlament: Ihr habt diese im Dezember jeweils alle abgenommen. Alle. Das seid Ihr gewesen. Und dann kommt man nach 10 Jahren und sagt, jetzt muss man das eigentlich wieder mal kehren, jetzt ist fertig, jetzt schnappt man da etwas weg. Das ist nicht redlich – das ist meine Meinung.

Wir haben ein Modell vorgeschlagen, als es noch beim «House of Winterthur» um diese Diskussion ging, bei dem wir der Meinung sind, dort hätte man durch einen Effizienzgewinn die Arbeitsteilung umsetzen können, man hätte Synergien beschliessen können. Das ist nun nicht mehr möglich, wir machen es jetzt ja anders. Diese Leistungsvereinbarung ist momentan im Stadtrat, wir werden das anschauen.

Wir spielen keine Ressourcen frei. Wenn es Euch ernst ist, dass wir Wirtschaftsförderung machen, wenn es Euch ernst ist, dass wir Standortförderung – dann kürzt Ihr diesen Betrag sicher nicht um 200'000 Franken! Es ist ein Antrag da, mit 100'000 Franken. Ich sage ja, Ihr habt Eure Rolle. Mit 100'000 Franken minus kann ich leben – aber nicht mit 200'000. Das scheint mir ein bisschen zu nahe bei der Diskussion um das «House of Winterthur», wo man nicht ganz zufrieden war, wie wir das aufgegleist haben. Da darf man anderer Meinung sein. Aber es kommt mir ein bisschen vor wie - ich möchte das Wort «Retourkutsche» eigentlich nicht benützen.

Dann die Datenstelle. Auch die Datenstelle ist – richtigerweise befristet – vom Parlament verabschiedet worden. Wir sehen einfach die Vorteile, die es hat, wenn man bei den Daten eine Fachstelle hat, die sich darum kümmert. Das sind bei uns zwei Leute. Ich mache den Vergleich trotzdem, auch wenn jemand gesagt hat, er wolle keine Vergleiche hören: In Zürich haben sie 30 Leute – 30 Leute! – für diese Datenstelle, für die wir zwei haben. Daten sind ein wichtiges Thema, das ist eine wichtige Aufgabe. Denn über die Daten kann man die ohnehin schon knappen Ressourcen besser einsetzen. Man kann sie ganz gezielt einsetzen, weil man viel mehr Informationen hat. Und man kommt viel schneller an die Informationen. Und das ist etwas, von dem ich denke, es müsste eigentlich wichtig sein. Wir hatten 40 Anfragen in den letzten zwei Jahren, interne und externe - auch aus dem Parlament! –, wo ich nicht weiss, ob wir das dann nachher noch leisten können.

Und ja, die Begründung ist da auch noch. Sorry, dass ich das jetzt sage. Die Begründung, wir verlängern eine Stelle nicht, weil man dem Einhalt gebieten will, dass man immer wieder befristete Stellen nachher verlängert und auf ewig macht – das ist doch kein Argument! Das ist kein Argument. Befasst Euch doch mit dem materiellen Ansatzpunkt, dass Ihr 50'000 Franken sparen wollt. Das finde ich kein gutes Argument, wie Ihr es jetzt gebracht hat. Und ich appelliere an Euch: Reduziert diese 250'000 Franken nicht. Reduziert sie zumindest auf 100'000 Franken. Danke vielmals.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Mike. Wir kommen somit zu den Abstimmungen über diese Anträge. Wie gesagt, stimmen wir zuerst über A4 ab. Nachher stellen wir A5 und

A6 einander gegenüber. Und dann gibt es noch eine Abstimmung über den obsiegenden Antrag zwischen A5 und A6.

Abstimmung über den Antrag A4.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Das war eine dynamische Abstimmung, bei der am Schluss der Antrag A4 mit 53:0 einstimmig angenommen wurde.

Abstimmung, wer eher den Antrag A5 präferiert (AK) oder wer A6 präferiert (Grüne).

A = Antrag AK für Kürzung um 250'000 Franken präferiert. B = 100'000 Franken Kürzung präferiert.

Abstimmungsergebnis: Obsiegend ist der Antrag A6, 100'000 Franken.

Jetzt stimmen wir darüber ab, ob der Antrag A6 auch gültig wird.

Wer der Kürzung von 100'000 Franken zustimmen möchte, drückt A. Wer bei der Stadtentwicklung gar nicht kürzen möchte, drückt B.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag A6 ist durchgekommen und es wird um 100'000 Franken Kürzung (Zustimmung 39:15).

Somit ist die Produktgruppe Stadtentwicklung abgeschlossen.

PG 157 Subventionsbeiträge und Beiträge an Dritte

G. Stritt (BSKK): Der Antrag A7 der BSKK lautet: Reduktion des Globalkredits um 50'000 Franken. Begründung: Kürzungsantrag auf dem Konto 3132 Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertise. Die Ausgaben sollen analog 2024 sein. Das ungebremste Ausgabenwachstum muss ein Ende haben.

G. Stritt (SP): Der erste Antrag der SP-Fraktion, Antrag A8, lautet: Erhöhung des Globalkredits um 50'000 Franken, und zwar beim Produkt 2 projektbezogene Beiträge.

Mit der Erhöhung sollen die massiven Kürzungen von 749'000 Franken im Jahr 2022 auf 609'000 Franken im Jahr 2026 zumindest teilweise abgedeckt werden.

Der zweite Antrag der Fraktion SP, Antrag A9, lautet: Erhöhung des Globalkredits um 30'000 Franken. Die Begründung ist, dass man den Kredit zugunsten des Produkts 2 Kunstankäufe erhöht. Der Betrag für die Kunstankäufe wurde im Vergleich zum Budget 2025 halbiert und bereits im Budget 2024 wurde er um 10'000 Franken reduziert. Mit diesen massiven Kürzungen ist in Frage gestellt, dass das Ziel der Kunstankäufe überhaupt noch erreicht werden kann.

M. Lischer (Grüne/AL): Zuerst spreche ich zum Kommissionsantrag. Vor gut einem Jahr, im September 2024, haben wir hier im Parlament der Erneuerung der befristeten Subventionsverträge zur Kulturförderung zugestimmt und das, nachdem die bürgerliche Ratsseite den stadträtlichen Antrag um ganze 500'000 Franken kürzen wollte. Und schliesslich ist mein Rückweisungsantrag mit einer Kürzung von 300'000 Franken durchgekommen und die Parlamentsmehrheit hat zugestimmt. Aber wir von den Grünen und der AL waren nicht ganz glücklich darüber, denn wir wissen, die Stadt Winterthur hat einen kulturpolitischen Auftrag und setzt ihre Gelder sorgfältig ein. Dass dem so ist, haben letztes Jahr alle bei der Erneuerung der Subventionsverträge erkennen können, denn die Empfänger haben strenge Kriterien zu erfüllen und es wird nicht einmal der Teuerungsausgleich ausgerichtet. Offenbar ist das aber noch nicht genug. Vor uns liegt nämlich ein erneuter Sparantrag. Und die Fraktion der Grünen/AL lehnt diesen entschieden ab.

Zum Antrag von Gabi Stritt (SP) zur Erhöhung des Globalkredits zugunsten des Projekts 2, projektbezogene Beiträge, um 50'000 Franken. Da kann ich nur wiederholen, was ich vor einem Jahr gesagt habe: Die Kultur in Winterthur ist vielfältig und bunt. Und es gibt grosse, bekannte und die kleinen, weniger sichtbaren Institutionen, die aber mit ihren Projekten ebenso

wertvolle Kulturangebote zeigen. Gerade dank der bunten Vielfalt im Kulturbereich ist Winterthur eine sehr lebenswerte Stadt – und das soll weiterhin so sein. Wir von der Grüne/AL-Fraktion stimmen deshalb dem Antrag der SP zu. Die Kürzung vom Vorjahr soll wenigstens teilweise, also um 50'000 Franken, rückgängig gemacht werden.

Dann gibt es noch den zweiten Antrag der SP-Fraktion, zu den Kunstankäufen. Wozu dienen denn Kunstankäufe? Die Stadtverwaltung will damit sicher nicht einfach schöne Bilder in ihren Büros aufhängen, sondern es sollen junge Winterthurer Kunstschaaffende gefördert werden. Diese Ankäufe zeigen Wertschätzung gegenüber den Kunstschaaffenden. Schon vor zwei Jahren wurde der Betrag um 10'000 Franken gekürzt, das tat weh. Und jetzt soll noch mehr gekürzt werden. Andere, kleinere Städte wie z.B. Uster sind heute schon grosszügiger als Winterthur. Wir von der Grüne/AL-Fraktion sind nicht kleinlich und wollen Wertschätzung zeigen gegenüber jungen Menschen, die in unserer Stadt leben und wirken und mit ihren Kunstwerken einen wichtigen Beitrag leisten in unserer Stadt - der Kulturstadt Winterthur. Deshalb stimmen wir dem Antrag der SP zu.

D. Roth-Nater (EVP): Wir unterstützen als EVP den Kommissionsantrag, denn wir sind überzeugt, dass im gleichen Rahmen wie im vergangenen Jahr gearbeitet werden kann.

Zum A8 bleibt mir zu sagen, dass wir auch überzeugt sind, dass die Amtsleiterin sich gut überlegt hat, wie sie die Ausgaben verteilt hat. Wir werden das deshalb so auch respektieren und deshalb dem Antrag nicht zustimmen.

Beim A9, gleich wie beim letzten Antrag, bevorzugen wir auch hier nicht einzelne Produkte. Doch ein Kommentar zum Ankauf, respektive ein Wunsch, den wir anbringen möchten: Es wäre absolut wünschenswert, wenn die angekaufte Kunst vermehrt das Tageslicht sehen würde und der Bevölkerung zugänglich gemacht werden könnte. Das wäre bestimmt auch im Sinne der Künstlerinnen und Künstler, welche in den vergangenen Jahren ihre Kunst an die Stadt verkaufen durften. Danke.

N. Holderegger (GLP): Die GLP-Fraktion stimmt dem Antrag der BSCK zur Reduktion des Globalkredits um 50'000 Franken und lehnt dementsprechend die Anträge der SP-Fraktion ab. Zur Begründung halten wir fest, dass die Gesamtausgaben für die Subventionsbeiträge und Beiträge an Dritte ohnehin von 21'759'774 Franken im Jahr 2025 auf 23'003'475 Franken gemäss Budget 2026 steigen. Das zeigt, dass selbst mit einer Kürzung von 50'000 Franken ein reales Wachstum gegenüber 2025 bleibt. Das Budget 2026 ist um rund 5.5% höher als 2025. Die Ausgabensteigerungen sollten im Bereich analog zur restriktiven Steuerung bei externen Honoraren moderat bleiben und dem engen finanziellen Spielraum von Winterthur, den kennen wir alle, Rechnung tragen. Mit der Kürzung von 50'000 Franken wird Wachstum weiterhin möglich, jedoch in einem finanziellen Rahmen, der den Möglichkeiten von Winterthur Rechnung trägt.

Nach dem Gesagten ist festzuhalten, dass das Budget 2026 für Subventionsbeiträge und Beiträge an Dritte um rund, ich wiederhole es, 5.5% höher ist als 2025. Wir sparen damit nicht, sondern wir sorgen für ein kontrolliertes Ausgabenwachstum. Besten Dank.

G. Stritt (SP): Ich spreche zuerst zur Kürzung von 50'000 Franken. Da muss ich einfach sagen, dass in diesem Konto 3132, das man ja kürzen möchte, es dort gar nicht so ist, dass wir sagen können, in welchem Konto. Das ist nur eine Empfehlung, das haben wir am Anfang ja gehört. Aber die Abklärungen mit dem Amt für Kultur haben auch gezeigt, dass es dort drin gar keine Ausgaben hat, von daher kann man dort gar nichts kürzen. Es stellt sich halt dann schon noch die Frage, wo denn gespart werden soll. Dass das Budget von 2024 und 2026 nicht gleich sein kann bei den Subventionsbeiträgen, wenn man die Subventionsbeiträge im 2025 erhöht, ist irgendwie klar. Und der zweite Kostentreiber, das wissen wir auch alle ganz genau, das sind die Abschreibungen. Wir haben ein saniertes Theater etc. Aber diese Kosten verursacht niemand der Kunstschaaffenden. Es stellt sich dann schon die Frage, wo denn die

50'000 Franken wirklich gekürzt werden sollen? Wollt Ihr wirklich nochmals in dieser Produktgruppe kürzen, obwohl das Budget in wichtigen Bereichen bereits um 160'000 Franken reduziert wurde?

Zur Erinnerung: Die Unjurierte findet aus Spargründen nicht statt. Notabene: Eine niederschwellige Form von Kulturförderung. Einsparung: 130'000 Franken. Die Kulturankäufe sollen halbiert werden. Einsparung: 30'000 Franken. Und als Krönung wollt Ihr jetzt noch zusätzlich 50'000 Franken reduzieren. Und das, obwohl sich Winterthur bezüglich Kulturausgaben verglichen mit anderen Schweizer Städten im unteren Bereich befindet und das Budget einen Überschuss aufweist.

Ich empfehle den Antragsstellenden deshalb sehr, sich diese Reduktion nochmals zu überlegen.

Zur Erhöhung des Globalkredits der Subventionsbeiträge um die 50'000 Franken von der SP: Im Budget 2024 wurden die projektbezogenen Beiträge um 100'000 Franken gekürzt. Und ich habe es letztes Jahr schon gesagt: Davon sind eine grosse Zahl von kleinen Projekten betroffen. Und es ist auch so, dass Winterthur dadurch verschiedene Beiträge aus Fonds und Stiftungen verliert, weil die Unterstützung durch diese Beiträge von den Standortgemeindebeiträgen abhängig gemacht wird, das sogenannte Subsidiaritätsprinzip. Das bedeutet, dass die Kultur dann doppelt gestraft wird.

Das Budget 2026 weist einen Überschuss auf, gleichzeitig sind wichtige Akteure in der Kultur wegen dem Wegfall von Sponsoren in finanziellen Schwierigkeiten. Und es ist jetzt also an der Zeit, in einem ersten Schritt die massiven Kürzungen der letzten Jahre, von 749'000 Franken im 2022 auf jetzt 609'000 Franken im 2026 zumindest teilweise rückgängig zu machen. So sollen dann insbesondere auch die Jungkunst und die Kurzfilmtage mit der zusätzlichen temporären Überbrückung etwas erhalten. Und da wären wir sehr froh um Unterstützung.

Beim zweiten Antrag, der Erhöhung des Globalkredits für die gleiche Produktgruppe, zugunsten des Produkts 2 Kunstankäufe: Mit den Kunstankäufen werden Winterthurer Kulturschaffende unterstützt. Übrigens, eines der Bilder, das wir vor nicht allzu langer Zeit gekauft haben, ist das hier hinten, hinter mir. Das einfach an die EVP. Und draussen im Korridor hat es auch mehrere Bilder, die wir vor noch nicht langer Zeit gekauft haben. Einfach, um das zu sagen wegen dem Tageslicht. Diese Bilder sind nämlich nicht einfach im Depot.

Mit den Kunstankäufen werden Winterthurer Kulturschaffende unterstützt und es profitieren v.a. auch junge Kunstschafter davon, also der Nachwuchs für die Kulturstadt Winterthur. Zudem wird das Kunstschaffen dokumentiert. Kunstankäufe gehören zu den traditionellen Förderungs- und Unterstützungsinstrumenten der Stadt Winterthur im Bereich der bildenden Kunst. Sie sind seit vielen Jahren Teil der Kulturförderung und der städtischen Kulturpolitik – so steht es auch in den Richtlinien der Kunstkommission und in der Kulturverordnung.

Bei einer Halbierung dieses Betrags ist das Ziel der Kunstankäufe und die Erfüllung der Aufgaben der Kunstkommission in Frage gestellt. Der Betrag wurde übrigens bereits 2024 um 10'000 Franken von damals 70'000 auf 60'000 Franken reduziert. Für Kunstankäufe, Maria Lischer hat es vorhin auch schon gesagt, ist da wirklich sehr wenig Geld eingesetzt. Und es ist schon ein bisschen ein Armutszeugnis, wenn wir am Schluss so viel ausgeben wie kleine Städte wie Wetzikon oder Uster, die auch ca. 30'000 Franken im Budget haben für die gleiche Position.

Ich bin selbst Mitglied der Kunstkommission und habe im aktuellen Jahr auch erlebt, dass wir aufgrund des bereits jetzt tiefen Budgets auf Ankäufe von spannenden Werken verzichten mussten. Mein Kollege von der FDP und meine Kollegin von der SVP, die ebenfalls in der gleichen Kommission sitzen und hier auch im Parlament, können das sicher auch bestätigen. Schaut man das Gesamtbudget der Stadt Winterthur an, sind 30'000 Franken ein kleiner Betrag. Für das Kunstschaffen aber handelt es sich um eine einschneidende Kürzung. Dass gerade jetzt, mit einem Budgetüberschuss, gespart werden soll, ist unverständlich.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre ich sehr froh, wenn man meinen Antrag so unterstützen und diese Kürzung so rückgängig machen würde. Danke.

R. Tobler (FDP): Wir von der FDP unterstützen den Antrag aus der BSKK, also den Antrag A7. Wir lehnen die beiden Anträge A8 und A9 von der SP ab.

Vielleicht an dieser Stelle noch einen kleinen Hinweis an Maria: Die Information war natürlich falsch, dass wir die Subventionsbeiträge «gekürzt» hätten, sondern es ist immer der gleiche Zirkus: Wir haben diese nicht gekürzt, sondern wir haben einfach geschaut, dass sie weniger schnell und weniger stark wachsen. Das einfach für das Wording, damit wir da nicht falsche Hinweise haben.

Und dann auch noch ein ganz wichtiger Hinweis: Die 30'000 Franken, über die wir sprechen, wurden vom Stadtrat gekürzt. Und wenn ich da den wunderbaren Stadtrat anschau, dann zähle ich da eine Mehrheit von linken Stadträten. Und dann müsst Ihr Euch zuerst mal dort mit diesen auseinandersetzen. Denn da haben wir schon ein Teilverständnis für den Antrag der SP, dass man in einem Budget von über 5 Millionen Franken genau 30'000 Franken spart – was ja eigentlich sehr löblich ist vom Ansatz und der Idee her -, aber dass man das genau bei diesem Thema macht, finden wir etwas speziell. Und wir wären eher der Meinung, dass man diesen Betrag auch zusätzlich bei den Gutachten einsparen könnte, weil ja dort die Ausgaben für externe Gutachten und Honorare von 100'000 auf 250'000 Franken erhöht werden. Das würde ja bedeuten, dass irgendeine Person oder eineinhalb Personen ein ganzes Jahr lang für Gutachten für die Stadt im Bereich Kultur tätig wären. Und das ist für uns nicht nachvollziehbar. Jetzt könnte man natürlich da das lustige Spielchen machen, dass man sagt, man unterstützt einen Antrag über 30'000 Franken Erhöhung und stellt dann einen zusätzlichen Antrag für eine Reduktion von 30'000 Franken à la Globalbudget – was es ja ist. Das ergibt dann aber wieder ein Nullsummenspiel und deshalb appellieren wir da an den Stadtrat, dass er sich das überlegt, ob es nicht irgendwo bei den externen Gutachten oder Honoraren noch ein bisschen Potenzial gäbe und man die 30'000 Franken dann so entsprechend à la WoV intern an einem anderen Ort anpassen könnte – dann wärt Ihr von der SP dann entsprechend auch glücklich.

Deshalb stimmen wir da Nein zu den beiden Anträgen der SP, Ja zum BSKK-Antrag und erwarten vom Stadtrat, dass er die Prioritäten vielleicht nochmals überdenkt. Vielen Dank.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Ja, Raphael hat es erwähnt, wir stimmen auch hier über das Globalbudget ab. Und das Globalbudget bei Subventionsverträge und Beiträge an Dritte ist im Moment 23'079'282 Franken. Wenn man da 50'000 Franken kürzt, hat es immer noch mehr als 23 Millionen. Und wenn man das anschaut: Die Sachkosten, die Personalkosten, sind über 700'000 Franken. Da sind die 50'000 Franken, wenn ich richtig gerechnet habe, 7%. Das muss drinliegen. Und wenn ich nachschaue, dann sehe ich, dass es Dienstleistungen Dritter hat von 60'000 Franken. Das kommt ergänzend zu den Beiträgen an Dritte, die 16.8 Millionen sind. Und diese stehen noch drin. Bei den Sach- und Personalkosten ist es nicht drin.

Und deshalb stimmen wir von der Mitte/EDU diesem Antrag zu und wir lehnen die Erhöhungen ab.

G. Stritt (SP): Ich möchte einfach nochmals sagen, dass es bei den Honoraren, welche Raphael Tobler kürzen wollte, Null drin hat in dieser Produktgruppe. Wir haben diesen Auszug bekommen, alle von der BSKK haben diesen Auszug bekommen von den Finanzen. Dort hat es einfach Null. Und mehr als Null kann man nicht kürzen, das geht einfach nicht. Und um es einfach noch zu sagen zu den 16 Millionen: Die Subventionsbeiträge machen das aus, und die kann man nicht kürzen, diese sind jetzt gebunden für die Zeit, die sie laufen. Einfach noch als Hinweis.

Stadtpräsident M. Künzle: Die wichtigsten Argumente wurden bereits genannt. Ich möchte nur kurz sagen, was wir in der letzten Zeit gemacht haben. Wir haben für das Budget 2025 den Posten Projektförderung bereits um 100'000 Franken gekürzt. Wir haben gekürzt, 100'000 Franken. Wir haben diverse kleinere Kürzungen gemacht beim AfK (Amt für Kultur).

Jetzt auf 2026 hin haben wir keine Teuerung gegeben für die unbefristeten Subventionsverträge (das sind 55'000 Franken) und wir haben die Unjurierte von 2026 auf 2027 verschoben. Wir haben also jetzt schon einen Druck, unter dem wir Sachen verschieben müssen oder nicht machen können, Beiträge reduzieren müssen. Die Kunstankäufe haben wir auch um 30'000 Franken reduziert, das wurde richtigerweise gesagt. Das haben wir schon von uns aus gemacht, weil wir sahen, dass es nicht reicht. Wir müssen das Budget auch sorgsam anschauen.

Und deshalb wäre ich froh, wenn man auf diese Reduktion verzichten könnte. Danke.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Mike. Somit sind wir jetzt abstimmungsreif zu diesen drei Anträgen.

Der erste Antrag A7 ist der Kommissionsantrag, das ist die Reduktion des Globalkredits um 50'000 Franken.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Mit 32:22 ist der Kommissionsantrag A7 angenommen.

Abstimmung Antrag A8, der Antrag der Fraktion SP für Erhöhung des Globalkredits um 50'000 Franken für die projektbezogenen Beiträge.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Mit 32:22 ist der Antrag A8 abgelehnt.

Abstimmung Antrag A9, auch ein Fraktionsantrag der SP, da geht es um eine Erhöhung des Globalkredits um 30'000 Franken, um die Kürzung bei den Kunstankäufen wieder rückgängig zu machen.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Mit 32:22 ist der Antrag A9 abgelehnt.

Somit ist diese Produktgruppe abgeschlossen.

PG 158 Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten

G. Stritt (BSKK): Der Antrag A10 der BSKK lautet: Reduktion des Globalkredits um 5'000 Franken. Die Begründung ist, dass man auf dem Konto 3132 Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertise sparen soll. Die Ausgaben sollen analog 2024 sein. Das ungebremste Ausgabenwachstum müsse ein Ende haben.

M. Lischer (Grüne/AL): Es muss gespart werden, findet offenbar die bürgerliche Parlamentsmehrheit, auch wenn die Beträge noch so klein sind und schon längst völlig im Unschärfbereich des gesamtstädtischen Budgets verschwinden. Anscheinend wäre Euch auch egal, wenn die Kürzung dazu führt, dass bestimmte Aufträge nicht mehr erfüllt werden können. Ich denke da jetzt an Theaterpädagoginnen oder -pädagogen, welche nicht interne Mitarbeitende sind, und die es trotzdem braucht, wenn die Schulen bei und mit «augenauf!» ein Schülerprojekt durchführen.

Der bürgerliche Kürzungsantrag ist eine Geringschätzung der Museumspädagogik und des Theaterschaffens und wird von der Grünen Fraktion und der AL abgelehnt.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Ich muss replizieren: Die Kürzung ist ein kleiner Betrag und dieser wird über die gesamte Produktgruppe gekürzt. Und das muss nicht die Museums- und Theaterpädagogik treffen, das kann auch kulturelle Projekte treffen, die massiv erhöht werden (da haben wir eine Erhöhung von über 60'000 Franken). Und uns als Mitte/EDU ist die Museums- und Theaterpädagogik wichtig, sie ist ein zentrales Element und die Schüler und Schülerinnen sollen weiterhin von diesem Angebot profitieren können.

Es ist uns aber wichtig, dass man das Ausgabenwachstum bremst. Und einfach nochmals: Die Honorare, externe Beratungen und Gutachten steigen gegenüber 2024 um 100'000 Franken.

G. Stritt (SP): Ich möchte auch noch etwas zu den 5'000 Franken sagen. Es wird gesagt, diese Kosten für Dritte seien höher als 2024. Vielleicht muss man dazu sagen: Man hat da übersehen, dass in der Rechnung 2024 das Budget um 50'000 Franken unterschritten wurde. Und das hat man damit begründet, dass das Kulturleitbild noch nicht ausgearbeitet werden konnte. Das ist in der Rechnung auch entsprechend so festgehalten. Und man hat das Geld nicht für irgendetwas anderes ausgegeben, wie man in einer vorhergehenden Diskussion behauptet hat, sondern man hat es da ganz klar ausgewiesen, dass man dieses Geld noch nicht gebraucht hat. Und deshalb ist das jetzt halt wieder im Budget.

Wir wissen alle, dass zu dieser Zeit die Kulturverordnung im Amt für Kultur grossen Mehraufwand brachte und im Jahr 2025 gab es zwei Runden mit den Subventionsverträgen, die Mehraufwand brachten. Und deshalb konnte man dem Kulturleitbild keine Priorität mehr geben und es wurde verschoben. Und deshalb erscheint dieser Betrag halt nochmals im Budget und das konnte man sehen.

Wenn man da kürzt – ja klar, es geht nur um 5'000 Franken, aber es ist sonst schon alles sehr knapp bemessen. Die anderen Kosten auf dieser Budgetstelle, die Iris vorhin genannt hat, haben sich überhaupt nicht gross verändert. Dort hat es noch Löhne drin für die Theaterpädagog:innen, die von ausserhalb kommen. Und wenn man dort schaut, es sind ein paar Tausende Fränkli, da kann man sagen, dass diese Kostensteigerung aufgrund der Teuerung ist.

Es ist schon ein bisschen seltsam, wenn wir etwas kürzen, das wir eigentlich bestellt haben – nämlich das Kulturleitbild. Und auch noch selbst verschuldet haben, dass das Amt für Kultur das nicht machen konnte. Ja, es ist wirklich sehr seltsam. Und ich möchte einfach noch die Frage stellen: Was ist uns eigentlich die Kultur in Winterthur noch wert?

Ich bin gespannt auf die Nettigkeiten, die dann wieder auf den Wahlvideos, welche die Kulturlobby macht, geäussert werden. Es ist einfach eines klar, der Beweis zeigt sich heute wieder ganz klar: Die Kultur hat für einen Teil dieses Parlaments wenig Bedeutung. Danke.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Gabi. Somit hat sich jetzt niemand mehr gemeldet. Auch Mike Künzle schüttelt den Kopf.

Somit können wir direkt zur Abstimmung schreiten über den Antrag A10, das ist ein Antrag der Kommission, Reduktion des Globalkredits um 5'000 Franken.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Mit 32:22 ist der Antrag A10 angenommen.

PG 160 Bibliotheken: Keine Anträge, die Produktgruppe ist so angenommen.

PG 170 Rechtspflege: Keine Anträge, die Produktgruppe ist so angenommen.

Departement Finanzen

PG 221 Finanzamt: Keine Anträge, die Produktgruppe ist so angenommen.

PG 222 Informatikdienste (IDW)

R. Tobler (AK): Wir haben zwei Anträge bei den Informatikdiensten.

Beim Antrag A11 geht es um die Reduktion des Wachstums um 700'000 Franken. Und zwar sollen dort in der IT (wie in den letzten Jahren auch schon) stark Stellen aufgebaut werden. Da darf man schon sagen, dass es da durchaus sehr positive Aspekte geben soll. Ein Problem da ist, dass wir seit sehr langer Zeit auf die IT-Strategie der Stadt Winterthur warten. Und wie soll man Stellen bewilligen für Projekte, wenn die IT-Strategie nicht vorliegt? Aus diesem Grund gibt es eine Mehrheit der AK, die sagt, wir möchten dort einen Teil einsparen. Und auf der anderen Seite glaubt eine Mehrheit der AK auch, dass es bei der massiven Ausrüstung oder Neueinrichtung von Sitzungszimmern ein Potenzial gibt von 100'000 Franken. Es setzt

sich zusammen aus 600'000 Franken Stellen und 100'000 Franken für die Aufrüstung der Sitzungszimmer, welche von der IT neu ausgestattet werden müssen. Das ist also gesamthaft eine grosse Summe und 100'000 Franken hätten dort vermutlich Potenzial.

Der zweite Antrag, der Antrag A12, da geht es um den Kostendeckungsgrad. Das war schon immer wieder mal ein Thema, dass der Kostendeckungsgrad der IDW in Winterthur, welche ja ein reiner Dienstleister ist für den Rest der Stadt Winterthur, neu als sozusagen parlamentarische Zielvorgabe hineingenommen werden soll. Und dass die IT-Kosten mit 100% umgelagert werden sollen. Das ist einerseits transparent und andererseits verursachergerecht. Deshalb würden wir da diese Leistung neu aufnehmen.

Ch. Hartmann (SVP): Wir unterstützen den Antrag der Aufsichtskommission. Das Thema ist, nicht ungewöhnlich für IT, doch eher komplex. Wir haben vor einem Jahr relativ viele Stellen bewilligt (eine weniger, als die IT gerne gehabt hätte). Und wir möchten jetzt von 5 beantragten Stellen nur 4 bewilligen. Aber ich glaube, das muss man in einem Kontext sehen. Es wurde uns dargelegt und nach Meinung der SVP glaubwürdig, dass die IDW (also die Informatikbetriebe der Stadt) einen gewissen Nachholbedarf hat beim Thema der Modernisierung von Infrastruktur, bei der möglicherweise jeder zuhause schon auf diesem Niveau ist, einfach nicht überall bei der Stadt.

Wir haben, das haben wir heute schon einmal gehört, sogenannte Schatten-IT-Bereiche, d.h. dass Departemente dann etwas aufbauen. Entweder, weil es vielleicht weniger kompliziert ist als mit der IDW oder weil die IDW gewisse Leistungen nicht erbringen kann. Das anerkennen wir durchaus. Wir sind aber der Meinung, dass wir nicht jedes Jahr ein Häppchen davon bewilligen wollen, sondern wir wollen – und unseres Wissens ist das in Arbeit – eine Informatikstrategie sehen. Wir wollen übrigens auch (um auf die Diskussion bei der Stadtentwicklung zurückzukommen) eine Datenstrategie sehen, die konsistent ist. Die SVP-Fraktion ist durchaus bereit, signifikant Geld zu bewilligen, sofern man darlegen kann, was es braucht, um aus der heutigen Situation, die sicher mangelhaft ist, in eine Zielsituation zu kommen, welche den heutigen Anforderungen gerecht wird.

Jetzt möchte ich noch aufräumen mit einem viel verbreiteten Irrtum, dass man Geld und Stellen nur einmal im Jahr beantragen könne. Wir haben in unseren Regeln die Möglichkeit eines Nachtragskredits. Als man damals (für mich etwas unverständlich) den sogenannten Novemberbrief abgeschafft hat, also die Nachträge zum Budget, sagte man, dann komme man halt mit einem Nachtragskredit ins Parlament. Das hat einfach seither nie stattgefunden. Und ich möchte die IDW und das Finanzdepartement einladen, wenn die Arbeit getan ist, damit in die Aufsichtskommission zu kommen. Nachher kann man damit ins Parlament. Und ich glaube, man wäre wohl noch überrascht, wie zügig das Parlament und die Kommissionen etwas beraten können, wenn der Bedarf überzeugend dargelegt wird. Ich bin überzeugt, dass es Bedarf gibt nach Investitionen - sei das in Sachmittel, sei das in Personal – in der IDW. Aber bitte, wir hätten das gerne konsistent auf einem Papier. Vielleicht kann man dann nicht alles in einem Jahr machen, es braucht vielleicht auch etwas Zeit, bis man überhaupt die Leute findet – aber wir möchten gerne über das Gesamtpaket diskutieren und dann durchaus unseren Beitrag leisten, damit man dorthin kommt, wo man dann muss. Das hängt eben ab von diesem Konzept.

Aber wir möchten jetzt von diesen 5 Stellen eine bewilligen und auch ein bisschen die Möglichkeit geben, an diesem Thema zu arbeiten – und dann entscheiden, wenn es spruchreif ist.

B. Helbling (SP): Zum Glück hat Christian noch die Kurve bekommen, am Anfang hat er ja gesagt, es werden 4 von 5 Stellen bewilligt – am Schluss hat er es dann richtig gesagt: 4 von 5 Stellen sollen gestrichen werden.

Du hast erzählt, dass man konsistent erklären soll, weshalb man den Stellenaufbau braucht. Ich glaube, das wurde uns sehr konsistent schon letztes und vorletztes und auch dieses Jahr erklärt, wieso man diese Stellen aufbauen soll.

Ich gehe noch kurz in ein Detail. Die Informatikdienste Winterthur stehen unter einem grossen Druck: Sie betreiben die Systeme, die alle Verwaltungsbereiche stützen – von Schulen und

Sozialdiensten bis zu Tiefbau und Kultur. In der Kommissionsberatung wurde sehr deutlich, dass die Stadt eine hohe technologische Schuld trägt und allein schon der sichere Betrieb wöchentliche Sicherheits-Updates verlangt – Aufgaben, die ohne zusätzlich Fachkräfte gar nicht bewältigt werden können.

Trotz steigender Anforderungen werden von bürgerlicher Seite erneut vier von fünf neuen Stellen gestrichen. Ihr habt es gehört: Es braucht ein Konzept, ohne dieses geht es nicht. Die SP warnt, dass diese Kürzungen die Digitalisierung nicht nur verzögern, sondern Risiken für Sicherheit, Stabilität und Service Public erhöhen. Schatten-IT entsteht nicht trotz, sondern wegen eines unterdotierten Informatikbereichs – auch das wurde uns klar aufgezeigt.

Eine moderne Verwaltung braucht ausreichend IT-Fachkräfte – nicht symbolische Sparübungen. Wer Schatten-IT wirklich abbauen will, muss die Informatik stärken, nicht schwächen. Das müsste eigentlich allen klar sein.

F. Kramer-Schwob (EVP): Die IDW hat in den letzten sechs Jahren um ungefähr 25 Stellen aufgebaut, das heisst um ca. einen Viertel. Und wie wir vom Stadtpräsidenten vorhin gehört haben, tragen wir als Parlament jetzt auch die Verantwortung, dass wir die IDW um 25 Stellen aufgebaut haben und in den letzten Budgets jeweils Ja zu dem gesagt haben. Die SP hat beim Eintreten gesagt, Jahr für Jahr seien bei der IDW Stellen gestrichen worden – das stimmt also nicht.

Natürlich hat das mit der Digitalisierung zu tun, dass die IDW so gewachsen ist, und das unterstützen wir im Grundsatz. Wir sehen aber keine Strategie über Anfang und Ziel dieses Wachstums. Es hilft nicht, dass die IDW die Kosten auf die anderen Produktgruppen umlegen kann, weil dann einfach dort die Kosten ansteigen – und diese Produktgruppen uns sagen, sie hätten halt Rechnung gestellt bekommen. Alle zucken dann jeweils die Schulter. Wir möchten eine Strategie sehen, nicht nur bezüglich Digitalisierung, sondern auch bezüglich Digitalisierungskosten. Wir unterstützen deshalb den AK-Antrag.

M. Zundel (AK), Votum von A. Büeler: Zum ersten Antrag A11: Leider wird im Antrag weder gesagt, welche 4 Stellen gestrichen werden sollen, noch wieso. Es ist einfach der schon fast traditionelle jährliche Antrag aus der AK, die beantragten Stellen bei der IDW wieder zu streichen. Die beantragten Stellen dienen nämlich v.a. der IT-Sicherheit und der Digitalisierung (wohlverstanden ein Legislaturziel). Die Stadt konnte glaubwürdig aufzeigen, dass zwar das Tagesgeschäft noch gut laufe. Aber eben auch, dass Personal fehle für das angestrebte Verhindern von Schatten-IT und Doppelspurigkeiten und für das Aufholen und Entwickeln bezüglich neuer Themen. Um die zentralen Knacknüsse endlich anzugehen, braucht es eine Stärkung der IDW, welche durch diesen Antrag einmal mehr in Frage gestellt wird.

Für die Fraktion Grüne/AL ist der Bedarf gut begründet, dringend und nicht abhängig von der erwarteten IT-Strategie. Die Sicherheitsrisiken und Mehrkosten wegen Ineffizienz, welche eine Annahme des Antrags mit sich bringt, sind für uns nicht tragbar und darum lehnen wir den Antrag ab. Wir ermuntern den Stadtrat, die neue IT-Strategie rasch abzunehmen, die AK beim Wort zu nehmen und anfangs 2026 einen Nachtragskredit zu stellen, damit die IDW endlich etwas richtig durchstarten kann.

Zum Antrag A12: Der Grundsatz von der 100% Weiterverrechnung der IT-Kosten gilt heute schon und das finden wir selbstverständlich richtig. In der letzten vorliegenden Rechnung lag der Kostendeckungsgrad bei 98% und im Budget 2026 wird er mit 96% immer noch nahe an den 100% veranschlagt (Randbemerkung: Jeder Kostenvoranschlag hat eine Ungenauigkeit von +/- 10%). Darum ist das, was die AK hier fordert, Mikromanagement. Die IDW müsste so mit viel Zusatzaufwand jährlich ihre internen Ansätze anpassen, um das Ziel noch genauer zu erreichen (wohlverstanden handelt es sich nur um buchhalterische Umlagerungen, man spart dadurch gar nichts).

Zudem läuft aktuell in der AK ein Projekt zur Überprüfung der parlamentarischen Budgetsteuerung (WoV-Überarbeitung). Bis da Resultate vorliegen, ist es nicht sinnvoll, parlamentarische Zielvorgaben anzupassen. Und wieso wartet man da nicht auf die neue IT-Strategie?

Die neue parlamentarische Zielvorgabe ist also erstens schlicht nicht nötig und kommt zweitens zum falschen Zeitpunkt. Wir Grüne/AL lehnen den Antrag ab.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Michael. Genau, das ist etwas untergegangen am Anfang, Entschuldigung, dass es zwei Anträge gibt aus der Kommission bei dieser Produktgruppe. A12 ist die Zielvorgabeanpassung Kostendeckungsgrad. Dazu kann natürlich noch gerne etwas gesagt werden, falls gewünscht. Als Nächster hat Raphael Tobler das Wort.

R. Tobler (FDP): Wenig überraschend folgt die FDP dem Antrag der AK, in beiden Fällen. Beim Kostendeckungsgrad hast Du das marketingtechnisch mega formuliert, aber ich bin auch gut im Marketing. Und für alle, die das Budget im Detail angeschaut haben: Ihr seht, wie sich der Kostendeckungsgrad entwickelt. Der Kostendeckungsgrad hilft uns allen und Euch allen in Euren Produktgruppen, die IT-Kosten transparent nachvollziehen zu können. Und ich kann Euch auch versichern: Ich habe zusätzliche Informationen aus meiner Kommission, die meinen Antrag da sehr gut unterstreichen, weshalb dieser doch wichtig ist. Aber wie gesagt, Ihr könnt das selbst nachschauen, wie sich das in den nächsten Jahren entwickelt. Und zum Antrag A11 zu den Stellen, respektive den 700'000 Franken, da kann ich nur ein Zitat nehmen: «Wer die IT stärken will, der braucht eine klare Strategie, das sollte allen klar sein.» Und solange diese nicht vorliegt, müssen wir abwarten. Und ich möchte da Christian Hartmann unterstützen mit seinem Votum und auch Kaspar Bopp einladen, wenn es dann soweit ist mit der IT-Strategie und klar ist, in welche Richtung man geht und wie das mit der Schatten-IT läuft, sehr gerne in die AK zu kommen. Wir empfangen ihn dort mit offenen Armen, wie immer.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Auch ich ging in die Zahlen der Vergangenheit, so wie Franziska. Zu A11: Als ich im Jahr 2016 in den Gemeinderat kam, hatte die IDW noch 56.1 Stellen und das Globalbudget wies einen Gewinn aus. Der Personalbestand entwickelte sich dann bis ins Jahr 2024 auf 75.4, das entspricht einer Zunahme von 19.3 Stellen in acht Jahren. Und er soll jetzt 2026 auf 87.02 wachsen, was nochmals einem Ausbau von 12 Stellen in zwei Jahren entspricht. Das scheint uns doch etwas gar grosszügig, vor allem ohne Konzept und Strategie. Deshalb stimmen wir diesem Antrag zu. Und falls notwendig, darauf wurde schon hingewiesen, gibt es die Möglichkeit eines Nachtragskredits. Und zum anderen Antrag, A 12: Wie bereits erwähnt, hat die IDW jahrelang ein positives Resultat ausgewiesen. Uns ist auch bewusst, dass ein Kostendeckungsgrad von 100% nicht leicht zu erreichen ist. Wenn aber die anderen Departemente Leistungen beziehen und nicht kostendeckende Preise bezahlen müssen, kann dies zu Fehlanreizen führen. Und da auch nochmals einen Blick in die Zahlen: Sie haben es seit 2018 ausgewiesen. Damals waren 225 betreute Anwendungen ausgewiesen in der Jahresrechnung. Und bis 2025 waren wir bei 409 Anwendungen. Und was bei der IDW nicht kostendeckend erbracht werden kann, soll aber dann klar deklariert werden – dann kann man es auch begründen. Deshalb stimmen wir diesem Antrag zu.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Iris. Noch kurz die Frage in das Plenum, ob sich noch jemand äussern möchte zum Antrag A12? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit geht das Wort für die Produktgruppe noch zum zuständigen Stadtrat, zu Kaspar Bopp.

Stadtrat K. Bopp: Ich habe das natürlich gehört mit dem Nachtragskredit und dass man da auf uns wartet. Das ist mir auch nicht neu, das haben wir bereits miteinander besprochen. Das alleine stimmt mich nicht glücklich, aber ich werde das auf jeden Fall mitnehmen. Wir haben richtig viel Zeit investiert, um den Stellenbedarf anzuschauen, und dann auch wirklich in die Begründung zu investieren. Auch wir hatten keine Freude, weder im Stadtrat noch im Departement, als wir sahen, dass es 5 neue Stellen braucht. Wir haben deshalb zwei ganze Seiten im WoV-Bericht, welche diese Stellen begründen. Jetzt hätte man vielleicht eine

Strategie darüber schreiben müssen... Nein, Spass beiseite. Es ist einfach bezeichnend: In der ganzen Beratung wurde keine einzige Frage gestellt zu diesen zwei Seiten. Ich weiss nicht, ob diese gar nicht gelesen wurden oder ob man sich von Anfang an sagte: Oh, man hat keine Strategie! Auch das stimmt übrigens nicht. Wir haben eine, diese muss einfach überarbeitet werden. Aber wir sind nicht ohne Konzept und Strategie unterwegs! Sie ist einfach schon ein bisschen älter und wir würden sie gerne sehr schnell überarbeiten. Aber auch das bindet uns Ressourcen.

Es wurden ein paar Sachen gesagt hier drinnen, wegen Sicherheit und so. Was klar ist: Dort machen wir keine Abstriche. Wir werden überall sonst Abstriche machen.

Auch heute wurde es mehrfach genannt: Effizienz und überall Digitalisierung und man sieht die Effizienzsteigerung nicht. Wir müssen sehen: Mit unserer IT, das wurde heute auch schon gesagt, sind wir technologisch 10 Jahre hinterher. Das ist einfach Fakt. Von dem hat unser Finanzhaushalt unglaublich profitiert die letzten Jahre. Ihr kennt alle den Benchmark-Bericht, den wir alle drei Jahre machen. Es gibt kaum eine Organisation, die so günstige IT hat wie die Stadt Winterthur. Das war auch richtig in der Vergangenheit – aber jetzt muss etwas gehen.

Wir haben diese Stellen sauber begründet, alle einzeln – offensichtlich haben diese Begründungen auch nicht zu Fragen geführt. Ich finde, sie sind sehr gut begründet. Am Schluss geht es darum: Wollen wir dafür sorgen, dass wir mit der IT nicht noch mehr abgehängt werden; wollen wir irgendwann dafür sorgen, dass wir vielleicht ein bisschen aufholen können und dann irgendwann auch davon profitieren wollen von dem, was die IT mit sich bringt? Dann müssen wir mutig sein und da zusagen. Also mutig: Man kann einfach die Begründung einmal sauber lesen. Deshalb unbedingt: Lehnt diesen Kürzungsantrag ab!

Das zweite ist die Zielvorgabe zur Kostendeckung. Da muss ich sagen: Diese könnt Ihr sehr gerne so ins Budget schreiben. Wir werden das allerdings höchstwahrscheinlich nicht schaffen, das auch zu erreichen in diesem Jahr. Wenn wir das so erreichen möchten, dann würde das ja heissen, dass wir die Verrechnungen anpassen müssten und dann müsste man alle anderen Produktgruppen auch wieder anpassen. Das geht natürlich nicht. Wir werden schauen, dass man möglichst nahe darankommt, wir werden schauen, dass wir in Zukunft die Zielvorgabe, wenn sie so hineingeschrieben wird, möglichst gut erreichen. Für das Jahr 2026 wird das wahrscheinlich eine grosse Herausforderung.

Noch etwas Kleines, aber das ist mehr perspektivisch, das können wir dann auch zusammen mit dem Verrechnungsmodell und der IT-Strategie miteinander diskutieren: Ihr kennt das selbst, Ihr habt ein Produkt von Microsoft zuhause. Und Microsoft schickt Euch zwei Monate vorher eine Mitteilung, dass die Lizenzen wieder um 3% oder 5%. Und dann müssen Sie das sofort umsetzen. Das werden wir auch in Zukunft haben, dass wir sehr kurzfristig Lizenzkostenanpassungen erhalten, die wir nicht gleich sofort auf die Preise umlegen können. Das heisst, es wird auch in Zukunft die Situation geben, dass gewisse Preissteigerungen erst mit einer Verzögerung von einem Jahr weiterverrechnet werden können. Das werden wir miteinander anschauen müssen.

Das wäre es von meiner Seite, besten Dank.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Kaspar. Damit können wir jetzt bei dieser Produktgruppe zu den Abstimmungen schreiten.

Zuerst der Antrag A11, das ist der AK-Antrag, um den Globalkredit um 700'000 Franken zu kürzen.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Mit 32:22 Stimmen habt Ihr diesen Antrag A11 angenommen.

Wir kommen zum Antrag A12. Das ist der AK-Antrag auf eine neue Zielvorgabe, dass der Kostendeckungsgrad 100% betragen soll.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Mit 32:22 Stimmen ist dieser Antrag A12 ebenfalls angenommen.

Somit ist die Produktgruppe IDW ebenfalls abgeschlossen.

PG 233 Steuerbezug

R. Tobler (AK): Der Antrag A13 ist ein weiterer Antrag der AK, der mit 6:5 angenommen wurde. Die AK ist der Meinung, dass man das Globalkredits um 80'000 Franken reduzieren kann, respektive nicht reduzieren, sondern das Wachstum bremsen.

Da hat es verschiedene Begründungen drin. Das eine ist, dass man vermutlich beim Testing und bei der Projektmitarbeit beim Kanton bei diesen Stellen ganz sicher etwas machen kann und dass die Ressourcen dort besser intern fokussiert werden würden und damit auch weitere Kosten (für IT etc.) entsprechend abgedeckt sind.

R. Keller (SP): Ich führe das gerne noch ein bisschen aus, es war ziemlich kurz, Raphael, wie Du das hier präsentiert hast. Die Fraktion der SP lehnt diese Budgetreduktion von 80'000 Franken ab, weil es ein ziemlich gutes Beispiel ist für einen Kürzungs- oder Streichungsantrag, der schlicht und einfach keinen Sinn macht, weil es nicht fertig gedacht ist. Wir haben es schon gehört: Es geht um zwei halbe Stellen, die geschaffen werden sollen. Die eine halbe Stelle ist für das Testing eines Updates der Steuersoftware gedacht. Und diese Aufgabe ist ja, wenn man sagt, man streicht quasi die 60'000 Franken dafür, nicht weg. Das Testing muss trotzdem gemacht werden; wir können es ja nicht der Bevölkerung überlassen, ein bisschen Testing zu machen für uns. Und wir können auch nicht sagen, wir lassen diese Software ungetestet auf die Leute los. Das heisst, man braucht diese Ressourcen. Und man kann das schon machen, man kann schon sagen, diese 60'000 Franken fallen jetzt weg, aber dann wird – und das hat man uns auch schon so gesagt – man Ressourcen brauchen, welche von der Einschätzung der Steuern genommen werden. Das heisst, es können weniger Einschätzungen über die Steuern gemacht werden, was wiederum dazu führt, dass halt auch weniger Steuergelder hineinkommen. Wenn man weniger Einschätzungen macht, gehen auch weniger Steuereinnahmen ein. Die ganze Sache ist also ein Nullsummenspiel, das schlicht und einfach keinen Sinn macht.

Und auch das andere, da sprechen wir dann notabene von 20'000 Franken, was ja bei unserem Budget nicht gerade ein riesiger Betrag ist. Und zwar geht es darum, dass der Kanton eine neue Steuersoftware einführt, und zwar für den ganzen Kanton – obligatorisch für alle Gemeinden im Kanton. Das heisst, auch die Stadt Winterthur wird die neue Steuersoftware einführen. Wir werden an dieser Steuersoftware mitzahlen müssen und wir werden ganz viele Nutzungsgebühren zahlen. Und dass wir da sagen, wir brauchen eine halbe Stelle, um beim Kanton daran mitzuwirken, unsere Bedürfnisse einzugeben als zweitgrösste Stadt des Kantons - das ist doch nur logisch. Wir wollen sagen können, wie die Prozesse in Winterthur ablaufen. Wir wollen nachher nicht konfrontiert sein mit einer Steuersoftware, welche für 5'000-Menschen-Gemeinden gemacht ist. Sondern wir brauchen eine Möglichkeit, damit wir sagen können, was für die Stadt Winterthur wichtig ist bei der Gestaltung und bei der Umsetzung dieser neuen Steuersoftware.

Und es braucht dafür einfach personelle Ressourcen. Und wenn man es nicht braucht, dann haben wir ein hohes Risiko, dass wir unsere Bedürfnisse dort nicht wiederfinden. Und deshalb schlagen wir vor, auf diese Streichung zu verzichten.

M. Zundel (Grüne/AL): Ich kann eigentlich nur dasselbe sagen, was Regula schon gesagt hat, einfach ein bisschen anders. Ich versuche, mich kurz zu halten.

Beim Wegfallen von beiden Stellen sind entweder mit tieferen Einnahmen oder mit höheren Kosten zu rechnen. Es ist ein klassischer «upper Management»-Spartrick, bei welchem von Anfang an klar ist, dass es über die Zeit Mehrkosten verursacht. Wir lehnen deshalb diesen Antrag ab.

R. Tobler (FDP): Ich kann mich nur wiederholen: Ich habe noch selten einen Antrag gesehen, bei dem die SP sagt, sie fände ihn mega sinnvoll. Daran wird sich wohl auch nichts ändern.

Dann auch zur Anmerkung, damit das richtig ist: Es ist ein angeregter Stellenaufbau. Wir streichen oder löschen also nicht etwas, das es bis jetzt schon gab. Und wie Regula auf die Idee kommt, dass wir deswegen weniger Steuereinnahmen hätten, erschliesst sich mir nicht. Denn wenn man den Text durchliest (er ist öffentlich), dann steht da ganz klar: «Die Hälfte dieser Stelle soll dazu dienen, die umfangreichen Testings in Zusammenhang mit der neuen Steuersoftware zu machen und die andere Hälfte dieser Stelle soll dafür eingesetzt werden, im kantonalen Projekt «Gemeinsame IT Kanton und Gemeinden» mitzuwirken.» Also woher wir deshalb weniger Steuereinnahmen haben sollten, erschliesst sich mir nicht. Aber vielleicht können wir das auch noch, wenn wir miteinander ein Bier trinken gehen, klären. Vielen Dank.

R. Keller (SP): Ich habe leider keine Zeit für ein Bier nachher, deshalb sage ich es gerne jetzt. Ich habe es vorhin gesagt: Es werden Ressourcen von Menschen, die sonst Steuereinschätzungen machen, abgezogen und werden dann für das Testing der upgedateten Steuersoftware benutzt. Das heisst, man kann dann weniger Einschätzungen machen. Und wenn weniger Einschätzungen gemacht werden, gibt es auch weniger Steuern, die hineinkommen, weil die Einschätzungen noch nicht da sind. Es ist eigentlich relativ einfach.

Stadtrat K. Bopp: Ja, der Ursprung dieses Antrags ist ja tatsächlich, weil wir diese Stelle beantragt haben, bestehend aus zwei Halbstellen, und insgesamt die 80'000 Franken dafür eingestellt haben. Wieso haben wir für eine ganze Stelle nur 80'000 Franken eingestellt? Das ist, weil bei der einen Stelle ein Teil durch den Kanton finanziert werden würde. Aber auf das komme ich noch.

Zuerst gehen wir auf die erste halbe Stelle mit 60'000 Franken, ein, das ist diejenige, die wir voll selbst zahlen würden. Dort hat Raphael Tobler gesagt, wir sollen halt intern die Ressourcen fokussieren. Und das ist genau das, was wir machen würden, wenn dieser Antrag durchkommt. Und dann passiert mehr oder weniger das, was Regula gesagt hast. Der springende Punkt ist, dass man verstehen muss, wie die Einschätzungen funktionieren. Wir machen die Einschätzungen. Das hat den Vorteil, dass diese Einschätzungen zeitnah sind, d.h. wir können die Einschätzungen sehr schnell den Steuerpflichtigen mitteilen. Und das senkt das Risiko, dass die Steuerpflichtigen das dann nicht bezahlen können. Also von daher hat es eine Auswirkung auf unseren potenziellen Steuerertrag.

Aber der grössere Punkt, und das ist derjenige, der entscheidend ist, ist, dass der Kanton uns für jede Einschätzung, die wir machen, entschädigt. Die Einschätzung ist eigentlich eine Tätigkeit, die weitgehend refinanziert ist. Wenn wir jetzt hingehen und diese Ressourcen intern fokussieren, dann heisst das faktisch, Raphael Tobler, dass wir aus der Einschätzung jemanden abziehen zu müssen, um dieses Testing zu machen. Und wenn wir jemanden aus der Einschätzung abziehen, macht diese Person in dieser Zeit keine Einschätzungen mehr. Und wenn diese Person keine Einschätzungen mehr macht, dann erhalten wir auch diese Refinanzierung dieser Einschätzungen nicht mehr. Und deshalb ist es so, dass wenn wir diese Stelle nicht schaffen, werden wir in ungefähr dem gleichen Umfang, wie wir Geld einsparen, auch tiefere Beiträge vom Kanton erhalten. Das haben wir Euch auch schon so erklärt. So, das ist die eine halbe Stelle.

Die andere halbe Stelle, auch wieder 60'000 Franken grundsätzlich brutto, haben wir aber nur mit 20'000 Franken eingestellt. Dort geht es genau darum: Der Kanton hat sich die Rechtsgrundlage geschaffen per 01.01.2025, den Gemeinden vorschreiben zu dürfen, welche Steuersoftware sie benützen müssen. Diese Rechtsgrundlage hat er nicht umsonst geschaffen, sondern die hat er geschaffen, weil er damit Ernst machen will. Er hat jetzt ein Projekt aufgelegt mit unglaublich viel Geld und Ressourcen, er will total Gas geben, um jetzt eine einheitliche Steuersoftware im Kanton einzuführen.

Wir haben ganz viele unterschiedliche Gemeinden. Und es gibt wenige Gemeinden wie Winterthur. Wir sind die grösste Gemeinde im Kanton mit beschränkten Ressourcen. Das gibt aus unserer Sicht besondere Anforderungen an eine solche Steuersoftware. Wir haben ein eigenes Interesse, dass nicht nur die Durchschnittsgemeinde im Kanton Zürich involviert wird, welche ganz andere Volumen hat. Es ist wichtig, dass wir einen Fuss drin haben, wenn der

Kanton jetzt die Steuersoftware entwickelt und einführen will, von welcher wir später die Hälfte zahlen müssen. Das ist unglaublich wichtig und das erhalten wir für den kleinen Betrag von 20'000 Franken, denn der Kanton entschädigt uns sogar noch für diese Mitwirkung: Er würde ungefähr zwei Drittel bezahlen, einen Drittel müssten wir bezahlen. Da geht es einfach darum, die Interessen der Stadt Winterthur zu vertreten, wenn der Kanton eine Steuersoftware einführt. Bitte streichen Sie das nicht heraus, das ist nicht im Interesse der Stadt, nicht im Interesse der Menschen in dieser Stadt. Überlegen Sie sich das nochmals.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Kaspar. Somit kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Antrag A13, das ist die Kürzung von 80'000 Franken bei der Produktgruppe Steuerbezug.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Mit 32:22 Stimmen habt Ihr dem Antrag A13 zugestimmt.

Somit ist die Produktgruppe Steuerbezug abgeschlossen.

PG 240 Immobilien

M. Gnesa (AK): Der Antrag A14 der Aufsichtskommission lautet wie folgt: Reduktion des Globalkredits um 600'000 Franken. Mit der Begründung: Die Kosten für Dienstleistungen Dritter und Honorare Externe betrugen 2024 1'172'880 Franken. Es war der Wunsch des Parlaments in der letztjährigen Diskussion, diese Kosten nicht weiter wachsen zu lassen. Der Anstieg im Budget 2026 auf über 2 Millionen entspricht fast einer Verdoppelung. Und alles bei einem Personal-Sollbestand von 34.4 Stelleneinheiten.

M. Nater (SBK): Auch von meiner Seite ein Merci für das Erstellen des Budgets an die Stadtverwaltung, weil das wirklich immer komplexer und aufwändiger wird für die Stadtverwaltung. Der Antrag A15, Projektierung und Ausführung der Halle 53, muss im Finanzvermögen geplant werden, da ein Übertrag der Halle 53 ins Verwaltungsvermögen abgelehnt wurde. Der Antrag A16: Der Kommissionsantrag ist die Kürzung des Investitionskredites für das Jahr 2026 in der Höhe von 740'000 Franken. Die Mehrheit in der Stadtbaukommission möchte nicht, dass das Theater am Stadtgarten umgebaut wird, bevor klar ist, wer und wie es in Zukunft genutzt werden soll.

M. Zundel (Grüne/AL): Ich mache ein Votum zum Antrag A14. Vielleicht gibt es später noch ein Durcheinander zwischen diesen Voten.

Der Antrag A14 bezüglich der Dienstleistungen Dritter und Honorare Externe: Uns ist klar aufgezeigt worden, dass der grosse Teil dieses Posten für den funktionierenden Betrieb des Superblocks gebraucht wird. Die Differenz zum letztjährigen Budget stammt hauptsächlich von den Digitalisierungs-Bemühungen beim Posteingang. Vielleicht müsste man da die Betonung auf die «Mühungen» setzen. Trotzdem wollen wir diesen Bemühungen nicht im Weg stehen und lehnen diesen Antrag ab.

M. Gnesa (SP): Ich spreche auch zum Antrag A14. Von den Kosten für Dienstleistungen Dritter und Honorare, die von diesem Kürzungsantrag betroffen sind, betrifft ein grosser Teil Kosten des Superblocks. Es sind auch drei Projekte des Bereichs Immobilien darin enthalten, die sehr wichtig sind. Ich möchte hier v.a. das Projekt zur Zentralisierung der Immobilien erwähnen. Dafür sind höhere Sachkosten in Form von Honoraren nötig. Bei diesem Projekt geht es darum, das Immobilienmanagementmodell zu überprüfen. Konkret soll überprüft werden, ob es sinnvoll ist, die Eigentümerversammlung an einem Ort zu zentralisieren – und wenn Ja, in welchem Umfang. Im Moment ist die Eigentümerversammlung in jedem Departement separat angegliedert.

Bei der Zentralisierung der Immobilien handelt es sich um eine Massnahme, die ursprünglich aus der Finanzstrategie kommt, einiges verändern würde und entsprechend sorgfältig zu prüfen.

fen ist. Diese Überprüfung erfordert externe Unterstützung. Es trifft nicht zu, wie einige meinen, dass die bestehenden Arbeitnehmenden dies irgendwie und sowieso stemmen würden. Denn in Wahrheit fehlen Ressourcen in der Verwaltung, um dieses Projekt zu übernehmen. Dass dieses Projekt sehr wichtig ist, wird wohl nicht in Abrede gestellt. Das Projekt ist auch als wesentliche Massnahme 2026 und Folgejahre aufgeführt. Doch wie sollen dieses und andere von dieser Kürzung betroffene Projekte vorangetrieben werden, wenn die dazu nötigen Mittel derart gekürzt werden?

Diese Budgetreduktion gefährdet im Ergebnis die Realisierung von wichtigen Projekten, sie gefährdet die Qualität der Leistungen der Verwaltung, berücksichtigt die Realität nicht und ist nicht nachhaltig. Wir lehnen diese Kürzungen ab.

R. Heuberger (FDP): Ich spreche zum SBK-Antrag. Die Anträge A15 und A17 sind unbestritten, sie waren einstimmig in der SBK. Deshalb möchte ich mich zum Antrag A16 vernehmen lassen. Vorweg: Wir führen da keine Kulturdiskussion. Sondern eine Diskussion über Sinn und Unsinn eines Bauprojekts im Finanzvermögen, von 930'000 Franken, sprich: Fast einer Million. Das, was wir wollen, ist eine gute Lösung, bei welcher die Bedürfnisse – auch der Laienkultur – beim Umbau wirklich optimal berücksichtigt werden – statt jetzt mit einem Schnellschuss irreversible Fakten zu schaffen.

Wenn man einen funktionalen Bau abbrechen will, sollte man sich zuerst einmal die Frage stellen, weshalb das überhaupt so gebaut wurde. Die Einfriedung, welche jetzt vor allem zur Diskussion steht, wurde gebaut zum Schutz vor Lärm von der Stadthausstrasse, zum Schutz vor Lärm aus dem Stadtpark und zur klaren akustischen und visuellen Trennung zwischen Theater und Restaurant. An diesen Grundvoraussetzungen von damals hat sich wenig bis gar nichts verändert. Das zeigt auch die Tatsache, dass die Stadthausstrasse auch so immer noch gesperrt werden musste, wenn es im Sommertheater Aufführungen gab. Aufführungen, egal welcher Art, funktionieren unseres Erachtens nur, wenn der Theatergarten weiterhin in irgendeiner Form geschützt bleibt.

Bis am letzten Mittwoch hatten wir keinerlei Informationen zu neuen potenziellen Nutzern oder der künftigen Lösung dieses Theaters. Jetzt wissen wir, dass der Musikverband Winterthur angefragt wurde, ob sie diese Bühne in Zukunft mit einem Pilotprojekt bespielen wollen. Soweit ich weiss, hat der Musikverband zwei Projekte für die zukünftige Nutzung dieser Bühne eingereicht; nämlich ein Projekt mit und ein Projekt ohne die heutige Einfriedung des Theaters. Es ist also grundsätzlich beides möglich. Und natürlich haben beide Varianten Vor- und Nachteile. So oder so muss aber die Meinungsbildung innerhalb des Musikverbands Winterthur erst noch stattfinden, denn es gibt keinen entsprechenden Beschluss der Mitglieder.

Eine zweijährige Projektphase, wie sie offenbar vorgesehen ist, ist aus unserer Sicht eine gute Gelegenheit, um die gegenseitigen Bedürfnisse, nämlich von Restaurant, Laienbühne und Park, zu klären und dann gegebenenfalls ein Bauprojekt auszuschreiben, das den Bedürfnissen der gesamten Laienkultur in unserer Stadt gerecht wird. Für den notwendigen Sanierungsbedarf gibt es einen Sammelkredit im Finanzvermögen.

Und ja, dieses Projekt ist in der Kompetenz des Stadtrats, aber es ist nicht dringlich. Was wir auf keinen Fall wollen, ist ein zweites Musikpavillon wie im Merkurplatz. Nachdem das Sommertheater mittlerweile fast vier Jahre leer gestanden ist, wollen wir jetzt ein gutes und ganzheitliches Projekt für die künftige breite Nutzung dieser Laienbühne – und keinen Schnellschuss.

Und auch da erlaube ich mir noch den Hinweis auf Nachtragskredite; wenn die Grundlagen für die künftigen Bedürfnisse wirklich geklärt sind und die Diskussionen stattgefunden haben. Und deshalb unterstützen wir den Antrag A16 auf Streichung dieses Investitionskredits. Vielen Dank.

L. Merz (SP): Ich spreche auch zum Antrag A16, dem SBK-Antrag. Die SP-Fraktion lehnt die Kürzung des Programms für die Sanierung der Bühne am Stadtgarten ab. Das ehemalige Sommertheater steht mittlerweile nun schon seit einiger Zeit leer und es ist an der Zeit, dass

diese schöne Bühne Ort wieder zu einem lebendigen Kulturort werden kann. Ein Nutzungskonzept liegt bereits vor und wir sind gespannt, wie die Bühne bespielt werden wird. Mit der aktuell laufenden Sanierung des Stadtgartens bietet sich ausserdem die Chance, die Bühne besser in den Park zu integrieren. Das ist eine klare Aufwertung und eine städtebauliche Reparatur dieses Areals. Wenn wir mit diesen Arbeiten noch warten, werden die Kosten nur steigen. Denn im Moment kann nämlich die Baustelleninstallation des Stadtgartens genutzt werden, was die Abbrucharbeiten der Mauer deutlich günstiger machen würden. Aus diesem Grund bitten wir die anderen Fraktionen, auch auf diese Kürzung zu verzichten.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Ich kann eigentlich Livia Merz folgen, ich führe es aber doch auch noch kurz aus. Wir lehnen diesen Kürzungsantrag auch ab. Das Areal des Sommertheaters liegt jetzt wirklich schon mehrere Jahre brach und leer und es ist an der Zeit, dass etwas geht. Die Stadt hat transparent dargelegt, wieso heute jetzt genau. Und das ist nicht ein Schnellschuss, sondern im Jahr 2026, nächstes Jahr, wird die zweite Tranche des Stadtgartens saniert. Und genau nebendran kommt die Baustelleninstallation zu stehen. Das ist nicht einfach nichts, sondern das ist – ganz nach dem Gebot der Stunde – der grösstmöglichen Effizienz folgend, für die Öffnung des Areals, des Umbaus und der Fassadensanierung des Sommertheaters, denn diese Baustelleninstallation kann mitgenutzt werden. Das ist einfach nur sinnvoll und eine klassische Win-Win-Situation.

Die Begründung, die Stadt wisse nicht einmal, was dort passieren wird, lassen wir auch nicht gelten. Das Departement Präsidiales und Kultur ist seit Monaten daran, eine Lösung für den Bühnenbetrieb zu finden und hat auch schon ein konkretes Konzept. Und der Musikverband Winterthur ist bereit, den Betrieb ab dem nächsten Jahr zu übernehmen. Wenn jetzt aber die Wände, welche wirklich keine Augenweide mehr sind, und die Lärmschutzwände waren – die Stadthausstrasse ist saniert und es braucht dort keine Lärmschutzwände mehr –, jetzt nicht abgebrochen werden und das Sommertheater nicht saniert wird, dann bleibt der desolate Status quo auf weiteres ungenutzt, mit allen bekannten Nachteilen. Hingegen, wenn der Globalkredit nicht gekürzt wird, last but not least: Die Visualisierungen, die Sie alle in den SBK-Protokollen sehen konnten, haben sehr schön gezeigt, dass das Sommertheater dann neu wieder ein visuelles und physisches und frei zugängliches Bindeglied für die Stadthausstrasse und den neuen Stadtgarten würde.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, geben Sie sich einen Ruck und schauen Sie, dass es einmal ein neues Stimmenverhältnis gibt. Es ist langsam ein bisschen langweilig mit 32:22. Wir würden auch gerne wieder mal gewinnen. Also gut, geben Sie sich einen Ruck und lehnen Sie die Kürzung des Programms 2026 um 740'000 Franken ab. Denn so günstig wie jetzt bekommen wir nie mehr ein frisches Sommertheater mit einer Laienbühne im neuen, schönen Stadtpark. Danke.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Katharina. Deine Hoffnung erfüllen – als Erstes hat die Chance von der EVP Alexander Würzer.

A. Würzer (EVP): Ein intensiver Blickkontaktaustausch mit dem Präsidenten hat ihn natürlich schon hoffen lassen, dass ich mir jetzt für die EVP auch einen Ruck gebe und da einmal ein bisschen Bewegung in die Dynamik hineinbringe. Ich kann mich inhaltlich auch wirklich dem anschliessen, was Kathrin und auch Livia gesagt haben und möchte das auch nicht mehr allzu viel länger machen. Einfach weil wir es in der Kommission auch schon so festgehalten haben: Es ist für uns auch klar jetzt eine super Chance mit den Installationen, die vor Ort sind, diese Mauer so abzureissen, die Synergien nutzen zu können und den Stadtpark auch wieder zu öffnen. Und den Unort, der jetzt dort vorherrscht, so entfernen zu können. Deshalb bitte ich auch noch eine weitere Fraktion um einen Ruck, denn sonst wird es leider wahrscheinlich nicht ganz reichen. Besten Dank.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Alex. Ich schaue in diesem Fall noch intensiv zu Markus Nater, der jetzt für die GLP das Wort erhält.

M. Nater (GLP): Ich merke, die Blicke von Philippe sind bestechend. Zum Glück trage ich eine Brille und deshalb dringen sie nicht ganz durch.

Aber wenn wir es von Blicken haben: Ich denke, die Bilder vom Theater am Stadtgarten mit Blick auf die Stadtgartenwiesen sind schon sehr schön gestaltet. Von daher ist schon die Frage, was gegen die Umsetzung des Rückbaus dieser Mauern beim Theater spricht. Doch diese Bilder zeigen halt nicht, was in Zukunft auf diesem Platz kulturell und wirtschaftlich betrieben werden kann. Es gibt einfach noch zu viele Fragen.

Wir wissen nicht genau, wie es weitergeht mit diesem Theater am Stadtgarten. Es ist nicht ganz klar, wer in Zukunft dort spielt, wie oft dort gespielt wird. Es sind einfach noch zu viele Fragen, die offen sind. Auch sollen es offenbar v.a. nicht-kommerzielle Angebote sein dort. Heisst das dann, dass kommerzielle Angebote nicht mehr möglich sind?

Von der linken Seite wurde sehr stark begründet, weil nebenan gebaut wird, muss man jetzt diese Mauer abreißen. Beim Sommertheater läuft seit vier Jahren nichts mehr, aber weil jetzt daneben gebaut wird, soll man das gleich wirtschaftlich verwenden. Der grosse wirtschaftliche Vorteil ist also der sofortige Rückbau des Aussenraums, weil die Baustellenzufahrt einfacher umzusetzen ist.

Wieso aber die Planung und der Rückbau eines Aussenraums insgesamt 970'000 Franken kosten, ist auch wieder eine offene Frage. Wir denken, da gibt es auch noch Optimierungspotenzial.

Was aber die grosse Frage ist: Sollen mit diesem Abriss Fakten für das zukünftige Konzept geschaffen werden oder soll zuerst das zukünftige Konzept für den Standort geklärt sein? Da wir von der GLP noch zu viele Fragen offen haben, wollen wir zuerst das langfristige Konzept für das Theater am Stadtgarten sehen und anschliessend soll das Theater baulich so angepasst werden, dass das langfristige Konzept umgesetzt werden kann.

Wir gehen mit dem Kommissionsantrag.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Es ist eigentlich ganz erfrischend, wenn man nach Jahren von Verkehrsdiskussionen, bei denen man zu 22 verliert, heute einmal das 22 auf der anderen Seite hat... Das ist doch eine Erfahrung, bei der ich es jetzt auch mal sehe, wie Ihr das so empfindet bei anderen Thematiken.

Ja, zum Antrag A15 und A17. Beim A15 werden wir zustimmen. Beim A17 werden wir auch zustimmen – sofern dieser noch gestellt wird. Diesen hat der Kommissionssprecher eigentlich noch nicht gestellt, er müsste ihn wohl noch stellen.

Den Antrag A16, der jetzt heiss diskutiert wird: Natürlich ist es verlockend, wenn man eine Baustelleninstallation hat, dass man diese nutzt, um auch noch etwas anderes zu machen. Aber, geschätzte Damen und Herren, nur weil Sie einen Balkonlift vor dem Haus haben, stellen Sie nicht das Sofa auf den Balkonlift und heben es nach unten, ohne dass Sie wissen, was Sie neu hineinstellen. Aber so kommt es uns vor mit dieser Baustelle, mit diesem Baukredit, der da beantragt ist für das Theater, für die Bühne am Stadtgarten.

Man soll jetzt die Mauern entfernen. Diese Mauern wurden einmal gebaut wegen dem Lärmschutz, v.a. wegen dem Lärmschutz gegen den Stadtpark. Nicht, damit kein Lärm hinausgeht, sondern damit das Gejohle aus dem Stadtpark am Freitagabend nicht die Vorführung auf der Bühne stört. Wir wissen jetzt noch nicht, was auf der Bühne geplant ist. Wir wissen nur, dass man eine Baustelleninstallation hat. Und in dieser Situation dünkt es uns verfrüht, diese Wände dort jetzt schon wegzubauen.

Auf Rückfrage in der Kommission konnte man uns nur sagen, dass die Baustelleninstallation steht. Was dann komme auf dieser Bühne, konnte man uns in der Kommission nicht sagen. In den Tagen danach, also in den Tagen zwischen letztem Montag und dem heutigen Montag, sind dann plötzlich die e-mails und Telefone heiss gelaufen, alles vertraulich, man weiss gar nicht so genau, was man heute sagen darf und was nicht. Was ich weiss, das ist, dass mit jeder Kommunikation nachher eigentlich mehr Fragen als Antworten da waren.

Mit so vielen Fragen und so wenigen Antworten stimmen wir diesem Kredit heute nicht zu, sondern warten darauf, bis man da mehr Gewissheiten hat, bis man mehr Entscheidungen

hat. Und dann wissen wir, ob man diese Mauern wirklich wegbauen muss oder was man sonst dort baulich machen muss. Vielen Dank.

Ph. Angele (SVP): Vielen Dank für die Voten. Wir haben es schon gehört von den Vorrednern und auch von der rechten Seite, von Romana, was die Argumente sind. Ja, sie sind von uns absolut zu bestätigen. Weil man jetzt da die Sanierung des Stadtgartens macht und zufälligerweise noch eine Handvoll Baumaschinen dort hat – da ist dann schon die Frage, ob man diese Mauer jetzt abreißen muss.

Und die Frage ist ja noch, wieso man diese Mauer überhaupt gebaut hat. Das war auch eine gute Frage, von Markus. Das eine ist die Lärmreduktion gegen den Stadtgarten hinein, aber das andere ist auch, dass man eine Aufführung macht auf dieser Bühne. Und zuerst muss man da ja noch das Nutzungskonzept anbinden. Und dann ist da schon die Frage, wie man dann den Lärm abriegelt. Und von daher sind wir der Auffassung, es ist jetzt einfach noch zu früh, dieses Geld oder dieses Budget so stehen zu lassen mit diesem Betrag.

Das andere wurde heute auch erwähnt: Dass man mit einem Nachtragskredit auf dieses Thema zurückkommen kann, wenn es soweit ist. Aktuell finden wir einfach, der Anlass ist nicht gegeben, dass man das im Budget stehen lassen kann. Vielen Dank.

Stadtrat K. Bopp: Das ist eine traurige Nachricht für die Bevölkerung von Winterthur, das muss ich so sagen. Der aktuelle Zustand ist auf diversen Ebenen sicherheitstechnisch nicht tragbar. Wir haben verdeckte, dunkle Räume im Innern, wir haben baufällige Elemente (also ein baufälliges Theater, das nicht genutzt werden kann so, ohne massive Investitionen), wir haben unübersichtliche Zugänge - wir haben eine wirklich untragbare Situation, welche dort vorwirkt.

Und wir haben ein Projekt, das die Bevölkerung gesehen hat, das wirklich gut aussieht, das Licht gibt, welches öffnet, das den Park zugänglich macht, der übrigens auch – das haben wir alles angeschaut – für die Vermietung oder die Verpachtung des Strauss' ein riesiger Vorteil wäre, wenn wir dort aufmachen. Der Strauss ist nämlich auch bedrängt durch diese Mauern, es wäre also auch für die Verpachtung des Strauss' ein riesiger Vorteil. Das ist wirklich eine traurige Nachricht, denn ich habe jetzt mitgezählt: Es ist klar, dass Sie das aus dem Programm streichen werden.

Ich verstehe Sie auch wirklich nicht. Jetzt geht es heute darum, dieses Budget zu verbessern. Und da machen Sie ein Projekt massiv teurer. Es ist sonnenklar: Dieses Projekt kann nur teurer werden. Weshalb wollt Ihr mehr Geld ausgeben? Ich verstehe es wirklich nicht.

Die Folge wird sein: Wir werden auch in 2-3 Monaten oder in einem halben Jahr nicht sagen können, wer genau wann in den nächsten 10 Jahren mit was diese Bühne nutzt. Wir haben jemanden gefunden und ich darf den Namen hier sagen, es ist der Musikverein, der bereit ist, ehrenamtlich diese Bühne zwei Jahre im Pilotbetrieb zu betreiben. Das würde heissen, wir könnten schauen, welche Bedürfnisse es gibt. Wir könnten schauen, wie dieses Konzept funktioniert. Und für die Stadt Winterthur würde es sogar noch günstiger werden im Betrieb. Denn heute haben wir hohe Kosten, wir müssen laufend Sicherheitsleute vorbeischieken, damit niemand gefährdet ist und damit wir kein Sicherheitsproblem haben in diesen dunklen Räumen. Also, wir haben höhere Sicherheitskosten und verteuern ein Projekt – und das in einer Budgetdebatte. Ich verstehe Euch nicht.

Wie gesagt, 3 Punkte:

1. Das heisst, dieser Raum wird weiterhin ungenutzt bleiben, es bleibt uns nichts anderes übrig.
2. Das Projekt wird teurer und wir haben höhere Betriebskosten im nächsten Jahr.
3. Die Verpachtung des Strauss' wird dadurch deutlich erschwert. Wer will dorthin, wenn er nicht weiss, was nachher passiert und wann überhaupt irgendwas passiert. Ja, das ist die Konsequenz. Überlegen Sie es sich gut.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Kaspar. Das heisst, wir schreiten jetzt noch zur Abstimmung dieser Produktgruppe.

Wir stimmen zuerst über den Antrag A14 ab, das ist der normale Antrag aus der AK zur Reduktion des Globalkredits dieser Produktegruppe um 600'000 Franken.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Mit 28:26 Stimmen habt Ihr dieser Kürzung A14 zugestimmt.

Somit kommen wir noch zu den Verpflichtungskrediten in dieser Produktegruppe.

Abstimmung Antrag A15, dabei geht es um die Umgliederung dieses Projekts in das Finanzvermögen.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Mit 54:0 ist A15 einstimmig angenommen worden.

Abstimmung A16, das ist der vieldiskutierte Kürzungsantrag bezüglich der Bühne am Stadtgarten, die Kürzung von 740'000 Franken auf Null.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Diese Budgetdebatte bleibt spannend bis zum Schluss - mit 28:26 wurde diese Kürzung A16 angenommen.

Und wir kommen noch zu Antrag A17. Beim Antrag A17 geht es um die Änderung des Bewilligungsorgans von S auf # für 5023020 Badgasse 6: Sanierung Büro-/Gewerbegebäude.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Jetzt schliessen wir den Abend doch noch in fröhlicher Einigkeit ab mit einer einstimmigen Zustimmung von 54:0 bei A17.

Somit ist die Produktegruppe Immobilien ebenfalls abgeschlossen.

Ich werde jetzt dann gleich diese Sitzung schliessen. Einfach noch ganz kurz, für die Sitzung von nächster Woche, bei der wir mit den restlichen Produktegruppen weitermachen:

Ich glaube, heute hat es ein bisschen für Verwirrung gesorgt, dass Anträge zu den Investitionskrediten – das sind SBK-Anträge – aus der SBK gestellt und begründet werden müssen.

Und wir werden das wieder so machen wie heute, auch wenn es zwischendurch ein bisschen ein Chaos war. Wir werden jeweils die ganze Produktegruppe auf einen Rutsch machen und Investitionskredite kommen aus der SBK.

Ebenfalls nächste Woche werden wir vielleicht noch mit dem Budget fertig und dann lade ich – ich persönlich natürlich – Euch herzlich ein ab 21 Uhr zum traditionellen Weihnachts-Apéro. Mal schauen, was es dann gibt, das hängt jetzt noch davon ab.

Ich wünsche Euch eine gute Woche – wir sehen uns nächste Woche. Einen schönen Abend.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

Ph. Weber (SP)

S. Kocher (GLP)

Ph. Angele (SVP)

Beilagen:

- Abstimmungsprotokolle

Abstimmungstitel**2. Finanz. Vergütung Stadtwerk 2026 zulasten Eigenwirtschaftsbetriebe**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 01.Dezember.2025 16:29:44
Abstimmungsfrage Anträge 1 bis 5 gem. Weisung

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	54
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	Nicht anwesend
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	Nicht anwesend
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**3. Finanz. Vergütung Parkieren Winterthur 2026 zulasten Eigenwirtschaftsbetrieb**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 01.Dezember.2025 16:34:16
Abstimmungsfrage Anträge 1 und 2 gem. Weisung

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	54
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	Nicht anwesend
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	Nicht anwesend
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**4. Genehmigung Baurechtsvertrag mit GWG etc. (Parl-Nr. 2025.94)**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 01.Dezember.2025 16:46:26
Abstimmungsfrage Antrag gem. Weisung

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	54
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	Nicht anwesend
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	Nicht anwesend
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 01.Dezember.2025 20:07:21
Abstimmungsfrage A1 (AK) Personalamt: + Fr. 103'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	53
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	2

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	Nicht anwesend
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	Nicht anwesend
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Segal Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	Nicht abgestimmt
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 01.Dezember.2025 20:08:07
Abstimmungsfrage A2 (AK) Personalamt: - Fr. 216'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	54
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	Nicht anwesend
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	Nicht anwesend
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 01.Dezember.2025 20:08:40
Abstimmungsfrage A3 (AK) Personalamt Verpfl.kredite 5023500 Programmkürzung - Fr. 263'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	54
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	Nicht anwesend
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	Nicht anwesend
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 01.Dezember.2025 20:29:46
Abstimmungsfrage A4 (AK) Stadtentwicklung: + Fr. 100'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	53
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	2

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	Nicht anwesend
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	Nicht anwesend
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	Nicht abgestimmt
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 01.Dezember.2025 20:30:51
Abstimmungsfrage Gegenüberstellung A5 (AK) - A6 (Grüne)

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: A5 (AK)	24
B: A6 (Grüne)	30
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: A5 (AK)
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	Nicht anwesend
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	Nicht anwesend
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: A6 (Grüne)
Della Sega Christian	A: A5 (AK)
Diener Reto	B: A6 (Grüne)
Ehrbar Jan	A: A5 (AK)
Ernst Nora	B: A6 (Grüne)
Fehr Jan	A: A5 (AK)
Frei Glowatz Katharina	B: A6 (Grüne)
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: A5 (AK)
Gfeller Selim	B: A6 (Grüne)
Gisler-Burri Gabriella	A: A5 (AK)
Gnesa Marilena	B: A6 (Grüne)
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	A: A5 (AK)
Gross Michael	A: A5 (AK)
Gschwind Thomi	B: A6 (Grüne)
Gubler Stefan	A: A5 (AK)
Guddal Jan	B: A6 (Grüne)
Hager Katja	B: A6 (Grüne)
Hartmann Christian	A: A5 (AK)
Helbling-Wehrli Beatrice	B: A6 (Grüne)
Helg Felix	A: A5 (AK)
Hertli-Wanner Corinne	B: A6 (Grüne)
Heuberger Romana	A: A5 (AK)
Holderegger Nicole	B: A6 (Grüne)
Hugentobler Roman	B: A6 (Grüne)
Jacot-Descombes Lea	B: A6 (Grüne)

Name	Ergebnis
Keller Regula	B: A6 (Grüne)
Kellerhals Vogel Benjamin	B: A6 (Grüne)
Kocher Samuel	B: A6 (Grüne)
Kramer-Schwob Franziska	A: A5 (AK)
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: A6 (Grüne)
Kuster Iris	A: A5 (AK)
Lischer Maria	B: A6 (Grüne)
Maier Christian	A: A5 (AK)
Mancuso Cristina	A: A5 (AK)
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: A6 (Grüne)
Nater Markus	B: A6 (Grüne)
Oeschger Benedikt	B: A6 (Grüne)
Perroulaz Raphael	A: A5 (AK)
Praetorius Julius	B: A6 (Grüne)
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: A5 (AK)
Romay Dani	A: A5 (AK)
Roth-Nater Daniela	A: A5 (AK)
Rupper Lukas	B: A6 (Grüne)
Sorgo Maria	B: A6 (Grüne)
Staub Olivia	B: A6 (Grüne)
Steiner Annetta	B: A6 (Grüne)
Steiner Markus	B: A6 (Grüne)
Stritt Gabriela	B: A6 (Grüne)
Tobler Raphael	A: A5 (AK)
Vogel Kaspar	A: A5 (AK)
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: A5 (AK)
Zundel Michael	B: A6 (Grüne)
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: A5 (AK)

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 01.Dezember.2025 20:31:49
Abstimmungsfrage A6 (Grüne) Stadtentwicklung: - Fr. 100'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	39
B: Ablehnung	15
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	Nicht anwesend
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	Nicht anwesend
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Ablehnung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Keller Regula	B: Ablehnung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 01.Dezember.2025 20:52:40
Abstimmungsfrage A7 (BSKK) Subventionsverträge: - Fr. 50'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	32
B: Ablehnung	22
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	Nicht anwesend
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	Nicht anwesend
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Ablehnung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	B: Ablehnung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Keller Regula	B: Ablehnung
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 01.Dezember.2025 20:53:37
Abstimmungsfrage A8 (SP) Subventionsverträge: + Fr. 50'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	22
B: Ablehnung	32
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	B: Ablehnung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	Nicht anwesend
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	Nicht anwesend
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	B: Ablehnung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	B: Ablehnung
Ernst Nora	B: Ablehnung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	B: Ablehnung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	B: Ablehnung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	B: Ablehnung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	B: Ablehnung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	B: Ablehnung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	B: Ablehnung
Kramer-Schwob Franziska	B: Ablehnung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	B: Ablehnung
Oeschger Benedikt	B: Ablehnung
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	B: Ablehnung
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnung
Rupper Lukas	B: Ablehnung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	B: Ablehnung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	B: Ablehnung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	B: Ablehnung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	B: Ablehnung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 01.Dezember.2025 20:54:25
Abstimmungsfrage A9 (SP) Subventionsverträge: + Fr. 30'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	22
B: Ablehnung	32
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	B: Ablehnung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	Nicht anwesend
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	Nicht anwesend
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	B: Ablehnung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	B: Ablehnung
Ernst Nora	B: Ablehnung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	B: Ablehnung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	B: Ablehnung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	B: Ablehnung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	B: Ablehnung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	B: Ablehnung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	B: Ablehnung
Kramer-Schwob Franziska	B: Ablehnung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	B: Ablehnung
Oeschger Benedikt	B: Ablehnung
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	B: Ablehnung
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnung
Rupper Lukas	B: Ablehnung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	B: Ablehnung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	B: Ablehnung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	B: Ablehnung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	B: Ablehnung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 01.Dezember.2025 21:00:50
Abstimmungsfrage A10 (BSKK) Städt. Museen etc.: - Fr. 5'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	32
B: Ablehnung	22
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	Nicht anwesend
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	Nicht anwesend
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Ablehnung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	B: Ablehnung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Keller Regula	B: Ablehnung
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 01.Dezember.2025 21:23:00
Abstimmungsfrage A11 (AK) Informatikdienste: - Fr. 700'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	32
B: Ablehnung	22
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
..	A: Zustimmung
Angele Philipp	Kein Abstimmrecht
Bachmann Jürg	Nicht anwesend
Bachmann Miguel Pedro	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	Nicht anwesend
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Ablehnung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	B: Ablehnung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Keller Regula	B: Ablehnung
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 01.Dezember.2025 21:23:41
Abstimmungsfrage A12 (AK) Informatikdienste: neue Zielvorgabe Kostendeckungsgrad 100%

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	32
B: Ablehnung	22
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
..	A: Zustimmung
Angele Philipp	Kein Abstimmrecht
Bachmann Jürg	Nicht anwesend
Bachmann Miguel Pedro	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	Nicht anwesend
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Ablehnung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	B: Ablehnung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Keller Regula	B: Ablehnung
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 01.Dezember.2025 21:34:35
Abstimmungsfrage A13 (AK) Steuerbezug: - Fr. 80'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	32
B: Ablehnung	22
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
..	A: Zustimmung
Angele Philipp	Kein Abstimmrecht
Bachmann Jürg	Nicht anwesend
Bachmann Miguel Pedro	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	Nicht anwesend
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Ablehnung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	B: Ablehnung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Keller Regula	B: Ablehnung
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 01.Dezember.2025 22:00:42
Abstimmungsfrage A14 (AK) Immobilien: - Fr. 600'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	28
B: Ablehnung	26
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	Nicht anwesend
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	Nicht anwesend
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Ablehnung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	B: Ablehnung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Keller Regula	B: Ablehnung
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	B: Ablehnung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	B: Ablehnung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	B: Ablehnung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 01.Dezember.2025 22:01:32
Abstimmungsfrage A15 (SBK) Immobilien Verpfl.kredite Halle 53 im Finanzvermögen

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	54
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	Nicht anwesend
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	Nicht anwesend
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Segal Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 01.Dezember.2025 22:02:18
Abstimmungsfrage A16 (SBK) Immobilien Programmkürzung Bühne Stadtgarten - Fr. 740'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	28
B: Ablehnung	26
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	Nicht anwesend
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	Nicht anwesend
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Ablehnung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	B: Ablehnung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Keller Regula	B: Ablehnung
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	B: Ablehnung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	B: Ablehnung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	B: Ablehnung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 01.Dezember.2025 22:03:11
Abstimmungsfrage A17 (SBK) Immobilien Verpfl.kredite Badgasse 6: Änd. Bewilligungsorgan

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	54
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
..	A: Zustimmung
Angele Philipp	Kein Abstimmrecht
Bachmann Jürg	Nicht anwesend
Bachmann Miguel Pedro	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	Nicht anwesend
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	Nicht anwesend
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung